

FREIRAUM MÜNCHEN PERSPEKTIVE, PLAN UND PRAXIS

BETEILIGUNGSKULTUR UND BETEILIGUNGSVERSTÄNDNIS IN MÜNCHEN

SUSANN AHN



Technische Universität München
Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung

Freiraum München: Perspektive, Plan und Praxis
Beteiligungskultur und Beteiligungsverständnis in München

Diplomarbeit zur Erlangung des akademischen Grades:
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektur (TU)
an der Universität München

Aufgabensteller: Prof. Dipl.-Ing. Regine Keller
Lehrstuhl für Landschaftsarchitektur und öffentlicher Raum

Prof. Dr. Dipl.-Ing. Sören Schöbel
Fachgebiet für Landschaftsarchitektur regionaler Freiräume

Beratend tätig: Dr. Klaus Wagner
Lehrstuhl für Wald- und Umweltpolitik

Vorgelegt von: Susann Valerie Ahn
Thalhauserstr. 21
85354 Freising
Tel: 08161-402833

Fachsemester: 10
Matrikelnummer:: 2535722

Freising, den 5. Oktober 2007

Inhalt

1	Einleitung.....	4
1.1	Zielsetzung der Arbeit	6
1.2	Aufbau der Arbeit.....	7
2	Theoretischer Kontext der Bürgerbeteiligung in Deutschland.....	8
2.1	Definitionen in Politik und Planung	8
2.1.1	Politische Definition	8
2.1.2	Planerische Definition.....	9
2.2	Formen und Verfahren der Bürgerbeteiligung.....	10
2.3	Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Deutschland.....	13
2.4	Bürgerbeteiligung im Wandel	20
2.4.1	Subpolitik – Gesellschaftsgestaltung „von unten“	21
2.4.2	Motive der Subpolitik	22
2.4.2.1	Individualisierungsprozesse und Subpolitik	23
2.4.2.2	Modernisierungsrisiken und Subpolitik.....	25
2.4.2.3	Rationalitätsansprüche und Subpolitik	28
2.4.3	Soziale Ambivalenz der Subpolitik.....	29
2.4.4	Umgang mit dem Wandel	30
2.5	Reflexion: Der Wandel als Herausforderung für die Landschaftsarchitektur.....	31
3	Bürgerbeteiligung in München	33
4	Untersuchung von zwei Fallbeispielen in München	36
4.1	Methodisches Vorgehen	36
4.2	Darstellung des Fallbeispiels „Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells“ ..	42
4.3	Darstellung des Fallbeispiels „Isar-Plan – III. Planungsabschnitt“	52
4.4	Übersicht: Projektverläufe.....	64
5	Ergebnisse und Analyse	65
5.1	Ergebnisse des Fallbeispiels „Gärtnerplatz Neugestaltung des inneren Rondells“.....	65
5.1.1	Analyse der gegenseitigen Wahrnehmung der Projektbeteiligten.....	65
5.1.2	Analyse der Kommunikationsstruktur	72
5.1.2.1	Kommunikationsbeziehungen und -medien	73
5.1.2.2	Qualität der Kommunikation	75
5.2	Ergebnisse des Fallbeispiels „Isar-Plan – III. Planungsabschnitt“	80
5.2.1	Analyse der gegenseitigen Wahrnehmung der Projektbeteiligten.....	80
5.2.2	Analyse der Kommunikationsstruktur	88
5.2.2.1	Kommunikationsbeziehungen und -medien	88
5.2.2.2	Qualität der Kommunikation	90
6	Generalisierung und Interpretation	94
6.1	Misstrauenskultur	94
6.2	Kommunikationsprobleme	96
6.3	Zeitpunkt des Bürgereinspruchs	101
6.4	Fazit.....	103
7	Schlussbemerkung	105

8	Glossar	107
9	Literaturverzeichnis	109
10	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....	114
11	Eidesstattliche Erklärung	115
12	Anhang.....	116

Vorbemerkungen und Dank:

Mit den Begriffen wie „Bürger“, „Planer“ usw. sind in der vorliegenden Arbeit nicht spezifische Geschlechterrollen gemeint. Vielmehr stehen die Begriffe stellvertretend für Bezeichnungen wie „Bürger und Bürgerinnen“ usw., auf die jedoch im Text aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet wurde.

Besonderer Dank gebührt Prof. Dipl.-Ing. Regine Keller und Prof. Dr. Sören Schöbel für das Ermöglichen der Arbeit und Dr. Klaus Wagner für die konstruktive Unterstützung. Auch muss an dieser Stelle den Interviewpartnern gedankt werden, die nicht nur im Gespräch sehr aufgeschlossen waren, sondern auch Datenmaterial zur Verfügung stellten. Darüber hinaus danke ich Florian Rüger, Miriam Stock und Helge und Mun Ahn, die diese Arbeit mit Diskussionen, Kritiken und Ermunterungen begleitet haben.

Coverdesign

Collage mit Bilder von:

Landeshauptstadt München (2005): Münchner Freiheiten, München (modifiziert)

[http://netzspannung.org/cat/servlet/CatServlet/\\$files/96405/freiraum.jpg](http://netzspannung.org/cat/servlet/CatServlet/$files/96405/freiraum.jpg), 05.10.2007 (modifiziert)

1 Einleitung

„Seit Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ und den Hochzeiten der Bürgerbeteiligung in den 60er und 70er Jahren hat sich, bedingt durch soziale, wirtschaftliche und demografische Veränderungen in unserer Gesellschaft die Partizipation, also die Beteiligung und Mitbestimmung privater Personen und Gruppen an kommunalen Planungsprozessen, schon mehrfach verändert. Gegenwärtig sind widersprüchliche Tendenzen zu beobachten: Einerseits wollen Bürgerinnen und Bürger mitwirken, wenn es um die Gestaltung ihrer Umwelt geht, und verlangen nach Beteiligungsmöglichkeiten, andererseits ziehen sich einige von ihnen schon wieder enttäuscht aus kommunalen Prozessen zurück, weil die „Versprechungen“ nicht eingehalten worden sind. Zudem steigt bei den Enttäuschten auch wieder die Bereitschaft, persönliche Interessen gegen die Interessen der Stadtgesellschaft durchzusetzen – sei es individuell oder durch die Bildung neuer politisch-strategischer Zusammenschlüsse.“¹

Mit diesem Zitat lud der Architekturclub der Bayerischen Architektenkammer im Dezember 2005 zu einer Diskussionsveranstaltung über Bürgerbeteiligung nach München ein. Die im Zitat beschriebenen, ambivalenten Tendenzen in der Beteiligungskultur stellen den Ausgangspunkt der vorliegenden Diplomarbeit dar.

Natürlich könnte jetzt mit Recht der Einwand kommen, dass in den Bibliotheken bereits die Schränke mit theoretischen Abhandlungen zu diesem Thema überquellen. Auch winken viele Leute angesichts des Themas nur müde ab und stellen die Aktualität dieses Themas dahingehend in Frage, dass die Blütezeit der Bürgerbeteiligung doch schon längst wieder vorbei sei. Auf der anderen Seite scheint es dennoch einen Diskussionsbedarf zu geben, was an der wieder aufkommenden Debatte in der Fachwelt der Planer ersichtlich wird. Hinter halbverschlossenen Türen wird sogar von einer „Renaissance der Bürgerbeteiligung“² gesprochen, die die theoretische, konzeptionelle, aber vor allem die praxisbezogene Ebene der Planung betrifft. Darüber hinaus ist

¹ Bayerische Architektenkammer 2005

² Jirku 2005

anzunehmen, dass das Ringen um Einfluss, Macht und Akzeptanz, welches im Hintergrund der Beteiligungsdiskussion steht, immer wieder aufs Neue ausgefochten werden muss.

Prädestiniert für diesen Kampf ist die Ebene der kommunalen Stadt- und Freiraumplanung, da auf dieser Ebene die Politiker, die Planer und die Bürger unmittelbar aufeinander treffen können und die Ergebnisse anschließend für viele direkt sichtbar werden. Auf dieser Ebene werden daher nicht nur die alten Aktions- und Steuerungsformen überprüft, sondern auch immer wieder neue gebildet. Insofern stoßen viele Planer höchstwahrscheinlich irgendwann in ihrem Berufsleben auf das Thema der Bürgerbeteiligung. Vor allem für Landschaftsarchitekten kann dieses Thema eine wichtige Rolle spielen, da viele Aufgabenbereiche der Landschaftsarchitektur in der Konzeption und Gestaltung von öffentlichen Räumen liegen. Die Konzeption und Gestaltung von öffentlichen Räumen bringt jedoch auch das Bewusstsein mit, dass auf diese Weise viele Lebenswelten bewusst oder unbewusst betroffen und beeinflusst werden. Damit trägt der Landschaftsarchitekt nicht nur eine ökonomische, ökologische und ästhetische, sondern auch eine soziale, sowie politische Verantwortung.³ Gleichzeitig geht mit dieser Verantwortung auch der Auftrag einher, diese verschiedenen Aspekte entsprechend aufzugreifen und miteinander zu verknüpfen. Auf diesen Tätigkeiten basiert mitunter die Legitimation des Landschaftsarchitekten. Aus diesem Selbstverständnis heraus ist es daher notwendig, derzeitige Tendenzen und Schwierigkeiten im Beteiligungsverständnis zwischen Politikern, Planern und Bürgern zu untersuchen und in der Theorie und Praxis der Landschaftsarchitektur zu thematisieren.

³vgl. Selle 1999, Nohl 1990

1.1 Zielsetzung der Arbeit

Die zentrale Fragestellung dieser Arbeit lautet:

Wie sieht das Beteiligungsverständnis zwischen Politikern, Planern und Bürgern in der kommunalen Freiraumplanung in München aus und welche Probleme ergeben sich bei der Umsetzung von Beteiligungsinstrumenten?

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt demnach in der Untersuchung und Darstellung der gegenwärtigen Beteiligungspraxis der kommunalen Freiraumplanung in München. Dabei sollen die soziale Wirklichkeit, die Wahrnehmungs- und Handlungsweisen zwischen Politikern, Planern und Bürgern in Hinblick auf ihr Beteiligungsverständnis verdeutlicht werden. Wirtschaftliche Akteure werden in der vorliegenden Arbeit nicht in die nähere Betrachtung einbezogen. Dieses Beteiligungsverständnis soll exemplarisch anhand von realen Projekten der kommunalen Freiraumplanung in München nachvollzogen werden. Präzisierend muss angeführt werden, dass es sich in dieser Arbeit ausschließlich um öffentliche Projekte handelt, bei denen eine unmittelbare Bürgerbeteiligung, sowie ein öffentlicher Konflikt stattgefunden hat. Eine ganzheitliche Darstellung des derzeitigen Beteiligungsverständnisses zwischen Politikern, Planern und Bürgern kann in dieser Arbeit natürlich nicht erreicht werden. Nichtsdestotrotz soll hier ein Teilbeitrag zur Debatte über aktuelle Tendenzen und Schwierigkeiten hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Politikern, Planern und Bürgern geleistet werden.

1.2 Aufbau der Arbeit

Als Basis für die Auseinandersetzung mit dem Thema wird in *Kapitel 2.1* der Begriff der „Bürgerbeteiligung“ bzw. „Partizipation“ aus politischer und planerischer Sicht definiert und erklärt. Daraufhin werden in *Kapitel 2.2* die in der Kommunalplanung derzeit etablierten Beteiligungsformen und -verfahren aufskizziert. Um die heutigen Tendenzen in der Beteiligungskultur richtig einordnen und verstehen zu können, werden in *Kapitel 2.3* die letzten 40 Jahre der geschichtlichen Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Deutschland dargestellt. Hierbei werden nicht nur die Höhen und Tiefen der Bürgerbeteiligung, sondern letztendlich auch eine Öffnung von Politik und Planung erläutert. Das *Kapitel 2.4* geht anschließend insbesondere auf die heutige Situation ein: Angesichts eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels können in Deutschland neue Tendenzen und eine Veränderung im Beteiligungsverständnis festgestellt werden. In der Praxis sehen sich diesbezüglich zunehmend Planer, speziell auch Landschaftsarchitekten neuen Herausforderungen gegenübergestellt, wie in *Kapitel 2.5* näher erläutert wird. Um das Beteiligungsverständnis zwischen Politikern, Planern und Bürger, sowie Probleme bei der Umsetzung von Beteiligungsinstrumenten näher untersuchen zu können, soll der Fokus auf die Stadt München gelegt werden. Zu einem besseren Verständnis werden daher in *Kapitel 3* einige allgemeine Daten zur Beteiligungskultur in München angeführt. Die Untersuchung des Beteiligungsverständnisses und der Beteiligungsinstrumente wird mit Hilfe einer qualitativen Fallstudie in München durchgeführt. Im Rahmen der Fallstudie werden zwei Projekte aus der Freiraumplanung eingehend analysiert. In *Kapitel 4* wird zuerst das methodische Vorgehen der Fallstudienanalyse und danach die beiden Projekte vorgestellt. Anschließend werden in *Kapitel 5* die Ergebnisse der Fallstudienanalyse getrennt nach Fallbeispielen aufgezeigt. In *Kapitel 6* werden die Ergebnisse der beiden Fallbeispiele einander gegenüber gestellt, generalisiert und mit Literatur interpretiert. Abschließend soll in *Kapitel 7* noch einmal die Rolle der Landschaftsarchitekten in den Fallbeispielen reflektiert werden.

2 Theoretischer Kontext der Bürgerbeteiligung in Deutschland

Um das Beteiligungsverständnis und die Beteiligungskultur für die Untersuchung der Fallbeispiele richtig verstehen und einordnen zu können, wird in diesem Kapitel ein begriffliches und theoretisches Grundverständnis erarbeitet. Es werden im weiteren Verlauf Definitionen, Beteiligungsinstrumente, geschichtlichen Daten, aber auch eine soziologische Abhandlung vergegenwärtigt, welche interessante Aspekte über die Motivation von Bürgeraktivitäten aufzeigen.

2.1 Definitionen in Politik und Planung

Bei näherer Betrachtung der aktuellen Debatte um die Einbindung der Bürger in die Politik und Planung fällt auf, dass Begriffe wie „Bürgerbeteiligung“, „Partizipation“, „Öffentlichkeitsbeteiligung“ und „Kooperation“ oft sowohl in der Alltagssprache, als auch im Fachjargon synonym verwendet werden. Ferner ist festzustellen, dass je nach Wissenschaftsgebiet (Geographie, Soziologie usw.) ergänzende Erläuterungen zu den Begriffen variieren können.⁴ Auf diesen Unterschied soll jedoch in dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden. Stattdessen befasst sich die vorliegende Arbeit mit der politischen und planerischen Definition und Erläuterung.

2.1.1 Politische Definition

Der Begriff Partizipation stammt aus dem lateinischen *participatio* und bedeutet Teilhabe. Mit Partizipation wird in Meyers kleinem Lexikon die direkte oder indirekte Teilnahme bzw. Teilhabe der Bürger an (politischen) Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen bezeichnet.⁵

⁴ vgl. Definition und Erläuterung aus geographischer Sicht: Partizipation, in: Brunotte et al. 2002. Und aus soziologischer Sicht: Partizipation, in: Fuchs-Heinritz et al. 1995

⁵ vgl. Partizipation, in: Umbach et al. 1986, 314

Nohlen ⁶ ergänzt diese Definition im Lexikon der Politik mit einer weiterführenden Unterscheidung zwischen einer *instrumentellen* und einer *normativen Partizipation*. Im instrumentellen Verständnis der Partizipation geht es primär um Interessensdurchsetzung und Einflussnahme. Dies beinhaltet alle Beteiligungsformen, die auf freiwilliger, individueller Basis und/oder in Verbänden geschehen, um politische Entscheidungen direkt oder indirekt zu beeinflussen.

Während eine instrumentelle Partizipation eher einen konfliktorientierten Charakter besitzt, geht die normative Partizipation von einer gemeinschaftlichen und konsensorientierten Gesinnung aus. Ferner unterscheidet sich eine normative Partizipation von der instrumentellen Partizipation dadurch, dass nicht die Einflussnahme und Interessensdurchsetzung im Vordergrund steht. Vielmehr wird in der normativen Partizipation eine Teilhabe und Selbstverwirklichung in politisch-sozialen und direkt-demokratischen Prozessen angestrebt.⁷

2.1.2 Planerische Definition

Eine allgemein verbindliche Definition aus städte- und freiraumplanerischer Sicht ist nicht vorhanden.⁸ Allerdings wurden ausgehend von der politischen Definition in der Vergangenheit der Planungsgeschichte unterschiedliche Handlungsweisen mit den Begriffen Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung verbunden. Als der Beteiligungsgedanke in den 60er Jahren öffentlich in die Stadtplanung eingeführt wurde (vgl. Kapitel 2.3), wurden die Begriffe Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung überwiegend mit gesetzlich festgelegten Verfahrensvorschriften für den Planungsprozess in Verbindung gebracht.

Mittlerweile hat sich der Begriff in der Planung weiterentwickelt und neu definiert: *Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung wird heutzutage zunehmend als Dialog und Kommunikation zwischen den an Planungs- und Entwicklungsvorhaben beteiligten und betroffenen Akteuren mit dem Ziel der Konsensfindung verstanden*⁹.

Die Kommunikation wird dabei als ein Sammelbegriff aufgefasst, der für viele Einzeltätigkeiten der Vermittlungsarbeit in Planungsprozessen steht. In dem Sinn könnte der Schluss gezogen werden, dass 80% der Planertätigkeiten (Visualisieren,

⁶ vgl. Nohlen 1998

⁷ vgl. Partizipation in: Nohlen 1998, 470ff

⁸ vgl. Selle 1996, 68

⁹ vgl. Selle 1996,17, Bischoff et al. 1996, 4

Vermitteln, Präsentieren usw.) in der Stadt- und Freiraumplanung als Beteiligungsarbeit verstanden werden kann.¹⁰

Da sich in der Stadt München im Öffentlichkeitsbereich der Begriff Bürgerbeteiligung im Gegensatz zu den in der Kommunalplanung häufig verwendeten Synonymen (Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung usw.) durchgesetzt hat, wird dieser Begriff im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit bevorzugt verwendet.

2.2 Formen und Verfahren der Bürgerbeteiligung

Im Zuge der Implementierung eines allgemeinen Beteiligungsverständnisses haben sich auch die Beteiligungsformen und -verfahren in Politik und Planung weitestgehend differenziert. So kann inzwischen auf ein breites Spektrum an Beteiligungsinstrumenten zurückgegriffen werden. *Im Allgemeinen*, lassen sich diese Instrumente in Politik und Planung typologisch gliedern

- in repräsentativ-demokratisch (z.B. Wahl) und direkt-demokratisch (z.B. Bürgerinitiative),
- nach dem Grad der institutionellen Verankerung in verfassungsgemäße Beteiligung (z.B. Demonstration) und nicht-verfassungsgemäße Beteiligung (z.B. Hausbesetzung),
- nach dem Rechtsstatus in legale Beteiligung (z.B. Streik) und illegale Beteiligung (z.B. Vandalismus),
- nach dem Grad der öffentlichen Anerkennung in konventionelle Beteiligung (z.B. Bürgerinitiative) und unkonventionelle Beteiligung (z.B. Hausbesetzung).¹¹

Darüber hinaus gibt es *speziell in der Stadt- und Freiraumplanung* hinsichtlich der Beteiligungsinstrumente folgende Untergliederung in

- formal definierte Beteiligungsformen und -verfahren und
- informelle Beteiligungsformen und -verfahren.¹²

¹⁰ vgl. Selle 1996,17, Bischoff et al. 1996, 4

¹¹ vgl. Partizipation, in: Nohlen 1998, 470-472

¹² vgl. Bischoff et al. 1996

Die *formal definierten und gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsinstrumente* legen einen rechtlichen Mindeststandard an Beteiligungsmöglichkeiten in Deutschland fest. Hierbei werden die Interessen der Bürger mit Hilfe von gesetzlich festgelegten Rechten durchgesetzt. Neben Bürgerversammlungen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden umfassen die formal definierten Beteiligungsinstrumente auch verbindliche Festsetzungen auf verschiedenen Planungsebenen wie z.B. auf Ebene der Bauleitplanung der §3 BauGB - 'Beteiligung der Öffentlichkeit'.¹³ In der Vergangenheit wurden die formal definierten Beteiligungsformen und -verfahren vielfach in Hinblick auf ihre Umsetzung und Effektivität kritisiert. Dies soll jedoch in dieser Arbeit nur am Rande erwähnt werden.

Die *informellen Beteiligungsinstrumente* besitzen im Unterschied zu den formal definierten Beteiligungsinstrumenten keine verbindliche Rechtsgrundlage. Diese Beteiligungsinstrumente basieren auf dem freiwilligen Engagement der Organisatoren und Betroffenen. In letzter Zeit haben die informellen Beteiligungsinstrumente wesentlich an Bedeutung gewonnen, so dass sie inzwischen neben den formal definierten Beteiligungsinstrumenten zum Alltag der Planungspraxis gehören. Die Beteiligungsformen und -verfahren der informellen Beteiligung sind nicht strikt festgelegt und können insofern je nach

- der Komplexität des Planungsprozesses und Planungsebene (z.B. quartiersbezogene oder gesamtstädtische Planungsebene),
- den Ressourcen (z.B. finanzielle Mittel und Know-how),
- den Betroffenen (z.B. Anzahl und Organisationsform),
- dem Beteiligungszeitpunkt im Planungsprozesses und
- der Bedeutung und Dauer der Beteiligung erheblich variieren.¹⁴

Sowohl formal definierte Beteiligungsinstrumente, als auch informelle Beteiligungsinstrumente lassen sich darüber hinaus hinsichtlich ihrer primären Funktionen weiter differenzieren.¹⁵

Zum einen gibt es formal definierte und informelle Beteiligungsinstrumente, die überwiegend der *Information und Meinungsbildung* dienen wie z.B. öffentliche

¹³ vgl. Bischoff et al. 1996, 170; BauGB 2004, 13

¹⁴ vgl. Bischoff et al. 1996, 166ff

¹⁵ vgl. ebd., 18f

Auslegungen und Ausstellungen. Zum anderen gibt es formal definierte und informelle Beteiligungsinstrumente, bei denen die Bürger aktiv an Planungs- und Entwicklungsprozessen *teilhaben und mitwirken* können wie z.B. Runde Tische¹⁶ und Bürgeranträge. In der Praxis können einzelne Beteiligungsinstrumente jedoch gleichzeitig auch mehrere Funktionen haben, die aufeinander folgen oder sich überlagern. Daher soll die Untergliederung der Beteiligungsinstrumente in Bezug auf ihre Funktionen nicht als strikte Einteilung, sondern eher als Orientierungshilfe verstanden werden.¹⁷

Die folgende Grafik gibt einen Überblick über eine Auswahl der gängigsten formal definierten und informellen Beteiligungsinstrumente.

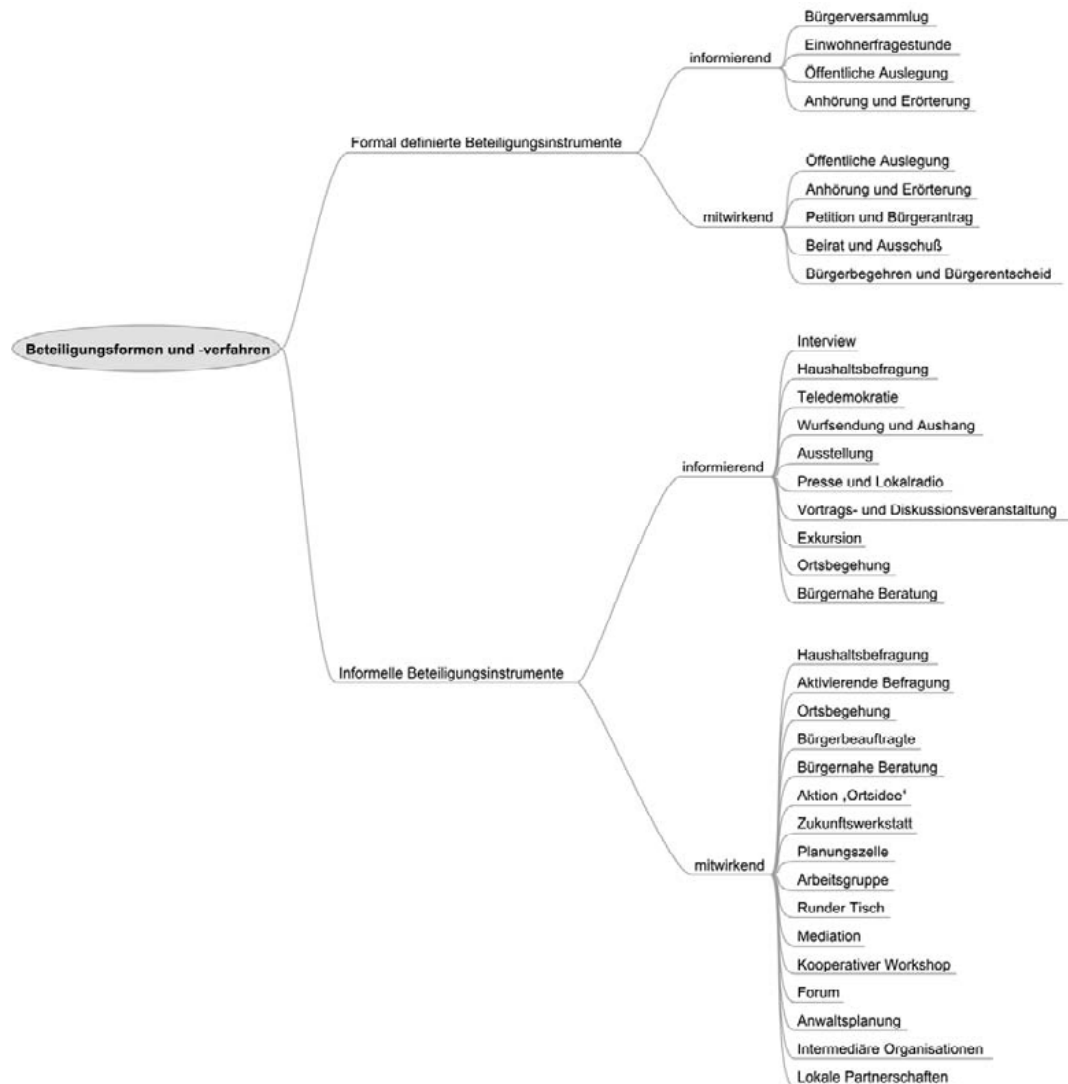


Abbildung 1 - Formal definierte und informelle Beteiligungsinstrumente (Quelle: eigener Entwurf, zusammengestellt nach Bischoff et al. 1996, 166-170)

¹⁶ siehe Glossar: Runder Tisch

¹⁷ vgl. Bischoff et al. 1996, 19

Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Beteiligungsformen und -verfahren soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht näher eingegangen werden, da diese bereits ausführlich in anderen Werken dargestellt worden sind.¹⁸

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Bürgerbeteiligung in der Stadt- und Freiraumplanung nicht mehr nur auf einige, wenige Beteiligungsinstrumente beschränkt werden kann, sondern inzwischen eine Vielfalt an Kommunikationsformen umfasst.¹⁹

2.3 Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Deutschland

Um die heutige Situation der Bürgerbeteiligung besser begreifen zu können, ist an dieser Stelle eine kurze Betrachtung der Entwicklung und Geschichte der Bürgerbeteiligung in Deutschland sinnvoll.

Heutzutage ist die Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik und -planung zum Großteil akzeptiert und gehört in vielen Kommunen mittlerweile zum Alltag bei Planungsprozessen. Diese allgemeine Akzeptanz der Bürgerbeteiligung, die heute in vielen Bereichen so selbstverständlich erscheint, hat sich allerdings erst in einem langen Prozess allmählich durchsetzen müssen. Der lange Weg führte über viele Utopien und Ernüchterungen, Erfolge und Niederlagen, Eingeständnisse und Restriktionen, Machtgewinne und Machtverluste und ist noch längst nicht zu Ende.

Selle & Sutter-Schurr²⁰ unterscheiden in der mehr als 45-jährigen Geschichte der Bürgerbeteiligung in Deutschland drei wesentliche Etappen, die sich im Wechselspiel gesellschaftlicher, politischer und gesetzgeberischer Aktivitäten ergeben sich schichtweise überlagert, aber auch gegenseitig vorausgesetzt haben.

Erste Etappe: Formale Bürgerbeteiligung

Die erste Etappe begann Mitte der 60er des 20. Jahrhunderts.²¹ In vielen Städten verlagerte sich zu der Zeit der Schwerpunkt der städtebaulichen Planung von der Neuerschließung freier Flächen auf die *Stadtsanierung und den Stadtumbau*, so

¹⁸ vgl. ausführliche Darstellungen und Ergänzungen zu Beteiligungsformen und -verfahren u.a. in Bischoff et al. 1996, sowie Ley & Weitz 2003

¹⁹ vgl. Bischoff et al. 1996, 4

²⁰ vgl. Selle & Sutter-Schurr 2003

²¹ vgl. ebd.

dass die dort lebende Bevölkerung in einem ganz anderen Ausmaß betroffen war. Diese Maßnahmen riefen in der Bevölkerung verständlicher Weise nicht nur positive Reaktionen, sondern vielfach auch Irritationen und Widerstände hervor.²² Darüber hinaus wurde bereits Ende der 60er Jahre ersichtlich, dass sich innerhalb mancher Sanierungsgebiete, vor allem in den größeren Städten, die sozialen Konflikte verschärften anstatt zu verbessern.

Zeitgleich bildeten sich in der Bürgerschaft *die ersten Initiativ- und Protestgruppen*. Die Anzahl und Aktivitäten von Bürgerinitiativen stiegen rasch an und waren bald, aufgrund der gewählten Orte, Ziele und Auseinandersetzungsformen der Initiativen, im politischen Alltag nicht mehr zu übersehen.²³ Dort, wo deutliche Missstände und Mangelzustände (z.B. Mangel an Freiraum, Infrastruktur usw.) für die Betroffenen sichtbar wurden, kam es zu selbstorganisierten Protestbewegungen und Initiativreaktionen, beeinflusst von sozialen Bewegungen und Studentenrevolten.²⁴ Unter anderem wurden dabei Forderungen nach besseren Umweltbedingungen, besserer Bildung, adäquaten Kindergärten und Spielplätzen gestellt, sowie Aktionen gegen Verkehrsplanungen durchgeführt.²⁵ Immer wieder gaben auch generelle Fragen der Stadtentwicklung z.B. in Bebauungs- und Sanierungsplänen einen Protestanlass, der daraufhin auf Ebene des direkten Wohnumfelds ausgetragen wurde. Als besonders wirksame Protestformen galten neben Baustellen- oder Hausbesetzungen, gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei und Sit-ins, auch medienwirksamen Aktivitäten und Demonstrationen auf Straßen und Plätzen. In Folge dessen sahen sich die kommunale Politik und Verwaltung, nach anfänglicher Überforderung mit dieser Situation, gezwungen, auf die Bürger stärker einzugehen, sie zu informieren und in den Planungsprozess, auch auf städtebaulicher Ebene, besser einzubinden.²⁶ Parallel dazu hatte bereits 1969 Willy Brand in seiner Regierungserklärung mit den Worten „*Wir wollen mehr Demokratie wagen*“²⁷ versprochen, auf die Forderungen der Bevölkerung nach mehr Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten einzugehen. Mit diesem Versprechen folgte die Politik den gesellschaftlichen Umbrüchen. Die herkömmliche Auffassung, dass der Staat das Verhalten seiner Bürger über Gesetze und Verordnungen

²² vgl. Albers 1997, 240

²³ vgl. Selle 1996, 63

²⁴ vgl. Nohlen & Schultze 1985, 100

²⁵ vgl. Umbach et al. 1986, 86

²⁶ vgl. Selle 1996, 63

²⁷ vgl. ebd., 64

überwiegend in Einklang mit seinen eigenen Zielvorstellungen bringt, war seitens der Bevölkerung so nicht mehr haltbar.²⁸

Bereits 1960 war in der Stadtplanung mit dem *Bundesbaugesetz* die *formale Grundlage für eine Beteiligungskultur* der Bürger in der Planung geschaffen worden. Mit der rechtlichen Vorgabe und dem Ziel, die Planung zu einem effektiveren Ergebnis zu führen und Widerständen vorzubeugen, wurden die Pläne in den Behörden öffentlich ausgelegt, erläutert und diskutiert. Zu der Zeit hatte jeder die Möglichkeit, seine Anregungen und Bedenken vorzubringen, die die Verwaltung im weiteren Verfahren daraufhin zu prüfen und abzuwägen hatte.²⁹

In dem 1970 veröffentlichten Städtebaubericht der Bundesrepublik, sowie mit dem im darauf folgenden Jahr aufgestellten Städtebauförderungsgesetz wurden diese Rechte erneut wiederholt, bekräftigt und zum Teil ausgeweitet. Mit Hilfe einer so genannten „*Vorbereitenden Untersuchung*“ sollten Informationen (Einstellung und Mitwirkungsbereitschaft) der Betroffenen eingeholt, sowie Anregungen und Folgen mit den Betroffenen erörtert werden. Damit wurde der Planungsprozess formal schon in einer frühen Phase den Bürgern geöffnet. Weiter ausgebaut wurden die formalen Instrumente der Bürgerbeteiligung fünf Jahre später in dem allgemeinen Städtebaurecht mit der so genannten „*vorgezogenen Bürgerbeteiligung*“. Diese Zeit, in der die Beteiligung in der Theorie und Praxis vielfältig aufgegriffen wurde, galt als *Hoch-Phase der Bürgerbeteiligung*.³⁰

Mitte der siebziger Jahre wurden jedoch die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten nur noch routinemäßig durchgeführt. Infolgedessen verfehlten diese oftmals das eigentliche Ziel und gerieten zunehmend unter Legitimationsdruck. Kritik und Unmut wurden laut: Es werde oft zu spät beteiligt, keine wirklichen Alternativen geboten, in unverständlichem Planerdeutsch präsentiert und häufig nur „*Dienst nach Vorschrift*“³¹ betrieben. Diese Unzufriedenheit machte sich jedoch nicht nur in der Bürgerschaft, sondern auch in der Praxis unter den Planern breit. Der Gesetzgeber trug sein übriges dazu bei. Verletzungen der Vorschriften bei vorgezogenen Beteiligungsmaßnahmen wurden beispielsweise vom Gesetzgeber für den weiteren Planungsverlauf als

²⁸ vgl. Selle 1996, 64

²⁹ vgl. ebd., 62

³⁰ vgl. ebd., 64

³¹ vgl. Selle & Sutter-Schurr 2003

überwiegend unerheblich eingestuft. Darüber hinaus wurde mit der Einführung von *Beschleunigungsgesetzen* die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger reduziert. Mit dieser Gesetzgebung wurde auf eine möglichst rasche Realisierung von Bauvorhaben abgezielt, wobei Bürgerbeteiligungen als Hemmungsfaktoren angesehen und somit teilweise eingeschränkt wurden. Es kam zu einem offenen Werteverlust der Bürgerbeteiligung.³²

Zweite Etappe: Aufsuchende und aktivierende Bürgerbeteiligung

Nichtsdestotrotz entwickelte sich das Beteiligungsverständnis in den 80er Jahren weiter, so dass Selle & Sutter-Schurr³³ dies als eine zweite Etappe der Bürgerbeteiligung bezeichnen. Neben den bisherigen Beteiligungsinstrumenten, in der die einfache, „neutrale“ Bereitstellung von Beteiligungsmöglichkeiten und Informationen im Vordergrund stand, bildeten sich in dieser Zeit Beteiligungsformen und -verfahren, durch die Betroffene bewusst zur Beteiligung aktiviert werden sollten. Angesichts der *Leitbilder des ökologischen Stadtumbaus* und der *nachhaltigen Stadtentwicklung* bekam die Idee der Bürgerbeteiligung wieder neuen Aufschwung. Früh wurde ersichtlich, dass die traditionellen, städteplanerischen Instrumentarien bei diesen Themen auf ihre Grenzen trafen. Allein Planungsunterlagen, Satzungen und Verordnungen halfen recht wenig bei der Überzeugungsarbeit für einen ökologischen Stadtumbau. In Folge dessen ging mit dem Bestreben nach Nachhaltigkeit, vor allem auf lokaler Ebene, auch das Bewusstsein einher, dass die Lösung nicht „von oben“, sondern nur im Konsens und unter Einbeziehung der Bevölkerung erreicht werden könne. Die Einbindung der Bürgerschaft wurde selbst als ein Element einer zukunftsbeständigen Entwicklung gesehen. Es wurde darauf vertraut, dass die Beteiligung der Bürger zu einer dauerhaften Problemlösung im Gemeinwesen führe. Vor allem Agenda-Prozesse förderten diese Sichtweise und versuchten auf breiter Basis die Bevölkerung zu mobilisieren und zu aktivieren.³⁴ Die Aktionen gingen über bloße Anhörungen und Informationsveranstaltungen hinaus. Nicht mehr die Öffentlichkeit im Allgemeinen, sondern bestimmte Zielgruppen, auch artikulationsschwächere Gruppen, wurden direkt angesprochen oder in neu eingerichteten Beratungsstellen vor Ort motiviert, Planungs- und

³² vgl. Selle & Sutter-Schurr 2003

³³ vgl. ebd.

³⁴ vgl. ebd.

Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.³⁵ Aus diesem Prozess entstand die *aufsuchende und aktivierende Beteiligung*. Das heißt, auf Aushandlung und Überzeugungsarbeit gestützte Beteiligungsformen und -verfahren, die wiederum auf unterschiedlichen Kommunikationsstrukturen basieren.³⁶

Der Erfolg dieser Art der Beteiligung hielt sich allerdings oft in Grenzen. Viele Bürger lehnten eine Beteiligung gänzlich ab oder brachten sich nur sehr zurückhaltend ein. Hinzu kam, dass manche Verwaltungen nur begrenztes Interesse und Verständnis für Bürgerbeteiligungen aufwiesen und dass die Handlungsvorschläge und Ideensammlungen von der lokalen Politik oft nur am Rande wahrgenommen und umgesetzt wurden. Es ist nicht verwunderlich, dass sich das neu aufgekeimte Engagement bei vielen bald in Frustration umwandelte.³⁷

Dritte Etappe: Kooperative Bürgerbeteiligung

Mit den Schlagwörtern *Bürgergesellschaft* und *Bürgerengagement* hat sich zum Ende des Jahrtausends die dritte Etappe der Bürgerbeteiligung eingeleitet. Seit einigen Jahren legen viele Städte erneut großen Wert auf den Dialog mit der Bürgerschaft. „*Kooperation*“ ist dabei das Zauberwort, um zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. Dementsprechend wurden die bisherigen Beteiligungsinstrumente erweitert und durch Formen der Kooperation – einer zielgerichteten Zusammenführung bzw. Verbindung von Akteuren – ergänzt. Das Interesse der Politik und Verwaltung galt zunächst vor allem einer Zusammenarbeit mit Akteuren, deren (Eigentums-)Rechte und Investitionen die Stadtentwicklung begünstigen konnten (z.B. Public-Private-Partnerships). Allerdings blieb es bald nicht mehr nur bei der Kooperation mit privatwirtschaftlich operierenden Akteuren, sondern auch mit nicht-investierenden Bürgern wurde partnerschaftlich zusammengearbeitet. Darüber hinaus wurden rein bürgerschaftliche Zusammenschlüsse (z.B. lokalen Partnerschaften) gefördert.³⁸ Zum einen wurde diese Entwicklung durch eine fortschreitende *Demokratisierung* getragen, in der die Bevölkerung zunehmend begonnen hat, ihre demokratischen Bürger- und Grundrechte wahrzunehmen.³⁹

³⁵ vgl. Bischoff et al. 1996, 9

³⁶ vgl. Selle 1996, 65

³⁷ vgl. Selle & Sutter-Schurr 2003

³⁸ vgl. Selle 1996, 66f

³⁹ vgl. Beck 1986, 316

Zum anderen kam es auch zu einem *Wandel im Selbstverständnis der Städte*. Indem sie ihre Rolle als Unternehmen und Dienstleister erkannten, veränderte sich das Verhältnis zum Bürger. Die Bürger werden nunmehr als Kunden verstanden, nach deren Bedürfnissen das „*Unternehmen Stadt*“ seine Leistungen auszurichten habe.⁴⁰ In der Literatur gibt es daneben noch eine ganze Bandbreite an Theorien und Gründen für die Strategie der Städte, sich gegenüber den Bürgern zu öffnen und diese aktiv in die Stadtentwicklung mit einzubeziehen. Nur einige Ansätze seien hier in Kürze angedeutet.⁴¹

- In Zeiten von Kapazitäts-, Kompetenz- und Finanzierungsproblemen in den Kommunen werden wieder Potenziale bei der Bürgerschaft erkannt. Die Kommunen hoffen auf Unterstützung und Entlastung seitens der Bürger durch zunehmende Eigenverantwortung, nachhaltigen Umgang mit der Planung bis hin zur bürgerlichen Selbststeuerung.⁴²
- Angesichts einer parallel verlaufenden Beteiligungsbewegung auf Bundesebene werden den Kommunen Fördermittelgelder für Projekte mit Beteiligungscharakter zur Verfügung gestellt. Als Beispiel ist hier das seit 1999 laufende Bund-Länder Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ zu nennen, dessen Ziel es ist, der sozialen und räumlichen Polarisierung in den Städten entgegen zu wirken. Die finanzielle Förderung und Unterstützung von Aktionen und Projekten ist im Rahmen dieses Programms unmittelbar an Kooperations- und Beteiligungsmaßnahmen von Gruppen und Personen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten und Interessen gebunden.⁴³
- Darüber hinaus gibt es das Bestreben der Kommunen nach einer Bündelung der sich ausdifferenzierenden Interessen der Bürgerschaft, um neben einem reinen Wissensgewinn auch eine höhere Akzeptanz und Planungssicherheit zu erreichen, Konflikte zu vermeiden und den Planungsprozess zu beschleunigen.⁴⁴

⁴⁰ vgl. Selle & Sutter-Schurr 2003

⁴¹ Die Ansätze werden in der vorliegenden Arbeit nur kurz skizziert. Für eine eingehende Beschäftigung sollte daher auf jeden Fall die Originalquellen hinzugezogen werden.

⁴² vgl. Selle & Sutter-Schurr 2003

⁴³ vgl. Soziale Stadt 2007

⁴⁴ vgl. Stock 2006, 22

- In Anbetracht des verschärften und zum Teil internationalen Wettbewerbs der Städte um Ansiedlungen und Investitionen reagiert die lokale Politik häufig mit eigenen unternehmerischen Strategien in Form von institutionellen Öffnungen und neuen Kooperationsformen. Damit gewinnen in erhöhtem Maße spezifische Wohn- und Freizeitbedürfnisse, sowie die kulturelle und gebaute Umgebung, die Investoren und Berufstätige in die Städte locken, an Bedeutung. Eine hohe Lebensqualität von Orten wird infolge dessen zunehmend als ein entscheidender - auch wirtschaftlicher - Faktor angesehen, der unter anderem auch durch die Einbeziehung und Mitarbeit aller relevanten Akteure (z.B. Mieter, Eigentumsbesitzer) erreicht werden soll.⁴⁵

Tatsache ist, dass die Erwartungen, mit Hilfe einer Kooperation zukünftige Herausforderungen zu bewältigen, hoch gesteckt sind. Dennoch wird vor einer voreiligen Euphorie und Begeisterung gewarnt, damit nicht die Fehler aus den 70er Jahren – Frustrationen und Rückzug wegen zu hoher und nicht erfüllter Erwartungen – wiederholt werden.⁴⁶ Auch die aktive Einbeziehung von „Kunden“ und die Teilhabe an der Politik und Planung werden diesbezüglichen nicht alle Probleme lösen können.⁴⁷ Grundsätzlich ist trotz Höhen und Tiefen jedoch eine stetige Weiterentwicklung des Beteiligungsverständnisses zu beobachten, was an der Wandlung der Rolle des Stadt- und Freiraumplaners nachvollzogen werden kann. Albers⁴⁸ kommentiert dies folgendermaßen:

„Vom Techniker über den sich umfassend kompetent fühlenden, aber politikfernen Fachmann bis zum Politikberater, und dies nicht nur im Auftrage der politischen Macht, sondern auch – mit dem wachsenden Gewicht der Bürgerbeteiligung – als „Anwaltsplaner“ im Engagement für „Betroffene“. Parallel dazu scheinen sich die Schwerpunkte seiner Tätigkeit zu verschieben: vom Entwerfen des räumlichen Gefüges zu einer Art „Raum-Management“ und weiter zur neuesten Versionen der Vermittlung [...].“⁴⁹

⁴⁵ vgl. Mayer 1991, 41

⁴⁶ vgl. Selle 1996, 16

⁴⁷ vgl. ebd.

⁴⁸ vgl. Albers 1997

⁴⁹ ebd., 333

Auch anhand der folgenden Grafik wird die damit beschriebene Grundtendenz noch einmal ersichtlich.

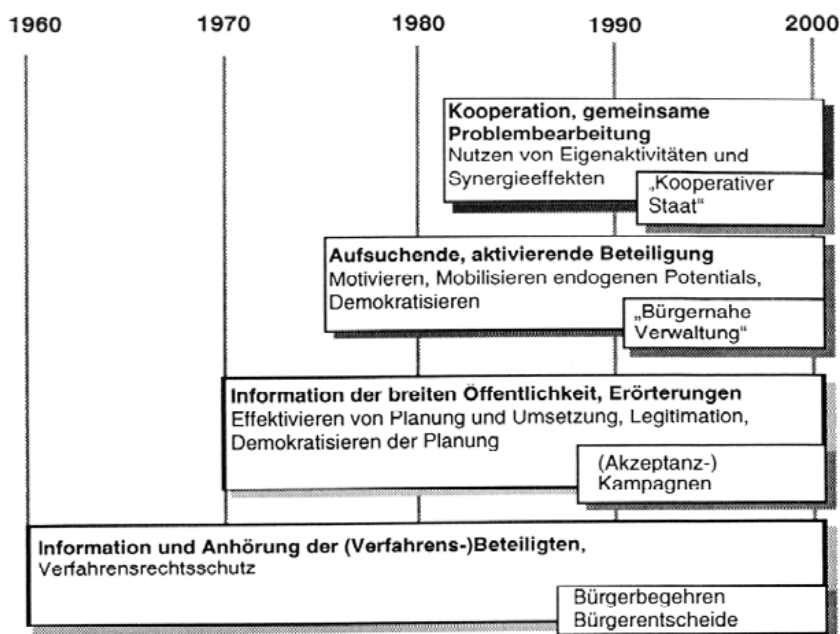


Abbildung 2 - Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Deutschland (Quelle: Selle 2000, 92)

Zusammenfassend wird die Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Deutschland von Selle & Sutter-Schurr⁵⁰ wie folgt gesehen:

„Partizipation, Bürgerbeteiligung, Kooperation, Bürgerorientierung – viele Worte für einen einfachen Vorgang: Der Planungsprozess wird geöffnet.“⁵¹

2.4 Bürgerbeteiligung im Wandel

Durch die Öffnung der Politik und Planung entsteht die Situation, dass viele politische, planerische und gesellschaftliche Probleme nicht mehr nur in parlamentarischen oder parteiinternen Diskussionen aufgegriffen werden, sondern auch in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gelangen.⁵²

Angesichts dessen, ist es auch nicht verwunderlich, dass in der heutigen Zeit aufgrund des Bewusstwerdens dieser Problematiken auch die Eigenaktivität der Bürger wieder zunimmt. Allerdings appellieren die Bürger nicht mehr an Dritte

⁵⁰ vgl. Selle & Sutter-Schurr 2003

⁵¹ ebd., 17

⁵² vgl. ebd.

und warten auf Hilfe, sondern drängen darauf die Probleme direkt anzugehen. Die Handlungsfelder betreffen neben dem eigenen Lebensraum wie z.B. dem Wohnumfeld und dem gemeinschaftlichen Freiraum, auch Themen aus der Sozial-, Gesundheits- und Kulturpolitik.⁵³

Ähnlicher Meinung ist der Münchener Soziologe Ulrich Beck. Beck⁵⁴ stellt ebenfalls fest, dass die Aktivitäten und öffentlich geführten Debatten der Bürger vor allem in Hinblick auf zukünftige politische und gesellschaftliche Problemlagen wieder zugenommen haben. Die öffentlichen Auseinandersetzungen mit Zukunftsthemen, die mittlerweile alle politischen und nichtpolitischen Schauplätze erreicht haben, sind seiner Ansicht nach, nicht auf die Weitsicht der Politik, sondern auf das zunehmende Drängen einer so genannten „Subpolitik“ zurückzuführen.⁵⁵

Mit seinem Buch „Risikogesellschaft“ gelangte 1986 die Idee der Subpolitik an die breite Öffentlichkeit. Beck griff diese Idee in seinen zahlreichen, nachfolgenden Büchern immer wieder auf und entwickelte sie weiter. In einem erst kürzlich erschienenen Interview mit dem Journalisten Jakob Schrenk bekräftigte er diese Idee erneut.⁵⁶

2.4.1 Subpolitik – Gesellschaftsgestaltung „von unten“

Beck⁵⁷ versteht unter dem Begriff der Subpolitik alle Akteure, die außerhalb des politischen Systems auf die Gesellschaftsgestaltung Einfluss nehmen. Demnach sind neben einzelnen Individuen auch soziale und kollektive Zusammenschlüsse wie z.B. Professionsgruppen, Vereine oder Bürgerinitiativen gemeint. Die Subpolitik umfasst mannigfaltige Formen und Kombinationen. Die Auswahl geht dabei von basisorientiert, außerinstitutionell, nicht-klassengebunden bis hin zu programmatisch diffus und zerstritten.⁵⁸

Allen gemein ist jedoch das Ziel, politische und planerische Entwicklungen und Entscheidungen zu beeinflussen, und zwar mit Aktionen, die nicht demokratisch legitimiert sind und abseits der vorgesehenen politischen Bühne stattfinden. Handlungsfelder der Subpolitik sind genau die Entscheidungsbereiche und

⁵³ vgl. Selle 1996, 67

⁵⁴ vgl. Beck 1993

⁵⁵ vgl. ebd., 158-161

⁵⁶ vgl. Beck 2007 in Schrenk 2007, 234

⁵⁷ vgl. Beck 1993

⁵⁸ vgl. ebd., 159

Themen, die bisher „im Windschatten des Politischen“⁵⁹ lagen. Darunter fallen Bereiche wie der Konsum, die Wissenschaft und das Privatleben, die zunehmend den politischen Disput bestimmen. Beck⁶⁰ beurteilt diese Situation folgendermaßen:

„Es kommt zu einer prekären Umkehrung von Politik und Nichtpolitik. Das Politische wird unpolitisch und das Unpolitische politisch.“⁶¹

Die Kämpfe der Subpolitik um die Gestaltungsmacht werden unter anderem in Bereichen der Medienöffentlichkeit und Rechtssprechung ausgetragen. Vor allem Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen fühlen sich in diesen Bereichen schon zu Hause und wissen diese Mittel wirkungsvoll einzusetzen.

Zusammenfassend ist mit dem Begriff Subpolitik nichts anderes gemeint als eine Gesellschaftsgestaltung „von unten“.⁶²

Oberflächlich gesehen, könnte allerdings die Frage aufkommen, ob mit der Idee der Subpolitik – bezogen auf die Kommunalebene – nicht bekannte, wiederkehrende Handlungsweisen abermals aufgegriffen und unter einem anderen Schlagwort und mit einer begnadeten Feder als neuwertig verkauft wurden?

Darin steckt die Anspielung auf eine ähnliche Entwicklung in den 60er Jahren. Auch dort haben Protest- und Bürgerinitiativbewegungen die politische, planerische und gesellschaftliche Landschaft der Bundesrepublik von Grund auf erschüttert und teilweise ein allgemeines Umdenken bewirkt (vgl. Kapitel 2.3).

Bei genauerer Betrachtung kann jedoch festgestellt werden, dass die als Subpolitik bezeichnete, wieder zunehmende Aktivität der Bürger, gegenüber den Aktivitäten der 60er Jahre, in den Ursachen und Motiven divergieren und somit ein differenzierter Umgang legitim und sinnvoll ist.

2.4.2 Motive der Subpolitik

Bei der Suche nach den Motiven der Subpolitik ist es gewiss sehr unwahrscheinlich, dass diese Aktivierung der Bürger einzig auf die „Öffnung von Politik und Planung“ (vgl. Kapitel 2.3) zurückzuführen ist. Welche anderen

⁵⁹ Beck 2007 in Schrenk 2007, 234

⁶⁰ vgl. Beck 1986

⁶¹ ebd., 305

⁶² vgl. Beck 1986, Beck 1993, Beck 2007 in Schrenk 2007

Ursachen kann also diese „Renaissance der politischen Subjektivität“⁶³ noch haben?

Beck⁶⁴ führt diese gesellschaftlichen Handlungsweisen der Subpolitik auf einen aktuellen, soziokulturellen Wandel zurück, der die Moderne der Industriegesellschaft in vielen Dimensionen überlagert. Neben anderen Autoren⁶⁵ bezeichnet er diesen Umbruch innerhalb der Moderne als „reflexive Modernisierung“.⁶⁶

Der Begriff der „Reflexiven Modernisierung“ ist jedoch nicht im Sinne einer „Reflexion“ zu verstehen, sondern bedeutet vielmehr eine Selbstkonfrontation mit negativen Modernisierungsfolgen der Industriegesellschaft.⁶⁷ In den folgenden Kapiteln werden speziell drei Modernisierungsfolgen der Industriegesellschaft aus den Theorien von Beck⁶⁸ vorgestellt, die die Aktivitäten der Subpolitik maßgeblich initiieren und beeinflussen: Individualisierungsprozesse, Modernisierungsrisiken, sowie der Kampf um Rationalitätsansprüche. Allerdings sind die Grenzen zwischen den einzelnen Faktoren fließend, so dass diese selbst miteinander korrelieren, sich partiell voraussetzen und überlagern.

2.4.2.1 Individualisierungsprozesse und Subpolitik

„Im Zentrum dieses Kapitels steht die Einschätzung, dass wir Augenzeugen eines Gesellschaftswandels innerhalb der Moderne sind, in dessen Verlauf die Menschen aus den Sozialformen der industriellen Gesellschaft – Klasse, Schicht, Familie, Geschichtslagen von Männern und Frauen – freigesetzt werden.“⁶⁹

Dieser Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne basiert in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend auf einem mit der Industrialisierung hervorgerufenen Anstieg der Existenzniveaus und Lebensstandards.⁷⁰ Durch einen generellen Zuwachs an Mobilität, Freizeit, Einkommen, Konsum und Bildung kommt es zu einer Individualisierung und Pluralisierung von unterschiedlichen Lebenslagen

⁶³ Beck 1993, 157

⁶⁴ vgl. Beck 1986, 251; Beck 1993, 13ff, 36

⁶⁵ vgl. unter anderen: Lash 1996 in Beck 1996, Giddens 1996 in Beck 1996

⁶⁶ Beck 1986, 253

⁶⁷ vgl. ebd., 36f

⁶⁸ vgl. Beck 1986; Beck 1993

⁶⁹ Beck 1986, 115

⁷⁰ vgl. ebd., 122

und Lebensstilen: Viele Individuen sehen sich immer mehr in die Rolle des Regisseurs der eigenen Lebensplanung und Lebensführung versetzt. Diese Rolle wird jedoch nicht nur als Option angesehen, sondern ist inzwischen für viele zu einer Notwendigkeit der individuellen Existenzsicherung geworden. Der Einzelne muss, um nicht am wirtschaftsgesteuerten Markt übergangen zu werden, sich selbst als Handlungszentrum und als Planer seiner Biographie, seiner individuellen Fähigkeiten, seiner Neigung und seiner Umwelt begreifen. Dies hat jedoch zwei unmittelbare Konsequenzen für die Bevölkerung.⁷¹

Zum einen werden auf diese Weise die einzelnen Lebenslagen nicht mehr als unabwendbares Produkt von fremdbestimmten Ereignissen und Verhältnissen, sondern als Konsequenz selbst getroffener Entschlüsse gesehen. Insofern steigen das Risiko und die Eigenverantwortung des Individuums hinsichtlich seiner Entscheidung und seiner persönlichen Lebensgestaltung. Dementsprechend werden auch extern gefällte Beschlüsse (z.B. von Politikern, Planern und Wissenschaftlern), die sich gleichzeitig auf die Lebenswelt des Einzelnen auswirken, zunehmend kritisch betrachtet und gegebenenfalls auch boykottiert.⁷²

Zum zweiten werden die ständisch geprägten Klassen- und Geschlechterlagen der Industriegesellschaft „freigesetzt“,⁷³ das heißt aufgelöst oder zumindest verändert. Auf diese Weise ist es nicht verwunderlich, dass für viele Menschen ehemals solide geglaubte Stützen, wie z.B. die Familie oder der Beruf an Stabilität verloren haben und dadurch in der Bevölkerung ein Gefühl von Unsicherheit und Verwirrung entstanden ist.⁷⁴

Die vorherrschenden Lebensformen sind also angesichts des Individualisierungstrends nicht nur mit Risiko behaftet, sondern werden darüber hinaus auch „enttraditionalisiert“.⁷⁵

Im Verlauf der Individualisierung kommt es allerdings zu einer Standardisierung und Institutionalisierung von Lebenslagen und -verläufen. Dies bedeutet, dass die einzelnen Personen immer stärker marktabhängig und damit bildungsabhängig, konsumabhängig, abhängig von Verkehrsplanungen, Moden und Regelungen usw. werden. Dieses „Kollektivschicksal“⁷⁶ führt jedoch wiederum zur Entstehung neuer soziokultureller Protestformen und Zusammenschlüsse, wie z.B.

⁷¹ vgl. Beck 1986, 209f

⁷² vgl. ebd., 215ff

⁷³ ebd., 115

⁷⁴ vgl. ebd., 222

⁷⁵ ebd., 251

⁷⁶ ebd., 215

Bürgerinitiativen, die im gemeinsamen Kampf für ihre individuelle Entfaltung versuchen die politischen, administrativen und industriellen Barrieren und Übergriffe ins Private und in die eigene Lebensgestaltung zu bekämpfen.⁷⁷

Letztendlich wird der gesamte Prozess des Herauslösens von historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen, des Verlusts von Sicherheit und Stabilität und dieser neuen Art der sozialen Wiedereinbindung und Vergesellschaftung als „Individualisierungsprozess“⁷⁸ bezeichnet.

Es spielt jedoch nicht nur der beschriebene Individualisierungsprozess, sondern auch ein aufkeimendes, öffentliches Risikobewusstsein bei der Initiierung von Subpolitik eine maßgebliche Rolle.⁷⁹

2.4.2.2 Modernisierungsrisiken und Subpolitik

Beck⁸⁰ sieht demnach nicht mehr in der Beseitigung von materieller Verelendung und Mangelzuständen, die in den 60er Jahren die Massen auf die Straßen trieb, sondern in der Beseitigung von Risikolagen die antreibende Kraft, die heutzutage Formen der Subpolitik wie z.B. Bürgerinitiativen anspornen. Dabei steht folgende Annahme im Hintergrund.

„In der fortgeschrittenen Moderne geht die gesellschaftliche Produktion von Reichtum systematisch einher mit der gesellschaftlichen Produktion von Risiken. Entsprechend werden die Verteilungsprobleme und -konflikte der Mangelgesellschaft überlagert durch die Probleme und Konflikte, die aus der Produktion, Definition und Verteilung wissenschaftlich-technisch produzierter Risiken entstehen.“⁸¹

Das heißt mit anderen Worten: Mit dem ansteigenden Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland werden technologisch-ökonomische Modernisierungsprozesse zunehmend kritisch gesehen. Früher wurden diese Modernisierungsprozesse noch zum Wohle der Gesellschaft mit ihren latenten, jedoch oft gefährlichen Neben- und Folgeprodukten mehr oder minder von der Allgemeinheit akzeptiert. Heutzutage dagegen werden die Risiken der

⁷⁷ vgl. Beck 1986, 119f

⁷⁸ ebd., 206

⁷⁹ vgl. Beck 1993, 149

⁸⁰ vgl. Beck 1986

⁸¹ Beck 1986, 25

Modernisierungsprozesse mittlerweile öffentlich wahrgenommen und die Gesellschaft ist von der Gefahr überzeugt. Infolgedessen werden die Modernisierungsprozesse mit ihren Modernisierungsrisiken immer stärker selbst zum Problem- oder Diskussionspunkt.⁸² Dies bedeutet, dass die Latenz von Modernisierungsrisiken zum Ende des vergangenen Jahrtausends unwiderruflich aufgehoben wurde. Zugegebenermaßen ist jedoch unklar, ob dieser Bewusstseinswandel aus einer faktischen Verschärfung der Risiken stammt, oder ob sich einfach nur die öffentliche Wahrnehmung geändert hat.⁸³

Nicht nur die Risiken der Modernisierungsprozesse selbst, sondern vor allem auch der damit verbundene Umgang in der Praxis (z.B. in der Politik, Planung und Wissenschaft) werden von einer wachsenden und hellwachen Öffentlichkeit gewissenhaft mitverfolgt.⁸⁴ Dieses Verhalten ist eher in Gesellschaften, unter anderem auch in der Bundesrepublik Deutschland, zu finden, wo der Druck der unmittelbaren Existenzsicherung für viele nicht mehr so evident ist. Das Gesellschaftsbild am Ende dieses Weges, den die Gesellschaft in Deutschland dem Anschein nach bereits eingeschlagen hat, wird von Beck als „Risikogesellschaft“⁸⁵ bezeichnet: Vorwiegend handelt sich dabei um eine Gesellschaft, die als verhältnismäßig wohlhabend (in Relation zu Ländern der dritten Welt) beschrieben wird, von Strukturen des Massenkonsums und des Überflusses geprägt ist und meist über ausreichende Bildungsmöglichkeiten und Informationsquellen verfügt. Infolgedessen sind die Bürger sich der Risiken bewusst, fühlen sich bedroht und fangen an sich zu engagieren. Dabei versuchen sie (fremdbestimmte) Zukunftsvisionen gezielt mitzudenken und gegebenenfalls auch zu verhindern. Auf diese Weise sind Streitgespräche über potenzielle Einflüsse auf die Natur, Gesellschaft und das Privatleben auf der politischen, planerischen und wissenschaftlichen Tagesordnung unumgänglich geworden. Der Kern der Debatte, sowie das Risikobewusstsein liegen jedoch nicht in der Gegenwart, sondern in der Zukunft. Es wird versucht, nicht-existierende, teilweise unkalkulierbare, konstruierte und fiktive Herausforderungen und Krisen häufig durch Zusammenschlüsse und Kooperationen zu meistern.⁸⁶

Die Risikogesellschaft facht demnach nicht nur Konflikte an, sondern auch eine neue Art der Solidarität. Genauer gesagt kommt es zu

⁸² vgl. Beck 1986, 26

⁸³ vgl. Beck 1986, 73; Beck 1993, 252

⁸⁴ vgl. Beck 1986, 263f

⁸⁵ ebd., 69

⁸⁶ vgl. ebd., 44

Gefährdungsgemeinschaften, die sich über alle Klassen-, Parteien-, Berufs- und Altersgrenzen hinweg organisieren, unter anderem auch in Form von Bürgerinitiativen. In diesem Zug hat sich nicht nur die Qualität von Gemeinschaft, sondern auch das Wertesysteme der Gesellschaft gewandelt: Neben dem Wert der Gleichheit, der bisher einer der Hauptgründe für Zusammenhalt war, erscheint nun auf der Bildfläche der Wert der Sicherheit. Während der Gedanke der Gleichheit mit vielen inhaltlich-positiven Zielen belegt war, haftet dagegen dem Gedanken der Sicherheit eher etwas Negatives und Defensives an. Hier bildet das Zentrum des Zusammengehörigkeitsgefühls die fiktive oder reale Notwendigkeit, das Schlimmste zu verhindern. Somit tritt nicht mehr wie früher die Not an die Stelle der Gemeinsamkeit, sondern die Angst, die zu einem neuen Motor des gesellschaftlichen Engagements wird.⁸⁷

Der Wechsel der Motive bedingt, dass sich neben dem Personenkreis, der in Mitleidenschaft gezogen wird, auch die Art der Betroffenheit verändert. Die Modernisierungsrisiken sind im Unterschied zu früheren Gefährdungslagen nicht mehr nur auf einen bestimmten Personenkreis, z.B. auf eine bestimmte Klasse, begrenzt, sondern besitzen inzwischen einen globalen Charakter (z.B. bei der Klimaveränderung), so dass auch die Verursacher von den Folgen, dem so genannten „Bumerang-Effekt“,⁸⁸ heimgesucht werden können.

Die persönliche Betroffenheit kann allerdings nur begrenzt am eigenen Leib erfahren werden, da sich viele Risiken den individuellen Wahrnehmungsmöglichkeiten entziehen, wie z.B. der Gehalt von Schadstoffen in der Luft. Insofern ist die Beurteilung entsprechend dem Umfang und der Art der Betroffenheit nicht mehr selbstbestimmt, sondern fremdbestimmt bzw. fremdwissensabhängig. Politiker, Planer und Wissenschaftler, die über andere Messinstrumente und Beurteilungsmöglichkeiten verfügen, werden in die Verantwortung der Risikoverkündung gezogen. Meist verläuft diese Risikoverkündung jedoch nicht einheitlich, sondern ist Gegenstand von heftigen Diskussionen und Debatten. Die jeweiligen Argumente werden dabei auf wissenschaftliche Modellversuche, Berichte und Konstrukte zurückgeführt, die sich gegenseitig entweder bestätigen und ergänzen, sich aber auch oftmals widerlegen und entkräften können.⁸⁹

⁸⁷ vgl. Beck 1986., 62-65

⁸⁸ ebd.,49

⁸⁹ vgl. ebd., 72

2.4.2.3 Rationalitätsansprüche und Subpolitik

Bei der Verkündung von Risiken kommt es folglich zu Situationen, in denen wissenschaftlich begründete Argumente in Debatten angeführt werden, die jedoch im gleichen Atemzug mit anderen, ebenfalls wissenschaftlich begründeten Gegenargumenten widerrufen werden. Dieses Ringen um Rationalitätsansprüche innerhalb von Experten ist eine Folge a) einer zunehmenden Ausdifferenzierung und Überspezialisierung von Professionen, b) eines dadurch gestiegenen Konkurrenzdrucks und nicht zuletzt c) ökonomischer Interessen. Zumal im Verlauf dieser Entwicklung zugleich auch neue Wirkungs- und Arbeitsfelder für die einzelne Professionen erschlossen werden. Solange es gelingt diesen Kampf um Rationalitäten mit ihren Irrtümern, Fehlern und Folgen im wesentlichen innerhalb der Professionen (z.B. Politik, Planung und Wissenschaft) abzubauen, kann der Monopolanspruch der Rationalitäten und die Glaubwürdigkeit gegenüber der außerhalb stehenden Öffentlichkeit aufrechterhalten werden. Im Zuge der Öffnung von Politik, Planung und Wissenschaft werden jedoch die Meinungsverschiedenheiten, Schwierigkeiten und Gegensätze, die die einzelnen Wissenschaften und Professionen miteinander haben, öffentlich ausgetragen. So kämpfen die Professionen öffentlich miteinander, was in der breiten Gesellschaft zu Verunsicherung führt. Somit untergraben die Experten die eigene Glaubwürdigkeit und ihren Anspruch auf Rationalität.⁹⁰

Dies bildet in der Praxis den Ansatzpunkt für konfliktgeladene Gleichsetzungstendenzen zwischen Experten und Laien, die ihrerseits – durch die Divergenzen der Experten gestärkt – anfangen Rationalitätsansprüche zu stellen.⁹¹ Dieses Anzweifeln von Expertenurteilen und deren Rationalitäten hängt weiterhin auch mit der Tatsache zusammen, dass die Aussagen über Risiken auch mit der kulturellen Wertvorstellung, was der Bevölkerung als akzeptabel erscheint bzw. was nicht, verbunden ist. Die Zurückweisung von „Expertenrationalitäten“⁹² kann demnach ebenfalls bedeuten, dass die in den Argumenten der Experten enthaltenen gesellschaftlichen Akzeptanzprämissen nicht mit denen der Bevölkerung übereinstimmen.⁹³

Mit der öffentlichen Wahrnehmung dieser Entwicklung steigt in der Bevölkerung das Misstrauen und die Skepsis gegenüber politisch, planerisch und

⁹⁰ vgl. Beck 1986, 263f

⁹¹ vgl. ebd., 263f

⁹² ebd., 38

⁹³ vgl. ebd., 76f

wissenschaftlich verkündeten Risikoaussagen. Dieser allgemeine Argwohn in der Bevölkerung bildet die nahrhafte Grundlage, an dem sich schnell mit Hilfe eines kleinen Funken ein Feuer von Protestbewegungen entzünden und explosionsartig ausbreiten kann.⁹⁴

2.4.3 Soziale Ambivalenz der Subpolitik

Allerdings befindet sich die Bundesrepublik Deutschland noch im Übergang zur Risikogesellschaft. Das heißt, dass einerseits die Individuen noch an den Gesellschaftsformen und -bindungen, Handlungsweisen und den Überzeugungen der Industriegesellschaft festhalten, andererseits in Teilen schon von den Einflüssen der Risikogesellschaft bestimmt werden. Diese ambivalente Stimmung des Wandels wird unter anderem in dem Bereich der Beteiligungskultur ersichtlich. Einerseits gibt es die in der Industriegesellschaft bereits praktizierte Tendenz die Instrumentarien der Beteiligung – auf Forderung der Bürger – immer stärker auszubauen. Andererseits ziehen sich die Individuen, angesichts bestehender Beteiligungsmöglichkeiten zurück und wenden sich anderen Einfluss- und Aktivitätsformen zu. Diese widersprüchlichen Tendenzen der Beteiligungskultur sind darauf zurückzuführen, dass die Individuen sich noch auf der Kippe befinden und einmal in die alte Richtung der Industriegesellschaft, einmal in die neue Richtung der Risikogesellschaft wanken.⁹⁵

In dieser Situation sehen sich vor allem die Politiker und Planer mit der Tatsache konfrontiert, dass ihre meist gut gemeinten Angebote von Teilen der Bevölkerung als Ärgernis empfunden werden und auf Grund dessen mit allen Mitteln bekämpft werden.⁹⁶

⁹⁴ vgl. Beck 1986, 262f

⁹⁵ vgl. Beck 1993, 160

⁹⁶ vgl. ebd., 189

2.4.4 Umgang mit dem Wandel

„Wer den Legitimationsverfall der technisch-industriellen Entwicklung nicht länger hinnehmen will, muss darüber nachdenken, wie die „neue Ambivalenz“ akzeptabel, konsensfähig gemacht werden kann.“⁹⁷

Beck⁹⁸ schlägt für eine konsensorientierte Zusammenarbeit, angesichts der widersprüchlichen Tendenzen der Bevölkerung – Forderung nach politischer Beteiligung bei gleichzeitigem Rückzug in subpolitische Aktivierungsformen – zwei Aspekte vor:

Zum einen gilt es Argumente und Motive der Subpolitik genauer zu betrachten und transparent zu machen, so dass reale von projizierten Gefährdungen in der Öffentlichkeit unterschieden und eingeschätzt werden können. Eine Bestätigung von projizierten Gefährdungen wäre in dieser Situation destruktiv und könnte projizierte Gefährdungen in reale Gefährdungen umwandeln. Daher schlägt Beck⁹⁹ eine massive „Politik der Gegeninterpretation“¹⁰⁰ vor. Dementsprechend wird in Zukunft die Fähigkeit entscheidend sein, Gefährdungen zu antizipieren, sie zu ertragen und mit ihnen biographisch und politisch umzugehen.¹⁰¹

Zum anderen ist es für die Politik, Planung und Wissenschaft durchaus erforderlich über neue Verhandlungs-, Vermittlungs- und Kommunikationsstrukturen nachzudenken. In diesem Sinne muss in der Praxis mit neuen Verfahren, Entscheidungsstrukturen, Zuständigkeiten, sowie mit Überschneidungen von Kompetenzen und Inkompetenzen experimentiert werden.¹⁰²

Als Voraussetzung dafür ist es allerdings obligatorisch, dass reale oder gedachte Gefälle zwischen Experten und Laien überwunden werden, Zuständigkeiten informalisiert, sowie Entscheidungsstrukturen transparent gemacht und neue

⁹⁷ Beck 1993, 198

⁹⁸ vgl. Beck 1986, Beck 1993

⁹⁹ vgl. Beck 1986

¹⁰⁰ ebd., 69

¹⁰¹ vgl. ebd., 101f

¹⁰² vgl. Beck 1993, 191

Regeln und Verbindlichkeiten ausgearbeitet werden. Letztendlich bedeutet dies eine Neuerung im Beteiligungsverständnis und in der politischen Kultur.¹⁰³

2.5 Reflexion: Der Wandel als Herausforderung für die Landschaftsarchitektur

Speziell für Landschaftsarchitekten stellt der Umgang mit diesen widersprüchlichen Tendenzen der Subpolitik eine Herausforderung dar. Die Zunahme der Aktivitäten der Subpolitik weist offensichtlich darauf hin, dass sich die Interessen der Politik, der Verwaltung und der Bürgerschaft mehr und mehr ausdifferenzieren. Innerhalb dieses Spannungsfelds aus verschiedenen, sich zum Teil widersprechenden Interessen gewinnen die Aufgaben und Verpflichtungen von Landschaftsarchitekten zunehmend an Komplexität.

Landschaftsarchitekten tragen, wie bereits erwähnt, aus ihrem Selbstverständnis heraus eine Verantwortung gegenüber ökonomischen, ökologischen, ästhetischen, sozialen und politischen Aspekten (vgl. Kapitel 1). Entsprechend umschreibt der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) die Profession der Landschaftsarchitekten wie folgt:

„Landschaftsarchitekten haben sich verpflichtet, in Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt zu handeln. Ihr Ziel ist es, nachhaltige und regional angepasste Nutzungs- und Entwicklungskonzepte mit realisierbaren Planungs- und Gestaltungsvorschlägen zu erstellen und so die Grundlage für zukunftsorientiertes Handeln zu ermöglichen.“¹⁰⁴

In der Praxis jedoch besitzen Landschaftsarchitekten nicht nur eine arbeitsethische Verpflichtung gegenüber den ansässigen Menschen, der Natur und der Umwelt, sondern sind ebenso ihrem Auftraggeber verpflichtet. Bei öffentlichen Bauvorhaben ist der Auftraggeber häufig die Verwaltung bzw. die Politik. Angesichts ausdifferenzierter Interessen und Auseinandersetzungen zwischen der Verwaltung, Politik und Bürgerschaft können jedoch Landschaftsarchitekten immer mehr in Bezug auf ihre Verpflichtungen und ihr Selbstverständnis in eine prekäre Situation geraten.

¹⁰³ vgl. Beck 1993, 190f

¹⁰⁴ BDLA 2007

In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, ob Landschaftsarchitekten nicht grundsätzlich ein stärkeres Anliegen daran haben müssten, aktiver den Projektverlauf zu begleiten, ihre Disziplinen übergreifenden Fachkompetenzen systematischer einzusetzen und eine Kooperation der einzelnen Interessensgruppen bewusster zu fördern?

Dies setzt allerdings voraus, dass sich Landschaftsarchitekten intensiv mit den jeweiligen Interessen der Politik, der Verwaltung und der Bürgerschaft auseinandersetzen und darüber hinaus ihr eigenes Selbstverständnis immer wieder kritisch hinterfragen. Letztendlich könnte dadurch nicht nur eine konstruktive Zusammenarbeit unterstützt werden, sondern auch die Kompetenzen und die Profession der Landschaftsarchitekten gezielter in der Öffentlichkeit positioniert werden.

3 Bürgerbeteiligung in München

In den vorherigen Kapiteln wurden in der vorliegenden Arbeit ausschließlich die Entwicklungen bzw. der Wandel der Bürgerbeteiligung hinsichtlich der gesamten Bundesrepublik Deutschland angesprochen. Nun soll das Beteiligungsverständnis etwas genauer untersucht werden. Dafür wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit der Fokus auf die bayerische Landeshauptstadt München gelegt.

In München werden bestimmte Projekte der Freiraumplanung und des Städtebaus hinsichtlich des derzeitigen Beteiligungsverständnisses von Politikern, Planern und Bürgern untersucht (vgl. Kapitel 4). Für ein besseres Grundverständnis werden jedoch vorab einige allgemeine Daten zur Entwicklung der Beteiligungskultur in München angeführt.

Bereits 1968 gründete der damalige Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel das „Münchner Diskussionsforum für Stadtentwicklungsfragen“, das heute als das „Münchner Forum“ bekannt ist. Es ist nicht nur das älteste Stadtforum in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch eines der frühen Beispiele der Bürgerbeteiligung.¹⁰⁵ Dort werden seither Probleme und Projekte der Stadtentwicklung öffentlich zur Diskussion gestellt und besprochen.¹⁰⁶ Seitdem wurde mehr oder weniger stetig die Bürgerbeteiligung in Planungen und Projekte der Landeshauptstadt München integriert. Mitte der 90er Jahre wurde eigens für die Bürgerbeteiligung eine Arbeitsstelle in der Hauptabteilung Gartenbau des Baureferates eingerichtet, die sich auf eine Zusammenarbeit mit Bürgern vor allem bei Spielplätzen, Grünanlagen, Stadtplätzen und Parks konzentriert.¹⁰⁷ Auch im aktuellen Stadtentwicklungskonzept „PERSPEKTIVE MÜNCHEN“¹⁰⁸, in zahlreichen Veröffentlichungen, sowie im derzeitigen Leitbild hebt die Landeshauptstadt München nicht nur ihre Bereitschaft zum Dialog mit den

¹⁰⁵ vgl. Selle 1996, 66

¹⁰⁶ vgl. Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2007a

¹⁰⁷ vgl. Baureferat 2007c

¹⁰⁸ Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2005a

Bürgern hervor, sondern versucht gezielt die Bürger zu einer Zusammenarbeit zu aktivieren:

„München soll eine zukunftsfähige Stadt im Gleichgewicht sein [...] Die Stadt ist dem Gemeinwohl verpflichtet, nicht einseitigen Interessen. Dies unterscheidet sie von Wirtschaftsunternehmen, deren Zielsetzung primär die Gewinnerzielung ist. [...] Darüber hinaus ist die Stadt aber auch ein großes Dienstleistungsunternehmen, das für seine Kunden da ist. Die Stadt beeinflusst politische und gesellschaftliche Entwicklungen und fördert das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Bürgerschaft ist nicht nur Kundschaft, die Einrichtungen nutzt und Dienstleistungen abfragt, sondern auch gestaltende Kraft, die durch ihr Engagement die Grundlinien der Stadtpolitik beeinflusst.“¹⁰⁹

So konnten seit Mitte der 90er Jahre in mehr als 60 Projekten der Landeshauptstadt München Bürger beteiligt werden.¹¹⁰ Innerhalb der letzten fünf Jahre wurden allein in der Hauptabteilung Gartenbau des Baureferates 18 Projekte mit einer aktiven und frühzeitigen Bürgerbeteiligung realisiert.¹¹¹ Auch andere Referate der Landeshauptstadt München, z.B. das Referat für Stadtentwicklung und Bauordnung, führen ebenfalls Bürgerbeteiligungen durch, jedoch konnten dafür keine konkreten Zahlen erhalten werden. Darüber hinaus spielen in München vor allem auch die Bezirksausschüsse¹¹² eine wichtige Rolle, die in der Regel neben der Verwaltung bei städtebaulichen und freiraumplanerischen Projekten Beteiligungsangebote für die Bürger schaffen.

Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die Landeshauptstadt München, sowie die Bezirksausschüsse nach eigenen Angaben nicht nur eine Bürgerbeteiligung befürworten, sondern auch im Laufe der Geschichte eine aktive und frühzeitige Zusammenarbeit, sowie insbesondere ein Bürgerengagement fördern.

¹⁰⁹Direktorium München 2007a

¹¹⁰ vgl. Schneider & Hutter-v. Knorring 2005, 13f

¹¹¹ vgl. Baureferat München Gartenbau Medien- und Bürgerservice 2007

¹¹² siehe Glossar: Bezirksausschuss

Trotz – oder vielleicht gerade aufgrund – dieser allgemeinen Unterstützung und Forderung von Bürgerengagement kann auch eine zweite Entwicklung in München beobachtet werden. So schreibt der ehemalige Münchener Baureferent Horst Haffner¹¹³:

„Die Bürgerinnen und Bürger sind auch nicht mehr das was sie einmal waren – Untertanen. Es liegt nicht nur daran, dass die Gesellschaft der Aufforderung „mehr Demokratie wagen“ seit den 1960er Jahren zunehmend nachkommt. Vor allem kennen die Bürgerinnen und Bürger heute ihre Rechte, nehmen sie wahr und setzen ihre Interessen gegebenenfalls mit den inzwischen vorhandenen Instrumenten durch: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid [...] Doch auch in kleinen Dimensionen, insbesondere bei Angelegenheiten, die das Quartier betreffen, wissen sich die Bürger gegen unliebsame Projekte zu wehren.“¹¹⁴

In diesem Spannungsfeld der beiden skizzierten Entwicklungen – „Bürgerbeteiligung“ und „Bürgerwiderstand“ – sind auch die beiden folgenden Fallbeispiele angesiedelt.

¹¹³ Haffner 2005

¹¹⁴ ebd., 50

4 Untersuchung von zwei Fallbeispielen in München

Die folgenden Kapitel befassen sich mit der Untersuchung des derzeitigen Beteiligungsverständnisses zwischen Politikern, Planern und Bürgern in München. Die Stadt München bot sich für diese Untersuchung besonders an, weil aufgrund der räumlichen Nähe zu meinem Studienplatz bereits Kenntnisse über städtebauliche und freiraumplanerische Projekte der letzten Jahre, sowie Kontakte zu den entsprechenden Akteuren vorhanden waren. Als Grundlage für die Untersuchung wird zuerst die Untersuchungsmethodik vorgestellt. Im Anschluss daran wird der Projektverlauf der beiden Fallbeispiele näher erläutert.

4.1 Methodisches Vorgehen

Als Untersuchungsmethodik wurde ein *qualitativer Fallstudienansatz* gewählt. Insgesamt wurden drei Fallbeispiele im Raum München ausgesucht. Die Auswahl der jeweiligen Fallbeispiele erfolgte aufgrund von Vorschlägen der Diplombetreuer.

Jedes Fallbeispiel sollte dabei folgende Kriterien erfüllen: Es muss sich um ein Projekt aus der Stadt- und Freiraumplanung handeln, in dem eine informelle Bürgerbeteiligung (z.B. in Form eines Runden Tisches ¹¹⁵), sowie Bürgeraktivitäten (z.B. eine Bürgerinitiative) stattgefunden haben. Ferner soll das Projekt in den Medien und in der städtischen Debatte öffentlich diskutiert worden sein, so dass genügend Informationsmaterial zur Verfügung steht. Darüber hinaus soll das Projekt aus der jüngeren Vergangenheit stammen, um einen Bezug zur aktuellen Planungsdebatte herstellen zu können. Dadurch kann außerdem gewährleistet werden, dass sich die an dem Verfahren Beteiligten noch gut an die einzelnen Planungsschritte erinnern.

¹¹⁵ siehe Glossar: Runder Tisch

Ursprünglich waren für die vorliegende Arbeit drei Fallbeispiele vorgesehen. Beim Fallbeispiel Erlebnisspielplatz Feldmochinger Anger stellte sich nach den Interviews jedoch heraus, dass es nicht vollständig die Untersuchungskriterien der Diplomarbeit erfüllt. Daher wurde es in der anschließenden Untersuchung nicht weiter verfolgt. Die weiteren Kapitel beziehen sich demnach nur auf die folgenden zwei Fallbeispiele:

- Fallbeispiel Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells
- Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt

Dokumentenanalyse

Um die einzelnen Projektverläufe mit ihren Konflikten verstehen und darstellen zu können, wurden Presseartikel, offizielle Broschüren und Berichte zu den Fallbeispielen recherchiert und ausgewertet. Darüber hinaus dienten die recherchierten Informationen als Grundlage für die nachfolgenden Untersuchungsschritte.

Problemzentriertes Interview

Mit Hilfe von problemzentrierten Interviews wurde die Sichtweise der beteiligten Akteure ermittelt. Generell werden in einem problemzentrierten Interview „biographische Daten mit Hinblick auf ein bestimmtes Problem“¹¹⁶ erhoben. In der vorliegenden Arbeit sollten Erkenntnisse in Bezug auf das derzeitige Beteiligungsverständnis und auf Probleme bei der Umsetzung der Beteiligungsinstrumente erarbeitet werden. Im Rahmen dessen wurde die soziale Konstruktion der Wirklichkeit,¹¹⁷ sowie die Wahrnehmungs- und Handlungsweisen der unterschiedlichen Interessensgruppen in Hinblick auf ihr Beteiligungsverständnis genauer erforscht.

Insgesamt wurden für die weitere Untersuchung der jeweiligen Fallbeispiele *vier maßgebliche Interessensgruppen* anhand der Dokumentenanalyse ausgewählt.

¹¹⁶ Flick 2005, 135

¹¹⁷ vgl. Garz & Kraimer 1991, 13

- *Die Münchner Verwaltung* besitzt die Aufgabe die öffentlichen Angelegenheiten der Stadt zu betreuen, zu koordinieren und zu administrieren. Sie untergliedert sich in unterschiedliche Fachreferate, unter anderem in das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, sowie das Baureferat.¹¹⁸ Während dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung als Hauptaufgabe die Entwicklung von München und der Region zukommt,¹¹⁹ fungiert das Baureferat bei konkreten Bauvorhaben als Projektmanager und Vertreter der Landeshauptstadt München und ist darüber hinaus für den Unterhalt und den Betrieb z.B. von öffentlichen Grünanlagen zuständig.¹²⁰
- *Der Fachplaner* arbeitet unter anderem in Landschaftsarchitektur-, Architektur- und Ingenieurbüros und wird von der Stadtverwaltung für ein bestimmtes Projekt beauftragt.
- *Der Münchner Bezirksausschuss* (BA) ist nach der Bayerischen Gemeindeordnung ein politisches Gremium, das eine Mittlerfunktion zwischen den Bürgern des Stadtbezirks, der Verwaltung und dem Stadtrat hat.¹²¹
- *Die Bürgerinitiative* ist eine lockere Organisation, in denen sich Bürger zusammenschließen,¹²² um die öffentliche Meinung oder die Politik z.B. hinsichtlich konkreter kommunaler Vorhaben zu beeinflussen.¹²³

Für jede Interessensgruppe sollte mindestens ein Interviewpartner befragt werden. Bei einem Fallbeispiel wurde zusätzlich der Mediator interviewt (siehe Tabelle 1). Allerdings hatte er das Fallbeispiel nur über einen sehr kurzen Zeitraum hinweg begleitet und konnte somit nur in einem engen Rahmen Auskunft geben. Bei den Interviewpartnern handelte es sich in der Regel um Vertreter der jeweiligen Institutionen, Gruppierungen und Interessensgruppen wie z.B. ein Vertreter des Baureferates oder ein Vertreter des Bezirksausschusses. In der weiteren Untersuchung wird jedoch größtenteils auf die Bezeichnung „Vertreter der Institution/Gruppierung/Interessensgruppe“ aus Gründen der Lesbarkeit und

¹¹⁸ vgl. Direktorium München 2007b

¹¹⁹ vgl. Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2007

¹²⁰ vgl. Baureferat München 2007

¹²¹ vgl. Direktorium München 2007

¹²² vgl. Umbach 1986

¹²³ vgl. Nohlen 1998

Übersicht verzichtet. Stattdessen wird direkt die Institution, Gruppierung oder Interessensgruppe genannt.

Die *Auswahl der Interviewpartner* erfolgte mittels mehrerer „Gatekeeper“,¹²⁴ die den Kontakt zu den Hauptakteuren der jeweiligen Fallbeispiele herstellten. Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der ausgewählten Interviewpartner und ihren jeweiligen Interessensgruppen.

Tabelle 1 - Auflistung der Interviewpartner (Quelle: eigener Entwurf)

Interessensgruppe Projektbeteiligte	Interviewpartner	
	Fallbeispiel Gärtnerplatz	Fallbeispiel Isar-Plan
Münchner Verwaltung	Baureferat München Referat für Stadtplanung und Bauordnung München	Baureferat München Referat für Stadtplanung und Bauordnung München
Fachplaner	freies Landschafts- architekturbüro	interdisziplinär besetztes Planerteam
Münchner Bezirksausschuss	Bezirksausschuss 2	Bezirksausschuss 5
Bürgerinitiative	Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“	Bürgerinitiative „Isar-Allianz“
Vermittler		externer Mediator

Für die beiden Fallbeispiele wurden vier Frauen und acht Männer im Alter zwischen 31 und 65 Jahren interviewt. Von den insgesamt zwölf Interviewpartnern haben mit einer Ausnahme alle studiert, eine Person sogar promoviert. Acht der Zwölf haben dabei ein Studium der Landschaftsarchitektur absolviert. Alle Interviewpartner sind oder waren über längere Zeit hinweg in München beruflich tätig.

Die Interviewpartner wurden in insgesamt elf Terminen befragt. Diese fanden in einem Zeitraum von acht Wochen statt. Die Reihenfolge der Interviews war dabei nicht festgelegt und ergab sich in Abhängigkeit von den Interviewpartnern. Aufgrund von zeitlichen Engpässen der Interviewpartner mussten einige Termine verlegt und an einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. In der Regel wurde das Interview mit Einzelpersonen geführt, nur an einem Termin wurden zwei Interviewpartner auf ihren Wunsch hin gleichzeitig interviewt.

¹²⁴ vgl. Reuber & Pfaffenbach 2005, 151

Für die problemzentrierten Interviews wurde im Vorfeld ein *Gesprächsleitfaden*¹²⁵ erstellt, der sicherstellen sollte, dass innerhalb des Interviews alle relevanten Themen besprochen werden. Der Interviewer stellt im Interview zusätzlich so genannte Ad-Hoc Fragen, um unklare Aussagen zu hinterfragen. Der Leitfaden bestand sowohl aus Fragen, als auch aus Erzählanreizen. Insgesamt sollten die Interviewpartner den Ablauf des Fallbeispiels frei schildern. Dabei wurde speziell darauf geachtet, an welchem Zeitpunkt die unterschiedlichen Interessensgruppen in dem Projektverlauf auftraten und wie die Interaktion und Wahrnehmung zwischen den Projektbeteiligten geschildert wurde. Bei den Interviewpartnern aus der Verwaltung und Planung wurden darüber hinaus auch allgemeine Fragen zur Beteiligungspraxis gestellt. Alle Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet. Während die vorgesehene Interviewdauer von max. 1,5 Stunden in zwei Interviews gering überschritten wurde, dauerte ein Gespräch wesentlich kürzer als die anderen. Diese kurze Gesprächsdauer kann jedoch darauf zurückgeführt werden, dass der Interviewpartner das Fallbeispiel nur für einen begrenzten Zeitraum aktiv mitverfolgt hat. Überwiegend wurden die Interviews im Büro des jeweiligen Interviewpartners durchgeführt. Nur in drei Fällen fand das Interview im Haus des Interviewpartners statt. Häufig wurden die Gespräche kurzzeitig von Telefonanrufen oder von Personen unterbrochen, jedoch fanden die Interviewpartner in der Regel schnell wieder zum Gespräch zurück. Insgesamt waren alle Interviewpartner bezüglich der Fragestellung der Diplomarbeit sehr aufgeschlossen.

Für die *Auswertung* wurden alle Interviews zuerst ohne non-verbale Aspekte vollständig transkribiert. Insgesamt ergaben sich etwa 230 Seiten Datenmaterial. Im Anschluss daran wurden die Aussagen nach Kategorien strukturiert. Diese wurden einerseits deduktiv aus dem zuvor erstellten Gesprächsleitfaden abgeleitet, andererseits induktiv mit weiteren Kategorien aus den Interviews ergänzt. Die einzelnen Kategorien umfassten unter anderem den Ablauf des Fallbeispiels, die gegenseitige Wahrnehmung und Positionierung der Projektbeteiligten, die Kommunikationsbeziehungen und Kommunikationsmedien, sowie die Bewertung der Kommunikation und Interaktion. Im weiteren Verlauf wurden die Aussagen der Interviewpartner paraphrasiert und zusammengefasst. Letztendlich ergaben

¹²⁵ siehe Anhang A: Gesprächsleitfaden

sich daraus zwei Analyseschwerpunkte: Die Analyse der gegenseitigen Wahrnehmung der Projektbeteiligten und die Analyse der Kommunikationsstruktur zwischen den Projektbeteiligten.

Die *Analyse der gegenseitigen Wahrnehmung der Projektbeteiligten* ist sinnvoll, um Rückschlüsse auf das gegenseitige Rollenverständnis und die Umgangsformen zu erhalten.

Die *Analyse der Kommunikationsstruktur zwischen den Projektbeteiligten* ist von Bedeutung, da die Beteiligungsformen und -verfahren hauptsächlich auf der Kommunikation basieren (vgl. Kapitel 2.1) und somit das Beteiligungsverständnis, sowie die soziale Wirklichkeit in Bezug auf das Beteiligungsverständnis wiedergeben.

Bei der *Darstellung der Ergebnisse* der Interviews werden die Interviewpartner selbst anonym gehalten. Infolgedessen sind zwar Quellenangaben zu den jeweiligen Textstellen angegeben, die jedoch verschlüsselt sind. Mit Hilfe eines Analyseschlüssels können im Bedarfsfall die Aussagen in dem transkribierten Datenmaterial zurückverfolgt werden. Zusätzlich wird im Text der Zeitabschnitt (z.B. #00:17:20-5#) angegeben, in dem die Aussage gemacht wurde.

Tabelle 2 - Fallbeispiel Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells (Quelle: eigener Entwurf)

Fallbeispiel	Interviewpartner	Datenmaterial Transkriptions Nr.	Code
Gärtnerplatz	Verwaltung	1	GV1
Gärtnerplatz	Verwaltung	2	GV2
Gärtnerplatz	Verwaltung	3	GV3
Gärtnerplatz	Bezirksausschuss	4	GBA4
Gärtnerplatz	Bürgerinitiative	5	GBI5
Gärtnerplatz	Landschaftsarchitekt	6	GL6

Tabelle 3 -Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt (Quelle: eigener Entwurf)

Fallbeispiel	Interviewpartner	Datenmaterial Transkriptions Nr.	Code
Isar-Plan	Verwaltung	7-1	IV7-1
Isar-Plan	Verwaltung	7-2	IV7-2
Isar-Plan	Bezirksausschuss	8	IBA8
Isar-Plan	Bürgerinitiative	9	IBI9
Isar-Plan	Landschaftsarchitekt	10	IL10
Isar-Plan	Mediator	11	IM11

Um eine wissenschaftliche Aussagekraft zu erreichen, wurden die Ergebnisse der beiden Fallbeispiele anschließend miteinander verglichen und generalisiert. Dabei sollten intersubjektive Merkmale festgestellt und überprüft werden.¹²⁶ Darüber hinaus wurden die generalisierten Ergebnisse mit Theorien aus der Literatur konfrontiert und interpretiert.

Reflexion der Forschungstätigkeit

Bei der Durchführung der Interviews wurden trotz eingehender Vorbereitung auch grundlegende Themen wie z.B. die Verwaltungsstruktur, der allgemeine Projektverlauf usw. besprochen. Dabei spielte sicherlich eine Rolle, dass die Kenntnisse über die Berufspraxis bei dem Autor noch nicht in ganzer Fülle vorhanden sind.

Somit ist nicht nur hinsichtlich der Durchführung der problemzentrierten Interviews, sondern auch grundsätzlich bei der Analyse und Ausarbeitung dieser Diplomarbeit zu beachten, dass die Arbeit, trotz Bemühung um Offenheit und Korrektheit, die Sicht- und Denkweise, sowie das Wissen eines angehenden Landschaftsarchitekten enthält.

4.2 Darstellung des Fallbeispiels „Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells“

Das folgende Kapitel soll zunächst, um ein Grundverständnis für das Fallbeispiel herbeizuführen, möglichst faktisch den Projektverlauf des Fallbeispiels Neugestaltung des Gärtnerplatzes darstellen. Dies soll erreicht werden, indem die Informationen ausschließlich aus offiziellen Dokumenten und Veröffentlichungen stammen.

Hintergrund

Mittels privater Investoren entstand 1860 im Zuge der 2. planmäßigen Stadterweiterung in München das Gärtnerplatzviertel. Etwa sechs Jahre später wurde innerhalb des Viertels am Kreuzungspunkt der streng geometrisch verlaufenden Achsen der Klenze-, Cornelius- und Reichenbachstraße der Gärtnerplatz gebaut.¹²⁷

¹²⁶ vgl. Garz & Kraimer 1991, 2

¹²⁷ vgl. Baureferat München 2006



Abbildung 3 - Lageplan Gärtnerplatz (Quelle: map24.com; modifiziert)

Die Gestaltung der kreisförmigen, repräsentativen, nicht begehbaren Anlage mit aufwändigen Teppichbeeten, einem Brunnen, Denkmälern und ansprechenden Gehölzen galt in München als willkommene Neuerung in der Konzeption von Stadtplätzen. Als erster Schmuckplatz Münchens unterschied er sich von allen zuvor angelegten Stadtplätzen, die als Gestaltungselemente meist nur einen Rieselbelag und ein paar Baumreihen aufweisen konnten. Zum ersten Mal wurde ein Stadtplatz nicht nur als Verschönerung der Architektur gesehen, sondern galt neben der Architektur als ebenbürtiges städtebauliches Element.¹²⁸

Der zweite Weltkrieg hinterließ allerdings am Gärtnerplatz, am Staatstheater, sowie an den umliegenden Gebäuden seine Spuren. Viele Objekte wurden stark beschädigt. Als der Krieg zu Ende war, wurde der Gärtnerplatz nach kurzer Zeit wiederhergestellt – zuerst provisorisch begrünt und später auch erneut mit Schmuckbeeten und kreisförmig angeordneten Kastanienbäumen gestaltet.¹²⁹

Ebenso wurde die angrenzende Architektur wieder aufgebaut, allerdings ohne Rücksicht auf ihr ehemaliges, einheitliches Erscheinungsbild. Der ursprünglich einheitliche Charakter wurde erst 1983 mit der Sanierung der Theaterfassade nach den früheren Plänen und 1984 mit einer umfassenden Renovierung der übrigen

¹²⁸ vgl. Baureferat München 2006

¹²⁹ vgl. ebd.

Gebäudefassaden zurückgebracht. Eigens für die Renovierung wurde ein Architekturwettbewerb mit dem Ergebnis ausgeschrieben, dass nicht nur die Gliederung und die Farbgebung der Gebäudefassaden zueinander passten, sondern auch die bis dahin verlaufenden Straßenbahngleise aus dem Platz entfernt wurden.¹³⁰ Somit wurde das städtebaulich respektierte Ensemble, bestehend aus der Platzanlage und der benachbarten Architektur, wieder in alter Pracht hergestellt und steht bis heute noch unter Ensembleschutz.¹³¹

Bis vor zehn Jahren prägten überwiegend die alten, großen Kastanienbäume das Aussehen der im Zentrum des Platzes liegenden Grünfläche – das so genannte innere Rondell. Die nach dem zweiten Weltkrieg angelegten Schmuckbeete mussten wegen der zunehmend schattigen Verhältnisse verkleinert und zugunsten der angrenzenden Rasenflächen auf die Mitte des Platzes verlagert werden. In der darauf folgenden Zeit wurden die Kastanienbäume von einer sich über den Boden ausbreitenden Pilzerkrankung befallen und mussten deshalb nach und nach gefällt werden. Durch die Entfernung der Bäume veränderte sich allerdings das innere Rondell von einer einst sehr schattigen zu einer sonnigen Grünfläche. Infolgedessen wurde der Platz zunehmend von den Bürgern als innerstädtische Hunde- und Liegewiese entdeckt. Binnen kurzer Zeit war der Gärtnerplatz bei der Bevölkerung so beliebt, dass er sowohl tags- als auch nachtsüber von immer mehr Leuten aus verschiedenen Milieus aufgesucht wurde. Natürlich hinterließ diese intensive Nutzung auf der Platzfläche deutliche Spuren. Die Schmuckbeete und die Rasenflächen wurden durch einen Trampelpfad zerschnitten. Darüber hinaus stieg nicht nur der nächtliche Lärmpegel an, sondern auch immer mehr Müll und Unrat wurden auf der Grünfläche und den Treppenstufen vor dem Staatstheater hinterlassen.¹³²

Anlass des Umbaus

Infolgedessen kam es immer häufiger zu Kritik seitens des betroffenen Bezirksausschusses 2 Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt und einiger Anwohner über den veränderten Gesamteindruck und über die Nutzung des Gärtnerplatzes. Dabei wurde nicht nur das negative Erscheinungsbild des Platzes angeführt, sondern auch ein Verlust seiner Bedeutung und Wertschätzung als ersten Schmuckplatz

¹³⁰ vgl. Hauptabteilung II BA-Geschäftsstelle Mitte 2004

¹³¹ vgl. Baureferat München 2006

¹³² vgl. Baureferat München 2007a

Münchens. Darüber hinaus wurde vom Baureferat München¹³³ der steigende Pflege- und Unterhaltssaufwand kritisiert und es kam zunehmend zu Interessenskonflikten zwischen den Nutzern und Anwohnern.

Aufgrund all dieser Beschwerden wurden am 20.11.2003 in der Bürgerversammlung des 2. Stadtbezirks Gegenmaßnahmen diskutiert. Zur selben Zeit dachte das Baureferat München generell über eine Ersatzpflanzung der gefälltten Bäume nach, um das Gesamtbild des Platzes wiederherzustellen und sah im Zuge dessen eine Neugestaltung des kompletten inneren Rondells aus gestalterischen, technischen und zeitlichen Gründen als äußerst empfehlenswert und zweckdienlich an.¹³⁴

Runde Tische

Auch in mehreren Runden Tischen¹³⁵ am 8.10.2003, 20.01.2004 und 30.03.2004, die der Bezirksausschuss 2 Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt eigens für dieses Thema veranstaltete, wurden Lösungsvorschläge für die Gestaltung des Rondells allgemein diskutiert und gesammelt. Unter anderem waren bei diesen drei Runden Tischen insgesamt neben dem Baureferat München und verschiedenen anderen Referaten der Landeshauptstadt München, der Architekt, der in den 80er Jahren den Architekturwettbewerb gewann, einige betroffene Gastronome und Anwohner anwesend.¹³⁶ Diese Vorschläge sollten daraufhin, wie in einer weiteren Bürgerversammlung des 2. Stadtbezirks am 13.05.2004 beschlossen wurde, in einem Maßnahmenkatalog für die Aufwertung des Gärtnerplatzes zusammengestellt werden.



Abbildung 4 - Gärtnerplatz ursprüngliche Gestaltung (Quelle: www.muenchen.de)



Abbildung 5 - Gärtnerplatz 2004 (Quelle: Stüber 2004)

¹³³ Das Münchner Baureferat ist zuständig für die Pflege- und Unterhaltung von öffentlichen Bauten und Anlagen u.a. auch vom Gärtnerplatz (vgl. Glossar)

¹³⁴ vgl. Baureferat München 2005a

¹³⁵ siehe Glossar: Runder Tisch

¹³⁶ vgl. Bezirksausschuss 2 2003, Bezirksausschuss 2 2004a, Bezirksausschuss 2 2004

Beschluss Umbau

Am 19.04.2004 beschloss der Ältestenrat des Münchener Stadtrates, dass das Baureferat München verschiedene Varianten zunächst einmal einer Neugestaltung des inneren Rondells mit einer Kostenschätzung ausarbeiten solle.¹³⁷

Einwohnerversammlung: Thema Zugänglichkeit

Unter Einbeziehung der Empfehlungen der Bürgerversammlung entwickelte das Baureferat München im weiteren Verlauf zusammen mit der freien Landschaftsarchitektin Christine Stüber drei unterschiedliche Varianten zur Neugestaltung des inneren Rondells.

Dabei sah die *Variante A* die Rekonstruktion des historisch ursprünglichen Schmuckplatzes mit zwölf kleinkronigen Bäumen und einem 70 cm hohen Schmuckgitter vor, um das Betreten der Fläche zu verhindern.

Die *Variante B* sollte im Gegensatz zu Variante A das Betreten der Fläche ermöglichen. Allerdings sollte dies nur in einem begrenzten Rahmen zugelassen werden, und zwar nur auf neuen gepflasterten Wegen. Die benachbarten Rasenflächen sollten nur als Anschauungsobjekt dienen und durch die Aufstellung eines Schmuckgitters unzugänglich gemacht werden. Der bestehende äußere Gehweg sollte entfallen, was sich zugunsten der angrenzenden Rasenflächen auswirken würde.

Auch die *Variante C* sah eine Zugänglichkeit des Platzes vor. Dabei ähnelte sie stark der zweiten Variante, bot aber nicht nur einen neuen Gehweg innerhalb des Rondells, sondern auch der vorhandene Gehweg am Rand des Rondells sollte aus Sicherheitsgründen erhalten bleiben. Darüber hinaus waren anstatt eines Schmuckgitters niedrige Hecken vorgesehen.¹³⁸

Diese Varianten wurden am 13.10.2004 auf der Heimat- und Denkmalschutzsitzung, in der unter anderem das bayerische Landesamt für Denkmalpflege und ein Heimatpfleger vertreten waren, vorgestellt. Diese plädierten für die Zugänglichkeit des Platzes und eine Weiterentwicklung der Variante C. Überdies wurden die drei Varianten am 25.10.2004 auch dem Ältestenrat des Münchner Stadtrates präsentiert, der festlegte, dass diese Entwürfe ebenfalls auf einer Einwohnerversammlung diskutiert werden sollten. Ferner beschloss der Ältestenrat des Stadtrates, dass sich aufgrund der städtebaulichen

¹³⁷ vgl. Baureferat München 2005a

¹³⁸ siehe Anhang B: Beschreibung der Varianten A, B, C

Bedeutsamkeit des Gärtnerplatzes auch der Bauausschuss der Landeshauptstadt München mit dieser Angelegenheit beschäftigen solle.¹³⁹

Infolgedessen wurde am 25.11.2004 eine Einwohnerversammlung des betroffenen Bezirksausschusses einberufen und die Planungsvarianten gezeigt. Anwesend waren der Bezirksausschuss, das Baureferat München und mehrere andere Referate der Landeshauptstadt München, die Presse und der Architekt, der den Architekturwettbewerb in den 80er Jahren gewann. Die beauftragte Landschaftsarchitektin war nicht anwesend. Mit ca. 4000 Wurfungen und Plakaten wurden die umliegenden Einwohner eingeladen. Davon kamen ca. 90 Bürger, die in der Einwohnerversammlung ein Votum über die Zugänglichkeit des inneren Rondells, sowie allgemeine Anregungen zu dem Bauvorhaben abgeben konnten. Aufgrund von Sicherheitsrisiken für Fußgänger wurde die Variante B frühzeitig verworfen, so dass letztendlich nur noch die Variante A und C übrig blieben. Trotz mehrerer gestellter Anträge für die Realisierung der nicht begehbaren Variante A, sogar einer Zaunerhöhung dieser Variante, setzte sich letztendlich mehrheitlich mit 38:23 Stimmen das in der Variante C dargestellte zugängliche Nutzungskonzept durch.¹⁴⁰

Weitere Detaillierung und Stellungnahmen

Davon ausgehend wurde von dem Baureferat München und der Landschaftsarchitektin der Entwurf in zwei weiteren Varianten (Varianten D und E) detailliert.

In der *Variante D* wurde im Unterschied zur Ausgangsvariante C die breite des befestigten Weges innerhalb des Rondells reduziert. Während die äußeren Rasenflächen mit Hecken und Bäumen mehr oder weniger zugänglich waren, wurden die im Zentrum liegenden Schmuckbeete und der Brunnen durch ein Ziergitter vom Weg getrennt und sollten nur als Anschauungsobjekt dienen.

Die *Variante E* (siehe Abbildung 19) hingegen sah ebenfalls eine Reduzierung des innen verlaufenden Weges vor, gewährleistete jedoch darüber hinaus den Zugang zu dem Brunnen.¹⁴¹

¹³⁹ vgl. Baureferat München 2005a

¹⁴⁰ vgl. Hauptabteilung II BA-Geschäftsstelle Mitte 2004

¹⁴¹ siehe Anhang C: Beschreibung der Varianten D, E

Im Anschluss daran wurden die detaillierter ausgearbeiteten Planungsvarianten erneut am 11.05.2005 der Heimat- und Denkmalschutzsitzung, sowie am 29.07.2005 dem Bezirksausschuss 2 Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt vorgelegt. Während der Bezirksausschuss mehrheitlichen mit 12:9 Stimmen für die Variante D stimmte, bevorzugte die Heimat und Denkmalschutzsitzung und das Baureferat München die Variante E mit der Begründung, dass der Brunnen ein attraktiver Aussichtspunkt darstelle und dass ein Zugangsverbot nicht erstrebenswert und auch kaum durchsetzbar sei.¹⁴²

Auftragserteilung und Bauausführung

Am 27.09.2005 entschied sich der Stadtrat für die Variante E und beauftragte das Baureferat München mit der weiteren Ausführungsplanung und Realisierung des Entwurfes. Eine Baugenehmigung war zwar für dieses Bauvorhaben nicht erforderlich, allerdings musste eine denkmalschutzrechtliche Erlaubnis von der Unteren Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt München eingeholt werden.¹⁴³

Der Umbau sollte je nach Witterung im Februar oder März 2006 angefangen und bis Ende Mai 2006 fertig gestellt werden. Die Kosten des Umbaus wurden auf 288.000 Euro geschätzt und sollten von der Landeshauptstadt München getragen werden.¹⁴⁴ Die Ausschreibung und Bauüberwachung hat das Ingenieurbüro Dominique Ebel aus München übernommen.

Einspruch der Bürgerinitiative gegen den Umbau

Kurz vor Baubeginn machte eine Bürgerinitiative mit dem Namen „Gärtnerplatz so lassen“ auf sich aufmerksam. Eingangs war es nur eine handvoll Leute, die im Rahmen des Projektes „BUNNYHILL 2 – Wem gehört die Stadt“ versuchen wollten, politisches Engagement bei den Bürgern für das Bauvorhaben zu aktivieren.¹⁴⁵

¹⁴² vgl. Baureferat München 2005a

¹⁴³ vgl. ebd.

¹⁴⁴ vgl. ebd.

¹⁴⁵ vgl. Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ 2007

Das Projekt BUNNYHILL 2, das von der Kulturstiftung des Bundes unterstützt und von den Münchner Kammerspielen ermöglicht wurde, basierte dabei auf folgender Idee:

„Wir wollen für die Dauer des Projekts eine neue, temporäre Topografie des Münchner Zentrums entwerfen. Dazu haben wir uns wieder mit vielen unterschiedlichen Menschen aus München und aus anderen Städten zusammengetan, um Visionen, Utopien und Halluzinationen von Urbanität zu entwerfen. Wir bevölkern öffentliche und private Orte und entwickeln gemeinsam Gegenwelten zum bestehenden Einerlei aus Warentausch und Sicherheitsdenken. Mal politisch, mal privatistisch, mal sozial, mal künstlerisch. Leitend ist dabei nicht der sozialkritische Impuls, der die Kunst dazu benutzt, die herrschenden Verhältnisse zu entlarven, sondern vielmehr geht es um das bewusste Schaffen von Gegenwelten, um das Bejahren der eigenen Fantasie, um die Lust an Verstärkung und Subversion.“¹⁴⁶

Informationsveranstaltung und Meinungsbild

Als praktisches Anwendungsbeispiel dieser Idee wurde daraufhin die Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ gegründet.

Die erste Aktion der Initiative startete am 11.03.2006, etwa drei Wochen vor Baubeginn an einem Supermarkt im belebten Glockenbachviertel. Auf einem Campingtisch wurden Informationen zu dem Bauvorhaben verteilt, ein Meinungsbild über die Umgestaltung des Gärtnerplatzes ermittelt und Unterschriften für den Erhalt des Gärtnerplatzes gesammelt. Mit dieser Aktion stießen die Initiatoren auf eine große Resonanz bei den Bürgern.¹⁴⁷

Ausarbeitung einer Argumentationslinie

Davon ermutigt, tauschten die Initiatoren am 27.03.2006 auf einer weiteren selbst organisierten Versammlung mit betroffenen Geschäftsbetreibern, Anwohner und übrigen Interessenten ihre Ansichten und Informationen aus und entwickelten zusammen eine Argumentationslinie. Mit dem Bewusstsein, dass der Umbau des inneren Rondells nicht mehr zu verhindern sei, wurden weitere Forderungen ausgearbeitet, Defizite des bisherigen Planungsverlaufs ermittelt, aber auch Anregungen gesammelt.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Münchner Kammerspiele 2006

¹⁴⁷ vgl. Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ 2007

¹⁴⁸ vgl. ebd.

Übereinstimmend stand fest, dass die bereits debattierte Umgestaltung des äußeren Rondells auf alle Fälle verhindert werden sollte. Außerdem wurde neben einigen Anregungen zu einer besseren Kommunikation auch erläutert, dass die Vertreter des Bezirksausschusses einer ausreichenden Repräsentation der Bürger nicht entsprechen und es aufgrund dessen zu Missverständnissen und Informationsdefiziten komme. Darüber hinaus wurde die Tatsache kritisiert, dass nur gemeldete Anwohner und nicht alle Münchner mit den politischen Instrumentarien erreicht werden, zumal es sich bei dem Bauvorhaben um einen öffentlichen Ort mit zentrumspolitischer Bedeutung handele. Ferner wurde verlangt einen exemplarischen Bürgerhaushalt einzurichten, bei der die Bewohner direkt über den Etat abstimmen können.¹⁴⁹

Mahnwache

Etwa eine Woche später, am 02.04.2006, fing die dritte Aktion der Bürgerinitiative an, bei der ca. 20 Bürger als Mahnwache einen Tag und eine Nacht lang im inneren Rondell ihre Zelte aufschlugen. Damit sollte ein Protestzeichen gegen den Umbau des inneren Rondells gesetzt werden, dessen Baubeginn am darauf folgenden Tag war.

Während dieser Aktion wurden erneut Gespräche mit Anwohnern, Passanten und vor allem mit der Presse initiiert, sowie weitere Unterschriften für den Erhalt des Gärtnerplatzes gesammelt.

Am nächsten Morgen – am 03.04.2006 – wurden die Aktivisten jedoch aufgefordert den Platz zu verlassen und die Umbauarbeiten wurden begonnen.¹⁵⁰

Im Anschluss an diese öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen sympathisierten binnen kürzester Zeit viele Bürger innerhalb und außerhalb des Viertels mit der Bürgerinitiative, so dass die Initiatoren trotz der laufenden Umbauarbeiten des inneren Rondells am 26.04.2006 eigens für die Initiative einen Raum in der so genannten Praxis Fassbinder organisierten, der als Versammlungsraum zum Arbeiten und Diskutieren dienen sollte.¹⁵¹

¹⁴⁹ vgl. Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ 2007a

¹⁵⁰ vgl. Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ 2007

¹⁵¹ vgl. ebd.

Bürgerversammlung

Etwa ein Monat nach Baubeginn, wurde von diesem Stützpunkt der Bürgerinitiative auch ihr Auftritt bei der offiziellen Bürgerversammlung des 2. Stadtbezirks am 11.05.2006 geplant. Im Zuge dessen wurde auch ein Brief an den Münchener Oberbürgermeister Christian Ude verfasst, in dem die Kritikpunkte aufgelistet wurden und die Vertreter der Bürgerinitiative um ein Gespräch baten.

Die Bürgerversammlung war mit ca. 200 Bürgern und Bürgerinnen außergewöhnlich gut besucht und war in Augen der Bürgerinitiative wegen der großen Teilnehmerzahl ein voller Erfolg.¹⁵² Laut Süddeutscher Zeitung, wurde diesmal eher die Vereinheitlichung des äußeren Rondells diskutiert. Diesbezüglich standen jedoch nicht wie beim inneren Rondell bauliche Maßnahmen im Vordergrund der Debatte. Auch der Umbau des inneren Rondells wurde von einigen Bürgern wieder aufgegriffen und hinsichtlich der Kosten und der Einbindung der Bürger in Frage gestellt.¹⁵³

Mitglieder der Bürgerinitiative zeigten sich noch einmal am 16.05.2006 im Unterausschuss des Kreisverwaltungsreferates und erörterten daraufhin in einer Versammlung am 27.05.2006 die weiteren Schritte der Initiative. Seitdem wurden jedoch in der Öffentlichkeit keine weiteren Aktionen der Bürgerinitiative bekannt. Insgesamt waren im Verlauf der Aktionen der Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ mehr als 1400 Unterschriften für den Erhalt des Gärtnerplatzes gesammelt worden. Es wurden zahlreiche Presseberichte herausgegeben und die öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Bauvorhaben war erheblich gestiegen.¹⁵⁴

Neueröffnung des Gärtnerplatzes

Am 17.09.2006 wurde schließlich offiziell das innere Rondell des Gärtnerplatzes unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Christian Ude eingeweiht.¹⁵⁵

Aktuell wird von dem Bezirksausschuss 2 Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt der Umgang mit dem äußeren Rondell des Gärtnerplatzes diskutiert. Der Ausgang dieser Debatte ist jedoch noch ungewiss.

¹⁵² vgl. Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ 2007

¹⁵³ vgl. Brubacher 2006

¹⁵⁴ vgl. Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ 2007

¹⁵⁵ vgl. Baureferat München 2007b



Abbildung 6 - Neugestaltung Gärtnerplatz
(Quelle: www.münchen.de)



Abbildung 7 - Gärtnerplatz bei Nacht
(Quelle: www.münchen.de)

4.3 Darstellung des Fallbeispiels „Isar-Plan – III. Planungsabschnitt“

Das folgende Kapitel soll den III. Planungsabschnitt des Großprojektes Isar-Plan darstellen, der sich durch ein großes Beteiligungsinteresse der Bürger von den übrigen Planungsabschnitten unterscheidet. Die faktische Darstellung soll wie beim Fallbeispiel Gärtnerplatz erreicht werden, indem die Informationen ausschließlich aus offiziellen Protokollen, Bekanntmachungen, Presseveröffentlichungen, Informationsblättern und –broschüren entnommen werden. Darüber hinaus werden nicht alle Informationen des gesamten Projektes Isar-Plan aufgeführt, sondern nur ausgewählte, für den III. Planungsabschnitt relevante Informationen und Abläufe im Detail dargestellt.

Hintergrund

Ende des 19. Jahrhunderts beschloss die Landeshauptstadt München, die Isar zu regulieren, die bis dahin innerhalb des Stadtgebietes in einem sich ständig verlagernden Flussbett mit vielen Kiesbänken und mäandrierenden Seitenarmen floss. Die Begründung hierfür lag in einer Verbesserung des Hochwasserschutzes und einer effizienteren Ausnutzung der Wasserkraft. Mit dem Bau eines 50 m breiten, kanalartigen Mittelwasserbettes, mehreren Wehranlagen, sowie eines 145 m breiten Hochwasserbettes mit flussbegleitenden Hochwasserdeichen wurde dieses Vorhaben in die Tat umgesetzt.¹⁵⁶

¹⁵⁶ vgl. Wasserwirtschaftsamt München 1999

Anlass des Projektes

Um 1979 – etwa einhundert Jahre später – wurde die Kritik an dem kanalartigen Ausbau in der Öffentlichkeit immer stärker: Bemängelt wurden die negativen Auswirkungen auf Fauna und Flora und ein nach damaligen Berechnungen zu geringer Hochwasserschutz. Ferner kritisierten die Bürger die zu geringe Wasserführung im Mutterbett, wodurch das Flussbett für lange Zeit im Jahr trocken lag. Darüber hinaus kamen Beschwerden über die Monotonie der Bauwerke, die schlechte Zugänglichkeit zum Wasser und die eingeschränkte Nutzung aufgrund der schlechten Wasserqualität.

Angesichts dessen initiierte 1987 das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Auftrag des Münchener Stadtrates ein Expertenkolloquium. Dieses bestand unter anderem aus Stadtplanern, Ökologen, Verkehrsplanern, Soziologen, Wasserbauingenieuren und sollte dabei helfen, eine Konzeption für das Projekt zu erarbeiten. 1989 wurde daraufhin die Bürgerschaft in einer Öffentlichkeitsphase informiert und einbezogen.¹⁵⁷

Beschluss Isar-Plan

Um dieses Projekt realisieren zu können, strebte die Landeshauptstadt München eine Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern an, zumal die Isar als Gewässer 1. Ordnung ohnehin in den Zuständigkeitsbereich des Freistaats Bayern fällt.

Somit wurde von der Landeshauptstadt München und dem Freistaat Bayern letztendlich beschlossen, dass das Flussbett der Isar im Sinne des Hochwasserschutzes auch innerhalb der Stadt verändert und so weit wie möglich an die natürlichen und ursprünglichen Verhältnissen des Flusses wieder angepasst werden sollte.

Eigens für dieses Projekt wurde 1995 die „Arbeitsgruppe Isar-Plan“ gegründet, die die weiteren Planungen, die Bauausführung und die Erfolgskontrolle bis heute noch koordiniert. Die gemeinsame Leitung dieser Arbeitsgruppe obliegt dem Wasserwirtschaftsamt München (als Vertretung des Freistaats Bayern), dem Baureferat, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung und dem Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München¹⁵⁸. Bereits zu Beginn legte die „Arbeitsgruppe Isar-Plan“ nach eigener Aussage Wert auf die Beteiligung der Bürger am Planungsprozess. Insofern wurden die betroffenen

¹⁵⁷ vgl. Wasserwirtschaftsamt München und Landeshauptstadt München 2003

vgl. Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2005

¹⁵⁸ vgl. Baureferat München 2004

Bürger und Verbände in den ersten beiden Planungsabschnitten in Form von Informationsveranstaltungen, einem wasserwirtschaftlichen Kolloquium, einem Umweltkalender, einem Faltblatt, einer Broschüre und mehreren Einwohnerversammlungen informiert und partiell auch in den Planungsprozess mit eingebunden.¹⁵⁹

Der Kostenrahmen für das gesamte Projekt Isar-Plan, das im Stadtgebiet Münchens eine Strecke von insgesamt 8 km umfasst, wurde auf 28.121.000 Euro angesetzt, die mit 55% von dem Freistaat Bayern und mit 45% von der Landeshauptstadt München getragen werden.¹⁶⁰

Im Frühjahr 2000 wurde schließlich mit dem Bau des I. und II. Planungsabschnitts der Isar begonnen. Die Bauarbeiten dieser südlichen Isarabschnitte haben sich bis 2004 abschnittsweise nach Norden bis zur Braunauer Eisenbahnbrücke fortgesetzt. An dieser Stelle fängt der III. und für diese Diplomarbeit relevante Planungsabschnitt an und setzt sich, wie in der Graphik dargestellt, bis zur Corneliusbrücke am Deutschen Museum fort.¹⁶¹



Abbildung 8 - Übersichtsplan Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitts von der Braunauer Eisenbahnbrücke bis zur Corneliusbrücke (Quelle: www.map24.com, modifiziert)

¹⁵⁹ vgl. Wasserwirtschaftsamt München 1999

¹⁶⁰ Baureferat München 2002

¹⁶¹ vgl. Wasserwirtschaftsamt München 1999

Die Bestandsituation dieses Planungsabschnittes, die sich durch die Brückenbauten entsprechend in drei Bereiche gliedert wird folgendermaßen charakterisiert.

Im Bereich zwischen der Braunauer Brücke und der Wittelsbacher Brücke ist vor allem der städtisch-industrielle Charakter prägend. Dieser wird überwiegend durch die Eisenbahnbrücke, das dort ansässige Gewerbe und das Wasserkraftwerksgebäude hervorgerufen.

Der anschließende Bereich zwischen Wittelsbacher Brücke und Reichenbachbrücke wird neben dem Kirchengebäude St. Maximilian von der gründerzeitliche Bebauung am Westufer dominiert. Eine in diesem Bereich optische und akustische Attraktion stellt die in der Isar liegende Sohlschwelle unterhalb der Wittelsbacher Brücke dar. Das Ostufer zeichnet sich in beiden Bereichen durch großzügig angelegte Hochwasserwiesen mit raumprägenden Baumgruppen und Alleen aus und wird von der Bevölkerung als Naherholungsgebiet mit einem angrenzenden Fuß- und Radwegenetz ausgiebig genutzt.

Zwischen der Reichenbachbrücke und der Corneliusbrücke wird die Isar durch das Corneliusstreichwehr in eine westlich verlaufende „Große Isar“ und eine östlich verlaufende „Kleine Isar“ geteilt. Vor allem das Westufer weist stark urbane Züge durch eine großstädtische, flussnahe Bebauung, veränderte Nutzungsansprüche, denkmalgeschützte Brückenbauten und historische Kaimauern auf. Dem gegenüber wird der östliche, tiefer gelegene Flussarm, die „Kleine Isar“, hauptsächlich durch eine geringe Wasserführung, naturnahe Auenstrukturen und Kiesbänke bestimmt.¹⁶²

Insgesamt wird dieser Planungsabschnitt als einer der markantesten stadträumlichen Situationen Münchens angesehen, der durch seine enge Verknüpfung von urbanen und morphologisch-landschaftlichen Strukturen und Freiräumen eine besondere Herausforderung für die Planung darstellt. Der Gesamtkostenrahmen für den III. Planungsabschnitt wurde dabei auf 10,43 Millionen Euro angesetzt.¹⁶³

¹⁶² vgl. Wasserwirtschaftsamt München und Landeshauptstadt München 2003

¹⁶³ vgl. Baureferat München 2006b

Wettbewerb zum III. Planungsabschnitt

Um diesen hohen technischen, ökologischen, sozialen und gestalterischen Anforderungen dieses Abschnitts gerecht zu werden, entschieden sich die Landeshauptstadt München und der Freistaat Bayern vertreten durch das Wasserwirtschaftsamt München für die Durchführung eines europaweiten Einladungswettbewerbes.¹⁶⁴

Aus den insgesamt 44 eingegangenen Bewerbungen wählte ein Auswahlgremium am 27.11.2002 sieben Teams aufgrund ihrer Bewerbungsbögen und Referenzprojekte aus. Als Voraussetzung galt für alle Wettbewerbsteams, dass sich die Arbeitsgemeinschaften aus erfahrenen Wasserbauingenieuren und Landschaftsarchitekten zusammensetzten.¹⁶⁵

Leitbild und Aufgabenstellung

Als Orientierungsrahmen war zu Beginn des Projektes von der „Arbeitsgruppe Isar-Plan“ ein Leitbild erarbeitet worden. Darin wurden unter anderem Entwicklungsziele für die Verbesserung des Hochwasserschutzes, die biologische Durchgängigkeit, die Mindestwasserführung, die Gewässerbett- und Auendynamik, den Naturschutz, das Stadt- und Landschaftsbild, die Erholung, sowie die Gewässergüte und -hygiene definiert. Als optisches Beispiel für das Leitbild wurden die Pupplinger/Ascholdinger Au, sowie der Flaucher in München angeführt. Für den innerstädtischen Bereich stand allerdings fest, dass das Leitbild aufgrund von technisch-planerischen Einschränkungen und Rahmenbedingungen nicht gänzlich umgesetzt werden könne, aber trotzdem als Grundrichtung dienen solle.¹⁶⁶

Die Aufgabenstellung für den Wettbewerb basierte auf diesen Voraussetzungen, forderte jedoch darüber hinaus einen adäquaten Umgang mit den Aspekten Urbanität und Landschaft, sowie die Berücksichtigung der Herstellungs- und Unterhaltungskosten. Ausgehend von diesen komplexen und vielschichtigen Anforderungen wurden die Beurteilungskriterien für den Wettbewerb festgelegt.¹⁶⁷

¹⁶⁴ vgl. Wasserwirtschaftsamt München 2002

¹⁶⁵ vgl. Baureferat München 2005

¹⁶⁶ vgl. Wasserwirtschaftsamt München und Landeshauptstadt München 2003

¹⁶⁷ vgl. Baureferat München 2003a

Wettbewerbsverfahren und Ergebnis

An 03.04.2003 wurden die anonym gehaltenen Wettbewerbsarbeiten von elf Fach- und Sachpreisrichtern¹⁶⁸ bewertet. Nach einer Vorprüfung, einem Informationsrundgang und zwei Wertungsrundgängen standen die Sieger fest. Als Hilfestellung für die Urteilsbildung wurden den Preisrichtern sachverständige Berater zur Verfügung gestellt, die unter anderem Vertreter der betroffenen Bezirksausschüsse 2, 5 und 18 und der Bürgerinitiative Isar-Allianz umfassten. Diese Bürgerinitiative hatte zuvor bereits die Planungsabschnitte I und II engagiert mitverfolgt und sich dort aktiv eingebracht. Auch momentan ist die aus mehreren Vereinen und Verbänden (z.B. Fischerverband Oberbayern e.V., Bayerischer Kanuverband e.V., Deutscher Alpenverein usw.) zusammengesetzte Bürgerinitiative noch aktiv.¹⁶⁹

Als Ergebnis des Wettbewerbes ging der erste Preis mit 7:4 Stimmen an die Arbeit von Irene Burkhardt und Johannes Mahl-Gebhard, Landschaftsarchitekten, mit dem Ingenieurbüro SKI + Partner und den Architekten Matthias Reichenbach-Klinke und Hans Schraner. Auf Platz zwei folgte der Entwurf von Winfrid Jerney, Landschaftsarchitekt, Wilhelm Bechteler, Ingenieurbüro EDR GmbH und den Architekten Victor Lopez Cotelo und Stephan Zehl.¹⁷⁰ Während der erste Preisträger in seinem Entwurf eine klare Gliederung und lineare Strukturen vorgab (siehe Abbildung 20), prägten den Entwurf des zweiten Preisträgers vor allem eine amorphe Formensprache und Inselmotive (siehe Abbildung 21).¹⁷¹ Insgesamt überzeugte jedoch, nach Angaben des Preisgerichts, die Lösung des Teams Irene Burkhardt, Johannes Mahl-Gebhard und Co. mit einer plausiblen Lösung für den Hochwasserschutz, einem adäquaten Umgang mit den hydraulischen Anforderungen, sowie mit einer nutzerorientierten Bade- und Erholungslandschaft.¹⁷² Im Protokoll der Sitzung des Preisgerichtes am 03.04.2003 wurde darüber hinaus folgende, im weiteren Verlauf vielfach diskutierte Empfehlung zum Planungsverlauf vermerkt:

„Das Preisgericht empfiehlt einstimmig, den Verfasser der mit dem 1. Preis ausgezeichneten Arbeit mit den weiteren Planungen entsprechend der Auslobung zu beauftragen.“¹⁷³

¹⁶⁸ siehe Anhang D: Besetzung des Preisgerichts

¹⁶⁹ vgl. Baureferat München 2003a

¹⁷⁰ vgl. ebd.

¹⁷¹ siehe Anhang E: Beschreibung der einzelnen Wettbewerbsarbeiten

¹⁷² siehe Anhang F: Begründung des Preisgerichtes

¹⁷³ Baureferat München 2003a

Einspruch gegen das Wettbewerbsergebnis

In einer offiziellen Ausstellung wurden die ermittelten Wettbewerbsarbeiten von April bis Juni 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ausstellung fand in der Eingangshalle der Bibliothek des Deutschen Museums statt und war täglich für alle Bürger frei einsehbar. Nach der öffentlichen Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse wurde die Entscheidung des Preisgerichtes über den ersten und zweiten Preis bei den Bürgern kontrovers diskutiert und in Frage gestellt. Die Hauptkritik kam überwiegend von dem Bezirksausschuss 5 Au-Haidhausen und der Bürgerinitiative Isar-Allianz.

Am 03.06.2003, zwei Monate nachdem das Preisgericht getagt hatte, kam in einer überfüllten Einwohnerversammlung der Bezirksausschüsse 2, 5 und 18 im Deutschen Museum dieser Missmut offiziell zum Ausdruck. Deutliches Resultat dieser Einwohnerversammlung war die Bevorzugung des zweitplatzierten Preises. Die größten Bedenken an der Arbeit des ersten Preisträgers betrafen dabei Aspekte wie eine ungenügend naturnahe Gestaltung, eine Reduzierung der Hochwasserwiesen mit Fällungen von altem Baumbestand, Nutzungs- und Sicherheitsaspekte bei der Bade- und Erholungslandschaft, sowie höhere Kosten.¹⁷⁴

Präzisierung der Wettbewerbsergebnisse

In Folge dessen beauftragte 2003 der Bauausschuss des Münchener Stadtrates in Abstimmung mit der Regierung von Oberbayern und dem Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen beide Wettbewerbsteams ihre Entwürfe noch einmal zu überarbeiten und in Hinblick auf die Fragen und Kritikpunkte zu präzisieren. Für die Erstellung von detaillierten Schnitt- und Grundrissdarstellungen im Maßstab 1:2500 bis 1:100, hydraulische Berechnungen zu unterschiedlichen Wasserständen, Massen- und Kostenschätzungen hatten die beiden Teams insgesamt drei Monate Zeit. Im Anschluss daran wurden die beiden Entwürfe von einem unabhängigen, bekannten Gutachter in einer Ökobilanz bewertet und gegenübergestellt.¹⁷⁵

Beteiligung der Öffentlichkeit - Mediationsverfahren

Mit etlichen Anträgen und Briefen regten die betroffenen Bezirksausschüsse eine intensive Einbindung der Bürger am weiteren Planungsverlauf an. Zur Klärung

¹⁷⁴ vgl. Baureferat München 2005

¹⁷⁵ vgl. Baureferat München 2003

des Konfliktes schlugen die Bezirksausschüsse ein Konsensverfahren vor, das jedoch aus vertraglichen, technischen, zeitlichen und finanziellen Gründen abgelehnt wurde. Als Ausgleich bot die Landeshauptstadt München mit Zustimmung des Freistaats Bayern ein extern moderiertes Beteiligungsverfahren mit festgelegten Rahmenbedingungen an. Eigens für dieses Beteiligungsverfahren wurde unter Einbeziehung der Bezirksausschüsse ein neutraler, externer Mediator ausgewählt und mit der Konzeption, Durchführung und Dokumentation des Beteiligungsverfahrens beauftragt.¹⁷⁶

Als Rahmenbedingungen wurde ausgemacht, dass das Beteiligungsverfahren ein offener, nicht festgelegter Prozess der Meinungsbildung und des Meinungsaustausches sein solle. Ziel sei dabei die Beurteilung der zwei vorliegenden Planungen in Hinblick auf die Erfüllung der verschiedenen Nutzungskriterien, wobei der Versuch einer Alternativplanung oder Kompromissplanung nicht in Betracht gezogen werden solle.¹⁷⁷

Im Beteiligungsverfahren selbst, das mehr als ein Jahr nach der Verkündung des Wettbewerbsergebnisses stattfand, versuchte der Mediator alle betroffenen Interessengruppen möglichst vollständig zu erfassen und zu beteiligen. Auf eine Gewichtung dieser Interessensgruppen, z.B. bezogen auf die Größe und Wertigkeit wurde dabei keinen Wert gelegt. Hinsichtlich eines zeitnahen, vollständigen und gleichen Informationsaustausches organisierte der Mediator am 15.06.2004 und 16.06.2004 zwei Veranstaltungen, um die Teilnehmer auf einen gleichen Informationsstand zu bringen. Anwesend waren das Baureferat und das Wasserwirtschaftsamt als Vertretung der Landeshauptstadt München und des Freistaats Bayern, die betroffenen Bezirksausschüsse, die verschiedenen Interessensgruppen z.B. auch Vereine der Isar-Allianz, sowie die beiden Wettbewerbsteams. In diesem Rahmen erstellten die Anwesenden einen Kriterienkatalog, nach denen die beiden Entwürfe im weiteren Verlauf analysiert und bewertet werden sollten.¹⁷⁸

Im Anschluss an diese ersten zwei Tage hatten die Beteiligten in den folgenden 14 Tagen Zeit intern ein Meinungsbild auszuarbeiten.

¹⁷⁶ vgl. Baureferat München 2005

¹⁷⁷ vgl. Baureferat München 2004

¹⁷⁸ vgl. ebd.

Das zweite Treffen fand am 02.07.2004 und 03.07.2004 in Form eines Bürgergesprächs statt. Methodisch war es in zwei Teile aufgebaut. Am ersten Tag wurden nochmalig die überarbeiteten Planungen, das Umweltgutachten und die weiteren fachlichen Urteile vorgestellt, Fragen beantwortet und diskutiert. Am darauf folgenden Tag konnten dann die jeweiligen beteiligten Interessensgruppen und Bezirksausschüsse ihre kriterienbezogenen Stellungnahmen zu den beiden Planungen abgeben.¹⁷⁹

Das Ergebnis dieser Stellungnahmen befürwortete aus Sicht der Teilnehmer eindeutig den Entwurf des zweiten Preisträgers. Nicht nur in der Gesamtbewertung, sondern auch bei annähernd allen Einzelkriterien der Nutzungsinteressen wurde der Entwurf des zweiten Preisträgers bevorzugt. Das Baureferat versicherte, dieses Ergebnis und die dort gefallenen Anregungen in den weiteren Planungsprozess einzubinden – unter Berücksichtigung der vertraglichen und rechtlichen Rahmenbedingungen.¹⁸⁰ Diese waren in den Auslobungsunterlagen für den Wettbewerb bereits festgelegt worden und besagten, dass der erste Preisträger Anspruch auf den Planungsauftrag bzw. auf eine entsprechende Entschädigung bei Nichterteilung des Auftrages habe (siehe oben).

Erarbeitung einer Kompromisslösung

Angesichts dessen erarbeiteten das Baureferat München zusammen mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung und dem Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München und dem Wasserwirtschaftsamt München eine Kompromisslösung aus, die anschließend in einer Beschlussvorlage dem Stadtrat vorgelegt werden sollte. Die Kompromisslösung entsprach immer noch der Planungsphase der Vorplanung. Darin wurden sowohl der Entwurf, als auch die vertraglichen und rechtlichen Rahmenbedingungen noch einmal überarbeitet.

Da der Freistaat Bayern sich weigerte die befürchteten Entschädigungsleistungen mitzutragen und sogar die Co-Finanzierung der EU für dieses Projekt in Frage stellte, entschied sich die Landeshauptstadt München für eine abschnittsweise Beauftragung der beiden Wettbewerbsteams – allerdings nur unter der Bedingung, dass der erste Preisträger keine Entschädigungsklage erhebe. Infolgedessen gliederte sich die weitere Planung zuerst in drei, später in vier Teilabschnitte (Süd, Mitte-Los1, Mitte-Los2, Nord), wobei in der weiteren Entwurfs-, Genehmigungs-

¹⁷⁹ vgl. Baureferat München 2004

¹⁸⁰ vgl. ebd.

und Ausführungsplanung ein Großteil der Teilabschnitte der Planergemeinschaft Irene Burkhardt, Johannes Mahl-Gebhard und Co. zugesprochen wurde.¹⁸¹

Realisierungsvorschlag

Dieser Entwurf, der so genannte „Realisierungsvorschlag“ kombinierte Elemente aus beiden Wettbewerbsarbeiten (siehe Abbildung 22). Aus Gründen des Hochwasserschutzes sah der Realisierungsvorschlag eine grundlegende Aufweitung des Flussbettes und die Anlage von kleineren Seitenarmen und Kiesinseln vor. Das Ostufer wurde dabei mit flachen Kiesböschungen, Sitzsteinen, Wasserwechselzonen und Weiden-Sukzessionsflächen neu gestaltet. Demgegenüber kam es aufgrund von wertvollem Baumbestand weitgehend zu keiner Änderung der höher gelegenen Ufersituation am Westufer. Direkt am Wasser wurde die gesamte alte Ufersicherung mit Ausnahme der unmittelbaren Brückenbereiche entfernt und durch eine versteckte Ufersicherung aus Wasserbausteinen ersetzt. Mit mehreren Baumaßnahmen (z.B. Umbau von Sohlschwellen) wurden eine biologische Durchgängigkeit, sowie eine Verbesserung der Gewässerstruktur und der Gewässerökologie sichergestellt.

Der Realisierungsvorschlag sah auch nach einem externen Standfestigkeitsgutachten, mehreren Stellungnahmen und Abwägungen aus finanziellen, ökologischen und denkmalschützerischen Aspekten die Erhaltung des Corneliuswehres vor.¹⁸² Dieser Entschluss wurde allerdings bis zuletzt noch von den Bezirksausschüssen aufs heftigste kritisiert. Auch die Forderung nach der Umsetzung des zweitplatzierten Entwurfs wurde von einigen Bürgern immer wieder erneut aufgegriffen.¹⁸³

Nachdem der Realisierungsvorschlag wiederholt den Bezirksausschüssen und der Isar-Allianz vorgelegt wurde und auf Zustimmung traf, beauftragte der Münchener Stadtrat letztendlich am 16.03.2005 das Baureferat München, die Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung herbeizuführen. In der Tat stellte sich die weitere Detailplanung und Abstimmung als sehr komplex und vielschichtig dar, so dass beschlossen wurde, die Genehmigungs- und Ausführungsplanung der Teilabschnitte jeweils separat zu bearbeiten.¹⁸⁴

¹⁸¹ vgl. Baureferat München 2005

¹⁸² siehe Anhang G: Beschreibung und Diskussion um den Realisierungsvorschlag

¹⁸³ vgl. Baureferat München 2005

¹⁸⁴ vgl. Baureferat München 2006a

Expertenrunde

Immer wieder kam die eindringliche Forderung, dass die Interessensgruppen stärker in den Planungsprozess eingebunden werden sollten. Infolgedessen wurde der Isar-Allianz und den Bezirksausschüsse angeboten, mit den beauftragten Wettbewerbsteams an Planungsgesprächen teilzunehmen. Diese so genannte „Expertenrunde“ sollte in regelmäßigen Abständen zusammenkommen und die wichtigsten Planungsstände miteinander diskutieren. Damit sollte sichergestellt werden, dass frühzeitig die Nutzerinteressen in den Planungsprozess einfließen und der Planungsprozess auf eine größere Zustimmung in der Öffentlichkeit trifft.¹⁸⁵

Erneuter Einspruch

Im Dezember 2005 kam es jedoch im Anschluss einer Expertenrunde zu Kritik seitens der Bezirksausschüsse und der Isar-Allianz. Nach deren Ansicht zeigte der von den Wettbewerbsteams weiter bearbeitete Realisierungsvorschlag am Übergang zur „Kleinen Isar“ in der Gestaltung und Finanzierung immer stärkere Abweichungen vom zuvor beschlossenen Realisierungsvorschlag auf. Mit Pressemeldungen wurde dies der Öffentlichkeit zugetragen, so dass es erneut zu heftigen Einsprüchen kam. Auch der Stadtrat wurde mit einem Dringlichkeitsantrag von dieser Situation in Kenntnis gesetzt.

Das Baureferat München nahm diesbezüglich Stellung und versicherte, dass es sich bei diesen Entwürfen der Wettbewerbsteams um ungeprüfte Arbeitsstände handele und dass der vom Stadtrat beschlossene Realisierungsvorschlag weiterhin umgesetzt werde.¹⁸⁶

Entwurfs-, Genehmigungsplanung und Ausführung

Die Kritik der Bezirksausschüsse und der Isar-Allianz bezog sich allerdings nur auf den Bereich zwischen der Reichenbachbrücke und der Corneliusbrücke, so dass die Planung der anderen Teilabschnitte trotz allem fortgesetzt werden konnte. Über den ersten Teilabschnitt zwischen Braunauer Eisenbahnbrücke und Wittelsbacher waren sich alle Beteiligten einig. Somit konnte im Sommer 2006 nach der Entwurfsplanung die Genehmigung des Münchener Stadtrates und des Freistaats Bayern eingeholt werden und daraufhin mit der EU-weiten Ausschreibung, der Vergabe und der Bauausführung begonnen werden. Nach dem

¹⁸⁵ vgl. Baureferat München 2005

¹⁸⁶ vgl. Baureferat München 2006a

Ende der Genehmigungsplanung kam es innerhalb der Zusammenstellung der beauftragten Wettbewerbsteams zu einem Wechsel, da der Landschaftsarchitekt Winfrid Jerney am 23.06.2006 aus kapazitiven und terminlichen Gründen seinen Rücktritt aus dem Projekt bekannt gab. Die übrigen Mitglieder des zweiten Preisträgers schlossen sich daraufhin der Arbeitsgemeinschaft des ersten Preisträgers an, so dass die Entwurfs-, Genehmigungsplanung des mittleren Abschnittes ohne Verzögerung fortgesetzt werden konnten.

Während die Bauarbeiten des ersten Teilabschnittes bereits fertig gestellt wurden, liegt derzeit der zweite Teilabschnitt von der Wittelsbacherbrücke bis zur Reichenbachbrücke dem Stadtrat und dem Freistaat Bayern zur Genehmigung vor und soll im Winter 2007/2008 ausgeführt werden.

Der letzte Teilabschnitt zwischen der Reichenbachbrücke und der Corneliusbrücke ist derzeit noch in Planung. Speziell für diesen Abschnitt sollen die hydraulischen und morphologischen Verhältnisse mit Hilfe eines Modellversuchs der TU München geklärt werden. Die Genehmigung wird voraussichtlich im Sommer 2008 erfolgen, so dass das gesamte Projekt Isar-Plan bis Frühjahr 2009 abgeschlossen werden kann.¹⁸⁷

¹⁸⁷ vgl. Baureferat München 2006b

4.4 Übersicht: Projektverläufe

Zusammenfassend werden anhand der schematischen Übersichten die Projektverläufe der beiden Fallbeispiele verdeutlicht und den allgemein üblichen Planungsphasen eines Projektes gegenübergestellt.

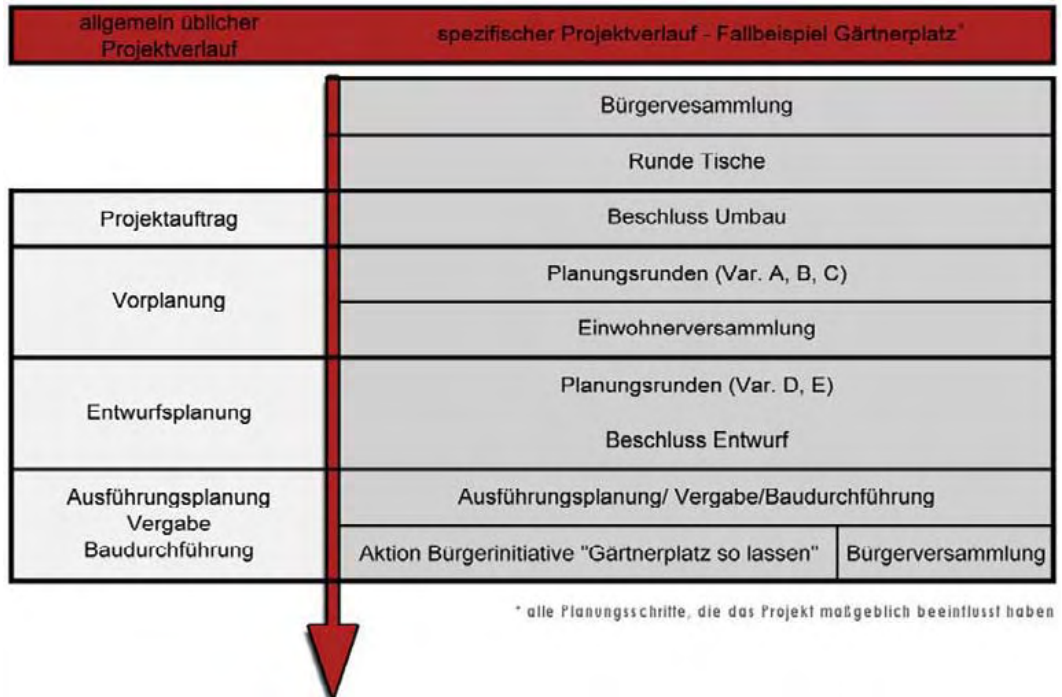


Abbildung 9 – Übersicht Projektverlauf – Fallbeispiel Gärtnerplatz (Quelle: eigener Entwurf)

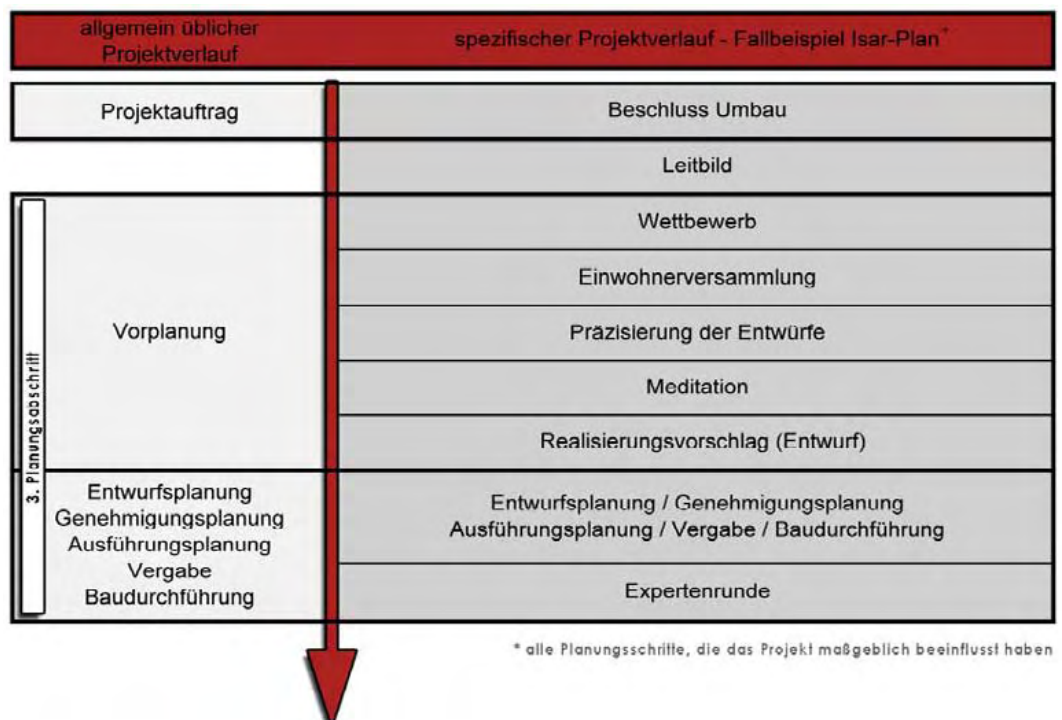


Abbildung 10 – Übersicht Projektverlauf – Fallbeispiel Isar-Plan (Quelle: eigener Entwurf)

5 Ergebnisse und Analyse

Bei den folgenden Ergebnissen handelt es sich überwiegend um wahrnehmungsspezifische Aussagen der Interviewpartner, die in Hinblick auf die zwei Analysethemen – Analyse der gegenseitigen Wahrnehmung der Projektbeteiligten und Analyse der Kommunikationsstruktur der Projektbeteiligten – aus den Interviewbeiträgen spezifisch herausgesucht und zusammengestellt wurden. Diese Aussagen verdeutlichen jedoch nicht nur den individuellen Standpunkt der jeweiligen Interviewpartner, sondern stehen vielmehr stellvertretend für die ganze Personengruppe, die er repräsentiert.

Dementsprechend werden mit den Eigennamen „Verwaltung“, „Bezirksausschuss“, „Bürgerinitiative“, „Initiator der Bürgerinitiative“ und „Landschaftsarchitekt“ usw. nicht die Individuen bezeichnet, sondern ihre Interessengruppe. Auf die Bezeichnung „Vertreter (der jeweiligen Interessensgruppe)“ wird zugunsten der Lesbarkeit und Übersicht verzichtet.

In den Aussagen der Interviewpartner werden die Hierarchieebenen häufig nicht einheitlich bezeichnet. So werden z.B. einmal Aussagen über „die Stadt München“, ein anderes Mal Aussagen über „die Verwaltung“ gemacht, die inhaltlich jedoch gleichbedeutend sind. Innerhalb der Verwaltung wird in den Hierarchieebenen kaum noch differenziert, so dass die jeweiligen Referate hinsichtlich ihrer Handlungsweise und Einstellung in diesen Fallbeispielen von den Interviewpartnern kaum unterschieden werden.

5.1 Ergebnisse des Fallbeispiels „Gärtnerplatz Neugestaltung des inneren Rondells“

5.1.1 Analyse der gegenseitigen Wahrnehmung der Projektbeteiligten

Das folgende Schema soll einen Überblick geben, in welchen Planungsphasen die jeweiligen Projektbeteiligten ihren Aussagen gemäß tätig waren. Allerdings werden nur die Projektbeteiligten aufgeführt, die in den problemzentrierten Interviews näher befragt wurden.

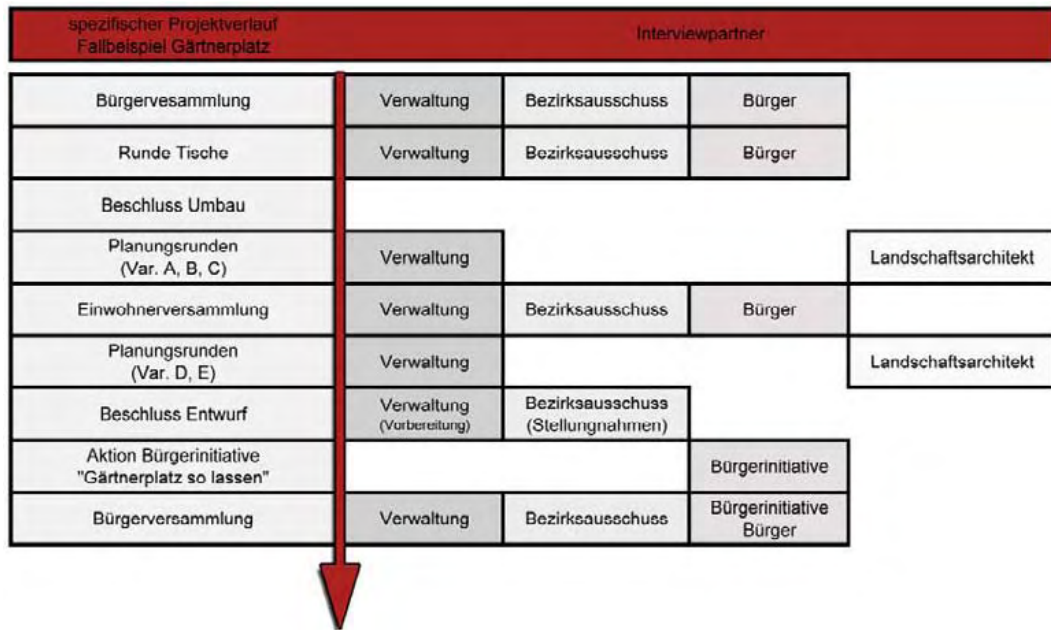


Abbildung 11 - Mitwirkung der Interessensgruppen in den Planungsphasen nach Aussagen der Interviewpartner – Fallbeispiel Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells
(Quelle: eigener Entwurf)

Bei der Betrachtung dieses Schemas fällt sogleich auf, dass neben der Verwaltung, die das Projekt nahezu durchgängig begleitet, auch der Bezirksausschuss in vielen Projektphasen mitwirkt. Darauf folgen die Bürger zusammen mit der Bürgerinitiative in Erscheinung und zuletzt der Landschaftsarchitekt.

Dieses Schema zeigt jedoch nur rein quantitativ auf, in welchen Projektphasen die Projektbeteiligten theoretisch in Verbindung standen. Um die soziale Wirklichkeit der einzelnen Projektbeteiligten hinsichtlich ihres Beteiligungsverständnisses entsprechend darstellen zu können, wird im weiteren Verlauf der Arbeit die Wahrnehmung der Projektbeteiligten untersucht.

Die Verwaltung

Übereinstimmend wird die Verwaltung in Vertretung für die Landeshauptstadt München allseitig von den übrigen Projektbeteiligten als Bauherr des Projektes wahrgenommen. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung wird seitens des Landschaftsarchitekten und des Bezirksausschusses als äußerst positiv und kooperativ beschrieben. Dementsprechend sind beide der Meinung, dass sich die Verwaltung ihnen gegenüber als sehr liberal und tolerant gezeigt habe, mit der Begründung, dass der Bezirksausschuss in diesem Projekt von der Verwaltung

sozusagen „quasi Entscheidungsrechte“¹⁸⁸ bekommen habe und dass gestalterische Vorschläge des Landschaftsarchitekten gewöhnlich von dieser ohne Schwierigkeiten akzeptiert und anerkannt wurden. Die Verteilung der Aufgabenbereiche und der jeweiligen Zuständigkeiten, die sich in Gesprächen mit der Verwaltung ergeben hat, wird vom Landschaftsarchitekten so kommentiert, dass er den Entwurf erstelle und ihn der Verwaltung zuarbeite, die Präsentation und „Planungsvertretung nach außen“,¹⁸⁹ sowie die Öffentlichkeitsarbeit jedoch im Tätigkeitsbereich der Verwaltung liege.¹⁹⁰

Demgegenüber beschreibt die Bürgerinitiative, dass sich die Verwaltung in der Öffentlichkeit eher diskret im Hintergrund gehalten habe. Deckungsgleich bestätigt dies auch der Bezirksausschuss, der sich laut eigener Angaben mit der öffentlichen Debatte viel energischer und stärker auseinandergesetzt habe.¹⁹¹

Dessen ungeachtet sieht der Bezirksausschuss die Verwaltung jedoch generell als äußerst bürgernahe Institution an, die auch aktiv ihre Bürger mit einbeziehen möchte und in der Regel formale, sowie informelle Bürgerbeteiligungen unterstütze. Diese Meinung basiert überwiegend auf eigenen, positiven Erfahrungen mit der Verwaltung, die der Bezirksausschuss seiner Ansicht nach als „Stadtteil Parlament“ und „Repräsentant der Bürger“¹⁹² gemacht habe. Auch das Selbstverständnis der Verwaltung entspricht diesem Bild. Die Verwaltung legt ihrer Meinung nach nicht nur großen Wert auf eine aktive und frühzeitige Bürgerbeteiligung, sondern betont auch eingehend die ernsthafte Durchführung dieser Aktivitäten. Ihre Motivation ist dabei zum einen ihr Selbstverständnis als „Dienstleister“,¹⁹³ zum anderen verfolgt sie damit das Ziel, dass Planungen vollständiger, besser akzeptiert, finanziell und vor allem sozial nachhaltiger werden.¹⁹⁴ Einer anderen Meinung ist die Bürgerinitiative. Ihrer Ansicht nach werden die Bürger von der Verwaltung aus Angst vor Machtverlust nur halbherzig einbezogen. Die Verwaltung täusche laut Bürgerinitiative die Offenheit gegenüber den Bürgern nur vor und besitze immer noch eine zentralistische, schwer durchschaubare Organisationsstruktur, die eine wirkliche Kooperation nicht zulasse.¹⁹⁵ Das zurückhaltende Verhalten der Verwaltung in

¹⁸⁸ GBA4 #00:23:20-1#

¹⁸⁹ GL6 #00:17:20-5#

¹⁹⁰ vgl. GL6 #00:28:52-9#, #00:17:20-5#

¹⁹¹ vgl. GBA4 #00:43:59-5#, GBI5 #00:44:36-9#

¹⁹² GL6 #00:17:20-5#

¹⁹³ GV3 #00:02:26-0#

¹⁹⁴ vgl. GV2 #00:22:24-3#, GV1 #00:02:47-2#

¹⁹⁵ vgl. GBI5 #00:04:50-9#, #00:02:00-2#

dem Konflikt wird von der Bürgerinitiative als Desinteresse gegenüber den Bürgern aufgefasst. Dementsprechend führt dies bei der Bürgerinitiative zu der Meinung, dass die Verwaltung eine „gefakte Mitmachdemokratie“¹⁹⁶ durchführe. Diesen Eindruck erhalte die Bürgerinitiative, zumal die Verwaltung in zahlreichen Veröffentlichungen ihre Offenheit und Bürgernähe immer wieder besonders betont, sich aber angesichts des Konflikts zurückziehe.¹⁹⁷

Der Bezirksausschuss

Auch der Bezirksausschuss wird von der Bürgerinitiative hinsichtlich seiner Organisation und inneren Strukturen äußerst kritisch wahrgenommen. Nach deren Meinung fördert der Bezirksausschuss eher Intoleranz anstatt ein funktionierendes Zusammenleben im Stadtviertel zu unterstützen, da die Durchführung der Bürgerbeteiligung seitens des Bezirksausschusses nur mangelhaft, einseitig kommunizierend und unflexibel ausgelegt sei.¹⁹⁸ Insofern entstehe vom Bezirksausschuss laut Bürgerinitiative vielmehr das Bild von unzeitgemäßen „Stadtteilmfürsten“¹⁹⁹ anstatt von zeitgenössischen „Managern einer politischen Sache“²⁰⁰ Ungleich dazu sieht sich der Bezirksausschuss selber als „das einzige politische Organ, das wirklich das Ohr am Volk“²⁰¹ habe. Dabei hebt er als eine seiner Kompetenzen hervor, dass er die Einmischung von Bürgern in politische Angelegenheiten und deren Willensäußerung gerne entgegennehme und sich damit beschäftige, vorausgesetzt die Bürger blockieren damit nicht die Handlungsfähigkeit der Verwaltung. Als weitere Aufgabe hebt der Bezirksausschuss den Beistand und Schutz alteingesessener Bewohner und Institutionen des Stadtviertels hervor.²⁰² Diese werden nach Ansicht des Bezirksausschusses durch den steigenden Zulauf und Zuzug von „Fremden“, die häufig aus einem anderen Milieu stammen, gestört oder verdrängt, was der Bezirksausschuss mit großer Sorge verfolgt.²⁰³ Aufgrund dessen konstatiert die Bürgerinitiative, dass der Bezirksausschuss wenig repräsentativ für die Bürger des gesamten Viertels sei, da er speziell eine bestimmte Personengruppe bevorzuge.²⁰⁴

¹⁹⁶ GBI5 #00:01:45-3#

¹⁹⁷ vgl. GBI5 #00:01:45-3#

¹⁹⁸ vgl. GBI5 #00:20:28-5#, #00:20:28-5#, #00:50:55-1#

¹⁹⁹ GBI5 #00:01:45-3#

²⁰⁰ GBI5 #00:01:45-3#

²⁰¹ GBA4 #00:23:54-6#

²⁰² vgl. GBA4 #00:03:05-7#, #00:28:25-1#

²⁰³ vgl. GV1 #00:17:47-5#

²⁰⁴ vgl. GBI5 #01:08:54-5#, #00:15:44-3#

Im Gegensatz dazu sieht die Verwaltung den Bezirksausschuss als offiziell gewählten Vertreter der Bürger an. Für die Verwaltung ist der Bezirksausschuss somit legitimiert, die Meinungen der Bürger des gesamten Viertels zu repräsentieren und nimmt aufgrund dessen in Entscheidungsfragen eine bedeutende Position ein.²⁰⁵ In diesem Sinne bestätigen fast alle Projektbeteiligten übereinstimmend, dass der Bezirksausschuss in dem Projekt viele Rechte, sowie einen großen Einfluss besessen haben.²⁰⁶ Die Frage, inwieweit der Bezirksausschuss mit diesen Rechten und mit den damit verbundenen Herausforderungen gewissenhaft umgehen kann, stellt sich nicht nur der Verwaltung,²⁰⁷ sondern auch dem Bezirksausschuss. Der Bezirksausschuss ist selbst unsicher darüber, in wieweit der zunehmende Arbeitsaufwand bezüglich der Entscheidungsrechte vom Bezirksausschuss erfüllt werden könne, da er im Moment überwiegend auf ehrenamtlichen Tätigkeiten basiere.²⁰⁸ Dennoch erläutert die Verwaltung, dass sie dem Bezirksausschuss während des Projektes wohlwollend gegenüberstand und die abgesteckten Kompetenzbereiche und festgelegten Regeln in der Zusammenarbeit mit dem Bezirksausschuss versucht habe korrekt einzuhalten.²⁰⁹

Die Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“

Mit dem Auftreten der Bürgerinitiative zu dem relativ späten Zeitpunkt im Projektverlauf hatten weder der Bezirksausschuss, der Landschaftsarchitekt, noch die Verwaltung gerechnet.²¹⁰ Die Erklärungsversuche bezüglich der Motivation der Bürgerinitiative fallen daher bei den Projektbeteiligten sehr unterschiedlich aus. Die Verwaltung vermutet, dass die Bürgerinitiative vor allem von den Bürgern angeregt wurde, die sich bei der Einwohnerversammlung in der demokratischen Abstimmung unterlegen gefühlt haben und infolgedessen versuchten weiterzuagieren.²¹¹ Indessen sind der Landschaftsarchitekt und der Bezirksausschuss der Meinung, dass die Initiatoren aufgrund individueller Interessen die Bürgerinitiative gegründet haben. Als Begründung dafür nennen beide, dass die Initiatoren nicht zu dem betroffenen Personenkreis gehören, weil sie selbst nicht in dem Viertel wohnen würden. Andererseits sei auch der späte

²⁰⁵ vgl. GV1 #00:26:45-4#, #00:53:47-1#

²⁰⁶ vgl. GV1 #00:55:22-6#, GV2 #00:11:53-2#, GL6 #00:42:49-0#, GBA4 #00:23:20-1#

²⁰⁷ vgl. GV2 #00:10:23-7#

²⁰⁸ vgl. GBA4 #00:26:30-0#

²⁰⁹ vgl. GV1 #00:53:47-1#

²¹⁰ Vgl. GBA4 #00:54:46-1#, GV1 #00:36:45-4#, GL6 #00:43:08-3#

²¹¹ vgl. GV1 #00:39:44-7#

Zeitpunkt der ersten Aktion der Bürgerinitiative bedenklich, da zu der Zeit der Umbau planerisch bereits abgeschlossen war. Dementsprechend mutmaßen beide, dass die Bürgerinitiative hauptsächlich gegründet wurde, weil sie gut in das Konzept des Projektes „BUNNYHILL 2“ der Kammerspiele gepasst habe.²¹²

Ferner wurde neben der Spekulation, dass die Initiatoren Leute waren, die „einfach einmal wichtig“²¹³ sein und sich selber darstellen wollten, ebenfalls die Aussage gemacht, dass die Bürgerinitiative aufgrund von „jugendlicher Unwissenheit“²¹⁴ entstanden sei. Auch wirtschaftliche Motivationen, sowie ein grundsätzlicher Oppositionswille wurden seitens des Bezirksausschusses nicht ausgeschlossen. Gleichsam bemerken der Landschaftsarchitekt und der Bezirksausschuss allerdings, dass sich ihnen die Hintergründe und die Motivation der Bürgerinitiative sehr kompliziert, unklar und zum Teil als nicht ganz nachvollziehbar dargestellt haben.²¹⁵

Der Initiator der Bürgerinitiative hingegen erläutern, dass der Ausgangspunkt der Initiative das Projekt „BUNNYHILL 2“ gewesen sei. Im Rahmen dessen seien sie auf das Bauvorhaben aufmerksam geworden und stellten ihrer Meinung nach einen Missstand in der Kommunikation, sowie in der Verwendung der kommunalen Gelder fest. Mit dem Ziel die Bürger dahingehend zu informieren und völlig unpolitische Bürger in die politische Debatte zu integrieren, sei die Initiative gegründet worden. Ergänzend weist der Initiator der Bürgerinitiative darauf hin, dass ihm nicht der Oppositionswille wichtig gewesen sei, sondern eine Verbesserung der Missstände herbeigeführt werden sollte. Durch die nach eigenen Angaben überaus überraschend positive Resonanz seitens der Bürger sei er in seinem Vorhaben bestätigt worden. Dabei seien die ersten Mitstreiter die betroffenen Restaurantbesitzer in Sorge um ihre zukünftige Existenz gewesen. Die übrigen Mitglieder, die im weiteren Verlauf zu ihnen gestoßen seien, hätten überwiegend als Motivation die individuelle Bedeutung und Wertschätzung des Gärtnerplatzes angeführt. Auch wären einige Bürger dem – in der Politik propagierten – Trend gefolgt, sich selbst mehr zu engagieren und haben sich daher auf der Suche nach einer greifbaren Möglichkeit der Initiative angeschlossen. Anziehend sei auf die Bürger auch die einfache, zeitgemäße Organisationsstruktur, die ständige Kommunikation und angenehme Atmosphäre innerhalb der Initiative

²¹² vgl. GBA4 #00:04:33-6#, #00:55:52-9#, GL6 #00:41:28-0#

²¹³ GL6 #00:38:20-7#, #00:58:45-7#

²¹⁴ GBA4 #00:58:13-2#

²¹⁵ vgl. GBA4 #00:55:52-9#, #00:55:07-3#, GL6 #00:07:03-4#

gewesen, bei der die Bürger die Möglichkeit hatten sich temporär und ohne große Verpflichtung einzubringen. Laut Angaben des Initiators stand die Bürgerinitiative jedem offen und setzte sich aus Personen unterschiedlichen Alters, unterschiedlichen Milieus, Anwohnern, aber auch „Fremden“ zusammen.²¹⁶

Im Gegensatz dazu wurde die Bürgerinitiative von der Verwaltung und dem Bezirksausschuss eher als ein Zusammenschluss junger Leute, die überwiegend aus anderen Stadtvierteln stammen und einer bestimmten Szene zugehören, wahrgenommen.²¹⁷ Übereinstimmend kritisieren die Verwaltung, der Landschaftsarchitekt und der Bezirksausschuss die ihrer Meinung nach einseitige Mobilisierung der Medien und die Emotionalisierung der Öffentlichkeit, die die Bürgerinitiative gezielt herbeigeführt habe.²¹⁸ Die Bürgerinitiative bewertet hingegen ihre eigenen Aktionen und Werbemaßnahmen vielmehr als zeitgemäße Kommunikation, bei der es ganz normal sei, dass bestimmte Aspekte zugespitzt und plakativ übermittelt werden, da das Ziel verfolgt werden solle, dass die Adressaten einfach und schnell verstehen worum es gehe.²¹⁹

Der tatsächliche Einfluss der Bürgerinitiative wird von den übrigen Projektbeteiligten recht unterschiedlich wahrgenommen und bewertet. Der Landschaftsarchitekt ist der Überzeugung, dass die Bürgerinitiative im Endeffekt auf den Projektverlauf und auf seine Arbeit keinen wesentlichen Einfluss hatte. Ihn selbst hat die Bürgerinitiative seiner Meinung nach nur wenig tangiert, da er zum Beginn der Bürgerinitiative – kurz vor Baubeginn – bereits sein Auftragsvolumen erfüllt hatte und nicht mehr aktiv in den Prozess eingebunden war. Er hatte nach eigenem Wunsch die Bauleitung einem anderen Büro überlassen. Auch die Kritik am Entwurf hat ihn, laut eigener Angaben, persönlich nicht stark getroffen, da er bis zum Schluss von der Qualität des Entwurfs überzeugt war.²²⁰ Die Verwaltung hingegen erläutert, dass die Bürgerinitiative in der Öffentlichkeit viel Aufruhr bewirkt habe und der Verwaltung letzten Endes viel Zeit, Arbeitsaufwand und Nerven gekostet habe. Auch innerhalb der Verwaltung sei die Stimmung aufgrund dieses Konflikts angespannt gewesen.²²¹ Der Initiator wiederum ist mit dem Einfluss und dem Ergebnis der Bürgerinitiative äußerst zufrieden gewesen. Auch wenn nicht alle Ziele erreicht

²¹⁶ vgl. GBI5 #00:12:17-5#, #00:10:52-5#, #00:20:28-5#, #00:15:44-3#, #00:31:34-7#, #00:32:34-2#, #00:26:11-9#, #00:32:34-2#, #00:33:21-8#, #00:26:11-9#

²¹⁷ vgl. GV1 #00:39:44-7#, GBA4 #00:58:13-2#

²¹⁸ vgl. GV1 #00:49:15-5#, GL6 #00:48:30-2#, BA #01:01:47-4#

²¹⁹ vgl. GBI5 #00:24:14-7#

²²⁰ vgl. GL6 #00:15:12-1#, #00:39:57-0#

²²¹ vgl. GV1 #00:59:46-7#

wurden, hat der Initiator seiner Meinung nach einige Personen in den politischen Diskurs gebracht und dies sei für ihn mit am Wichtigsten gewesen.

Der Landschaftsarchitekt

Die Zusammenarbeit mit dem Landschaftsarchitekten wurde von der Verwaltung als überaus positiv beurteilt.²²² Insgesamt wurde jedoch der Landschaftsarchitekt nur von der Verwaltung richtig wahrgenommen. Selbst der Bezirksausschuss erinnerte sich nur auf Nachfrage sehr undeutlich, dass ein Landschaftsarchitekt an der Planung beteiligt war, konnte jedoch nicht sagen, ob der Entwurf von den Fachleuten der Verwaltung oder von einem externen Landschaftsarchitekten stamme.²²³ In den sonst sehr detaillierten Ausführungen der Bürgerinitiative kam der Landschaftsarchitekt überhaupt nicht vor, was mit großer Sicherheit darauf hinweist, dass die Bürgerinitiative über die Mitwirkung des Landschaftsarchitekten keine Kenntnis hatte. Allgemein schätzt sich der Landschaftsarchitekt selbst eher als offen gegenüber Bürgerbeteiligungen ein. Hinsichtlich dieses Projektes, begründet er, habe er sich jedoch eher aus der Öffentlichkeit herausgehalten, da seiner Meinung nach die Verwaltung kein Interesse gehabt habe, dass er sich einbringe. Auch räumt er ein, dass sein eigenes Engagement in Kontakt mit den Bürgern zu treten in diesem Projekt sehr gering gewesen sei, unter anderem auch weil zu dem Zeitpunkt seiner Tätigkeit noch kein großer Konflikt bestand.²²⁴

5.1.2 Analyse der Kommunikationsstruktur

In den zwei folgenden Kapiteln sollen die Kommunikationsbeziehungen, die Kommunikationsmedien, sowie die Qualität der Kommunikation näher betrachtet werden. Als erstes soll untersucht werden, wie die einzelnen Projektbeteiligten miteinander in Verbindung getreten sind und wo grundsätzlich die Möglichkeit zur Kommunikation und zur Vermittlung bestand. Danach soll anhand der Interviewaussagen die Qualität der Kommunikation und Vermittlung nachvollzogen werden.

²²² vgl. GV1 #00:46:46-7#

²²³ vgl. GBA4 #00:37:09-2#

²²⁴ vgl. GL6 #00:55:12-8#, #00:14:35-0#

5.1.2.1 Kommunikationsbeziehungen und -medien

Das folgende Diagramm und die anschließende detaillierte Tabelle zeigen die Kommunikationsbeziehungen und -medien, die den Aussagen der Interviewteilnehmer zu entnehmen waren. Allerdings werden zunächst nur die quantitativen Aussagen zu den Kommunikationsbeziehungen und -medien herausgenommen und miteinander in Beziehung gesetzt.

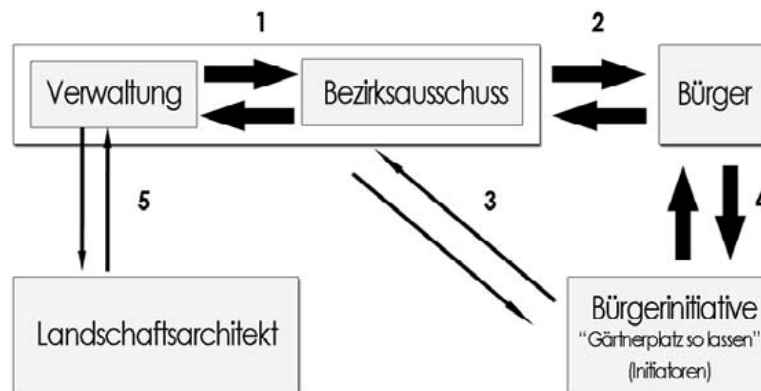


Abbildung 12 – Kommunikationsbeziehungen – Fallbeispiel Gärtnerplatz
Neugestaltung des inneren Rondells. Nummern 1-5: siehe Tabelle 4 für
eine detaillierte Aufschlüsselung der Kommunikationsmedien

In den Interviews, sowie in dem darauf folgenden Diagramm, wird ersichtlich, dass die jeweiligen Projektbeteiligten, mit Ausnahme des Landschaftsarchitekten, grundsätzlich miteinander in Verbindung standen. Vor allem gab es sowohl von der Verwaltung und dem Bezirksausschuss, als auch von dem Initiator der Bürgerinitiative zahlreiche Kommunikationsanstrengungen zu den Bürgern. Seitens des Landschaftsarchitekten besteht nur Kontakt zu der Verwaltung, was auch erklärt, warum er von den übrigen Projektbeteiligten kaum wahrgenommen wurde (vgl. Kapitel 5.1.1).

In der folgenden Tabelle werden die Kommunikationsbeziehungen hinsichtlich der Kommunikationsmedien und des Zeitraums, in dem die Kommunikation stattgefunden hat, detaillierter aufgeschlüsselt. Allerdings werden nur die Kommunikationsmedien aufgeführt, die in den Interviews auch genannt wurden, so dass unter Umständen in der Tabelle nicht alle Kommunikationsmedien, die im Laufe des Projekts Anwendung gefunden haben, enthalten sind. Dennoch kann vermutet werden, dass es sich um die gängigsten oder bedeutsamsten Kommunikationsmedien handelt, da sie der spontanen Erinnerung der Interviewpartner entstammen.

Tabelle 4 - Zusammenstellung der Kommunikationsbeziehungen und Kommunikationsmedien - Fallbeispiel Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells (Quelle: eigener Entwurf)

KOMMUNIKATIONSBEZIEHUNG	KOMMUNIKATIONSMEDIEN vor der Gründung der Bürgerinitiative	KOMMUNIKATIONSMEDIEN nach der Gründung der Bürgerinitiative
1 Verwaltung vs. Bezirksausschuss	<ul style="list-style-type: none"> - mehrere Stellungnahmen - eine Einwohnerversammlung - mehrere Runde Tische 	
		<ul style="list-style-type: none"> - mehrere Abstimmungsgespräche - mehrere Bürgerversammlungen
2 Verwaltung und Bezirksausschuss* vs. Bürger und Mitglieder d. Bürgerinitiative	<ul style="list-style-type: none"> - mehrere Runde Tische - eine Einwohnerversammlung (Wurfsendungen u. mehrere Plakate) 	<ul style="list-style-type: none"> - einzelne direkte Gespräche
		<ul style="list-style-type: none"> - mehrere Bürgerversammlungen - mehrere Presseveröffentlichung - mehrere Bezirksausschuss-Sitzungen
3 Verwaltung und Bezirksausschuss vs. Bürgerinitiative (Initiatoren)		<ul style="list-style-type: none"> - mehrere Telefongespräche - mehrere Briefe
4 Bürgerinitiative vs. Bürger		<ul style="list-style-type: none"> - Emailverteiler u. E-mail-Newsletter - Homepage - Telefonate und Fax - Flyer, Postkarten - mehrere Veranstaltungen - mehrere einmalige Aktionen - viele Presseveröffentlichungen (Presseverteiler) - von Anfang an viele direkte Gespräche
5 Verwaltung vs. Landschaftsarchitekt	<ul style="list-style-type: none"> - mehrere Planungsgespräche 	
6 Landschaftsarchitekt vs. Bezirksausschuss, Bürgerinitiative und Bürger		<ul style="list-style-type: none"> - keine konkreten Aussagen

* Die Kommunikationsmedien der Verwaltung und des Bezirksausschuss sind in den Wahrnehmungen der Projektbeteiligten überwiegend gleich. Daher werden die Verwaltung und der Bezirksausschuss in der Kommunikation zu den Bürgern bzw. der Bürgerinitiative als Einheit betrachtet.

Anhand der Tabelle ist deutlich festzustellen, dass die Verwaltung, der Bezirksausschuss und die Bürgerinitiative über viele unterschiedliche Kommunikationsmedien versuchen mit den Bürgern in Kontakt zu treten.

Die Bürgerinitiative versucht dabei über etliche temporäre Medien wie z.B. Flyer, Email, Presseveröffentlichungen und einmalige Aktionen Mitglieder zu werben, sowie über regelmäßig erscheinende Medien, die ohne großen Aufwand einsehbar sind wie z.B. ihr Email-Newsletter oder ihre Homepage. Die Verwaltung und der Bezirksausschuss hingegen benutzen als temporäre Medien eher Plakate oder Wurfsendungen, um die Bürger zu informieren und einzuladen. Als regelmäßige Kommunikationsplattformen werden vor allem Veranstaltungen wie z.B. Bürgerversammlungen und Bezirksausschuss-Sitzungen, sowie speziell auf ein Thema bezogene Einwohnerversammlungen oder Runde Tische angeboten.

Zunächst lässt sich feststellen, dass es grundsätzlich Kommunikationsmöglichkeiten gegeben hat, mit deren Hilfe theoretisch eine erfolgreiche Kooperation hätte stattfinden können. Der Praxis wird diese einfache Feststellung allerdings nicht gerecht. Um einen Einblick in die Komplexität der zwischenmenschlichen Kommunikationsbeziehungen zu geben, werden im folgenden Kapitel Aussagen der Interviewpartner zur Qualität der Kommunikation angeführt.

5.1.2.2 Qualität der Kommunikation

In diesem Kapitel steht nunmehr die Qualität der Kommunikation im Vordergrund. Genauer gesagt bedeutet dies die subjektive Wahrnehmung und Einschätzung der Projektbeteiligten, inwieweit die Informationen im Sinne des Absenders auch bei den Empfängern angekommen sind.

Dies soll anhand von Aussagen der Interviewpartner nachvollzogen werden. Obwohl in den jeweiligen Interviews viele Kommunikationsbeziehungen und -medien genannt werden (vgl. Kapitel 5.1.2.1), gibt es nur wenige bewertende Aussagen über die Qualität der Kommunikation. Insgesamt wurden drei Kommunikationsbeziehungen von den Interviewpartnern angeführt und bewertet.

Verwaltung und Bezirksausschuss vs. Bürger (Abb. 13, Nr.2)

Insgesamt stellt die Verwaltung fest, dass die Kommunikationsanstrengungen (Einwohnerversammlung, Presseveröffentlichungen usw.), die sie und der Bezirksausschuss gemacht haben, überwiegend nicht erfolgreich waren und dass die Informationen ungenügend oder überhaupt nicht bei der Bürgerschaft wahrgenommen wurden. So stellt die Verwaltung bezüglich der Kommunikation fest:

„Ja, trotz der mindestens 20 Zeitungsartikel, trotz der Animationen, die immer wieder auch in den Zeitungen erschienen sind, die wir auf der Einwohnerversammlung gezeigt haben... dass es einfach nicht rüberkommt.“²²⁵

In Anbetracht dessen gibt es zwei Erklärungsversuche der Projektbeteiligten. Einerseits wird davon ausgegangen, dass die Bürger die Informationen trotz diverser Kommunikationsversuche der Verwaltung und des Bezirksausschusses generell nicht bemerkt oder sich nicht angesprochen gefühlt haben.

Dementsprechend ist die Bürgerinitiative der Ansicht, dass die Verwaltung und der Bezirksausschuss in diesem Projekt mit ihren Informationen nur einen begrenzten Personenkreis erreicht haben, während die Mehrheit der Bürger im Dunkeln blieb.²²⁶ Nach Meinung der Bürgerinitiative seien die Bürger sehr mit sich selbst beschäftigt und nehmen aufgrund dessen die Informationen der Verwaltung und des Bezirksausschusses erst wahr, wenn sie darauf aufmerksam gemacht werden. Die Informationen und politischen Themen müssen so aufbereitet werden, dass sie auch für unpolitische Bürger interessant werden, erklärt die Bürgerinitiative.²²⁷ Ein Zugang zu den Bürgern könne mithilfe der richtigen Kommunikationsmitteln und -medien erreicht werden. In diesem Projekt seien jedoch genau dort die Defizite gewesen, kritisiert die Bürgerinitiative. Genauer gesagt spricht sie damit die Gestaltung der Wurfsendungen, Presseveröffentlichungen und Plakate an, die z.B. als Einladung und Werbung für die Veranstaltungen der Verwaltung und des Bezirksausschusses dienen sollten. Das Layout und die Informationsfülle seien laut Bürgerinitiative unzureichend und unzeitgemäß, so dass dadurch die meisten Bürger die Informationen leicht überlesen haben oder sich nicht angesprochen fühlten. Ferner gibt sie zu

²²⁵ GV1 #00:49:47-5#

²²⁶ vgl. BG15 #00:18:16-3#

²²⁷ vgl. BG15 #00:31:18-2#, #00:56:21-7#

bedenken, dass die Örtlichkeit und die Stimmung z.B. bei der Einwohnerversammlung im Hofbräuhaus, nicht neutral gewählt seien und somit von Grund auf nur Personen eines bestimmten Milieus anziehen.²²⁸ Nach Aussagen des Bezirksausschusses ist dies vor allem auf die finanziellen, zeitlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zurückzuführen.²²⁹

Andererseits wird davon ausgegangen, dass viele Bürger auf den Veranstaltungen, teilweise trotz angemessener Präsentation des Projektes, die Informationen dennoch missverstehen oder nicht aufnehmen.

Einen Grund sieht die Bürgerinitiative darin, dass die Organisationsstruktur der Veranstaltungen für den Bürger schwer verständlich sei, da z.B. in den Bezirksausschuss-Sitzungen sehr viele komplexe Themen relativ schnell besprochen werden und zusätzlich zwischen den Themen hin und her gewechselt werde. Auch werde häufig zu viel Gewicht auf Kleinigkeiten und fachliche Details gelegt, während die wichtigen Fragen für das Zusammenleben untergehen.²³⁰

Die Verwaltung und der Bezirksausschuss ergänzen dazu, dass manche Bürger ihnen gegenüber sehr misstrauisch seien und die Informationen und Integrität der Verwaltung grundsätzlich anzweifeln. Somit könne keine vertrauensvolle Kommunikationsebene gefunden werden.²³¹ Der Bezirksausschuss erläutert diesbezüglich, dass dieses Misstrauen teilweise aufgrund von individuellen Differenzen zwischen ihm und den einzelnen Bürgern entstanden sei.²³² Darüber hinaus sei ein generelles Misstrauen in der Öffentlichkeit durch eine einseitige Berichterstattung der Presse deutlich verschärft worden.²³³

Während die Verwaltung vor allem Kommunikationsprobleme bei den Großveranstaltungen wie z.B. der Einwohnerversammlung feststellte, hat sie eher positive Erfahrungen bezüglich direkter Gespräche mit Bürgern gemacht. Ihrer Ausführung nach, kam sie dadurch auch mit zuerst skeptischen Bürgern schnell zu einem Konsens.²³⁴ Allerdings sind diese direkten Kontakte für die Verwaltung,

²²⁸ vgl. GBI5 #01:08:54-5#, #00:18:16-3#

²²⁹ vgl. GBA4 #01:06:11-2#

²³⁰ vgl. GBI5 #00:20:28-5#, #00:07:42-7#

²³¹ vgl. GBA4 #00:47:59-9#, GV1 #00:49:15-5#

²³² vgl. GBA4 #00:50:21-4#

²³³ vgl. GV1 #00:41:32-5#, #00:42:23-3#

²³⁴ vgl. GV1 #00:45:32-3#

laut eigener Aussagen, aufgrund von finanziellen, personalen und zeitlichen Grenzen nur sehr schwer umsetzbar.²³⁵

Verwaltung und Bezirksausschuss vs. Bürgerinitiative (Initiatoren) (Abb.13, Nr.3)

Sowohl die Verwaltung und der Bezirksausschuss, als auch die Bürgerinitiative beurteilen ihre gegenseitige Kommunikation als äußerst schwierig und erfolglos.

Die Bürgerinitiative habe laut eigener Angaben mehrmals versucht über Telefonate, Briefe und bei Veranstaltungen in Kontakt mit dem Bezirksausschuss und der Verwaltung zu treten, sei jedoch meist abgewiesen, hingehalten, ignoriert oder mit Standardantworten abgefertigt worden. Enttäuscht wird eine der Situationen wie folgt beschrieben:

„Wir waren im Bezirksausschuss, ich habe mich kurz zu Wort gemeldet, wurde dann auch runtergebügelt, dass es jetzt hier kein Thema ist.“²³⁶

Im Gegensatz dazu erläutert der Bezirksausschuss, dass er zwar einige Male versucht habe mit der Bürgerinitiative zu kommunizieren, jedoch keinen Zugang zu der Bürgerinitiative gefunden habe. Die Gespräche werden vom Bezirksausschuss folgendermaßen kommentiert:

„Der hat dann auch mal mit anderen Bezirksausschussmitgliedern ziemlich lang telefoniert, aber es war irgendwie eigentlich nur dieser Wille hier ein Keil zu treiben. Dieses Verhindern des ganzen Projekts... es war eigentlich nichts Vernünftiges erkennbar, was er vorbringen hätte können, warum das nicht stattfinden soll [...] Aber ich habe da keinen Willen dahinter gesehen hier zur Kooperation. Und das...was hätte es auch für eine Kooperation geben können. [...] der Prozess war dann schon im Gang, war eigentlich schon abgeschlossen.“²³⁷

Während die Bürgerinitiative in ihren Aussagen eher die Kommunikationsweisen der Verwaltung und des Bezirksausschuss kritisiert, bemängelt der Bezirksausschuss bei der Bürgerinitiative grundsätzlich ihre Grundhaltung und ihr Ziel und stellt daraufhin den Sinn der Kommunikation in Frage.

²³⁵ vgl. GV2 #00:02:35-8#

²³⁶ GBI6 #00:44:36-9#

²³⁷ GBA4 #00:58:13-2#

Bürgerinitiative vs. Bürger (Abb.13, Nr.4)

Die Bürgerinitiative hat mit ihren, teils sehr umstrittenen, aber effektiven Kommunikationsmedien viele Bürger angesprochen. Ihre Kommunikation zeichnete sich laut eigener Angaben durch viel Spaß, Offenheit und persönliche Bereitschaft zur ständigen Kommunikation aus,²³⁸ was ihnen unter anderem Sympathie und Vertrauen und viel Mund-zu-Mund-Propaganda von den Bürgern eingebracht habe, so dass sie in der Öffentlichkeit viel stärker wahrgenommen wurden²³⁹.

Zusammenfassend ergeben die Aussagen über die Qualität der Kommunikation folgendes Diagramm:

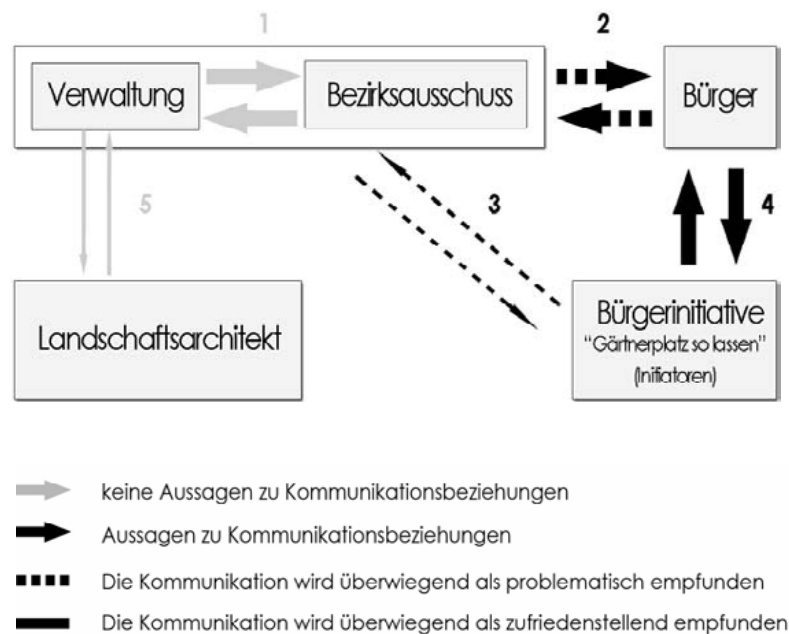


Abbildung 13 - Qualität der Kommunikation – Fallbeispiel Gärtnerplatz Neugestaltung des inneren Rondells (Quelle: eigener Entwurf)

²³⁸ GBI6 #00:26:11-9#

²³⁹ GBV1 #00:45:32-3#

5.2 Ergebnisse des Fallbeispiels „Isar-Plan III. Planungsabschnitt“

5.2.1 Analyse der gegenseitigen Wahrnehmung der Projektbeteiligten

Wie in Kapitel 5.1.1 soll auch in diesem Kapitel zuerst ein Überblick gegeben werden, in welchen Planungsphasen die Projektbeteiligten nach eigenen Aussagen mitgewirkt haben. Danach folgt eine Zusammenstellung der Aussagen zur gegenseitigen Wahrnehmung der jeweiligen Projektbeteiligten.

spezifischer Projektverlauf Fallbeispiel Isar-Plan		Interviewpartner			
Beschluss Umbau	Verwaltung			Bürger	
Leitbild	Verwaltung				
Wettbewerb Preisgericht	Verwaltung	Bezirksausschuss (beratend tätig)	Bürgerinitiative (beratend tätig)		
Einwohnerversammlung	Verwaltung	Bezirksausschuss	Bürgerinitiative		
Präzisierung der Entwürfe				Landschaftsarchitekt	
Meditation	Verwaltung	Bezirksausschuss	Bürgerinitiative	Landschaftsarchitekt	
Realisierungsvorschlag (Entwurf)	Verwaltung	Bezirksausschuss (Stellungnahmen)	Bürgerinitiative (Stellungnahme)		
Expertenrunde	Verwaltung	Bezirksausschuss	Bürgerinitiative	Landschaftsarchitekt	

↓

Abbildung 14 - Mitwirkung der Interessensgruppen in den Planungsphasen nach Aussagen der Interviewpartner – Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt (Quelle: eigener Entwurf)

Das Schema zeigt deutlich, dass im III. Planungsabschnitt neben der Verwaltung, vor allem der Bezirksausschuss und die Bürgerinitiative eine große Rolle gespielt haben. Darüber hinaus wird ersichtlich, dass zunehmend versucht wird alle Projektbeteiligten in Kontakt zu bringen. Entsprechend häufig werden der Landschaftsarchitekt, der Bezirksausschuss und die Bürgerinitiative bei einzelnen Planungsphasen beteiligt.

Verwaltung

Der Landschaftsarchitekt, sowie die Bürgerinitiative sehen die Verwaltung der Landeshauptstadt München, neben dem Wasserwirtschaftsamt München, generell als ihren Bezugs- und Ansprechpartner in diesem Projekt an.²⁴⁰

Das Vorgehen der Verwaltung in diesem Projekt wird von dem Landschaftsarchitekten dahingehend kritisiert, dass die Verwaltung das Wettbewerbsergebnis in der Öffentlichkeit nicht angemessen vertreten habe. Zwar habe die Verwaltung intern den ersten Preis aus fachlicher Sicht befürwortet, in der Öffentlichkeit jedoch aus politischen Gründen keine klare Haltung zu den beiden Wettbewerbsarbeiten eingenommen.²⁴¹ Darüber hinaus entstehe der Eindruck, dass die Stadt sich, bis auf wenige Mitarbeiter, aufgrund des Konfliktes eher von dem Projekt zurückziehe und es „einfach laufen lasse“.²⁴² In den Augen des Landschaftsarchitekten kann dieses Vorgehen der Verwaltung in Hinblick auf die große „Öffentlichkeitswirksamkeit“²⁴³ des Projektes nicht ganz nachvollzogen werden.²⁴⁴

Die Verwaltung begründet ihr Vorgehen, dass intern, vor allem im Baureferat die Devise herrsche, sich bei so einer emotional geführten Debatte zurückzunehmen.²⁴⁵ Aufgrund des Konflikts mit der Bevölkerung und der zunehmenden finanziellen Engpässe sei es für die Verwaltung nicht so wichtig gewesen, wie das Projekt fortgesetzt werden könne, sondern dass es überhaupt weitergeführt werden könne.²⁴⁶

Der Bezirksausschuss steht in diesem Projekt dem Vorgehen der Verwaltung und der Zusammenarbeit ebenfalls äußerst kritisch gegenüber. Einerseits zweifelt der Bezirksausschuss gemeinsam mit der Bürgerinitiative die korrekte Durchführung des Preisgerichts an.²⁴⁷ Andererseits seien die Informationen der Verwaltung nach Ansicht des Bezirksausschusses teilweise äußerst fragwürdig gewesen.²⁴⁸ Aufgrund dessen sei der Bezirksausschuss den Aussagen der Verwaltung gegenüber sehr misstrauisch geworden. Ferner kann der Bezirksausschuss die komplizierte Auftragserteilung für beide Wettbewerbsteams nicht nachvollziehen

²⁴⁰ vgl. IBI9 #00:09:27-2#; IL10 #00:51:36-4#

²⁴¹ vgl. IL10 #00:19:58-3#, #00:21:02-1#, #00:45:34-8#

²⁴² IL10 #00:45:34-8#

²⁴³ IL10 #00:45:34-8#

²⁴⁴ vgl. IL10 #00:45:34-8#

²⁴⁵ vgl. IV7-2 #00:44:59-3#

²⁴⁶ vgl. IV7-2 #00:51:19-6#, #00:50:08-7#, IV7-1 #00:51:08-8#, #00:50:06-5#

²⁴⁷ vgl. IBI9 #00:10:38-2#, IBA 8 #00:57:11-1#, #00:09:27-9#

²⁴⁸ vgl. IBA8 #00:22:16-7#

(vgl. Kapitel 4.3). Die Verwaltung hätte auf Wunsch der Bürger den zweiten Preisträger trotz der diffizilen vertraglichen und rechtlichen Rahmenbedingungen vollständig beauftragen können, anstatt eine Kompromisslösung mit beiden Preisträgern einzugehen. Als Verwaltung habe sie doch viele Möglichkeiten ihre Entscheidung auch gegenüber Einsprüchen der Planungsbüros durchzusetzen, erläutert der Bezirksausschuss.²⁴⁹

Auch die Bürgerinitiative empfindet die derzeitige Zusammenarbeit mit der Verwaltung als nicht ideal. Zu Beginn des III. Planungsabschnittes sei die Zusammenarbeit wesentlich besser gewesen. Zur Zeit lehne die Verwaltung die Vorschläge der Bürgerinitiative häufig ab und trete oftmals gegenüber der Bürgerinitiative dominant und „hoheitlich“²⁵⁰ auf.²⁵¹

Der Mediator hingegen beurteilt seine Zusammenarbeit mit der Verwaltung im Rahmen des Mediationsverfahrens als überwiegend kooperativ.²⁵² Dabei stellt der Mediator fest, dass die Verwaltung ihre politische Kultur, sowie ihre ethisch-moralische Haltung gegenüber den Bürgern geändert habe. Die Verwaltung nehme infolgedessen die Bürger ernster als früher und versuche einen Konsens mit den Bürgern zu finden. Dies werde laut Mediator auch in dem Mediationsverfahren deutlich, bei dem sich die Verwaltung gegenüber den Bürgern durchaus zugänglich verhalten habe.

Gleichermaßen ist die Verwaltung selbst der Meinung, dass sie den Bürgern insgesamt offener und kommunikativer als früher entgegentrete und ihr Möglichstes gebe, die Bürger ernst zu nehmen.²⁵³ Besonders gute Erfahrungen habe die Verwaltung bei direkten Gesprächen mit den Bürgern gemacht.²⁵⁴ Auch spiele die Hierarchie innerhalb der Verwaltung nicht mehr so eine große Rolle wie früher. Dadurch träten die Mitarbeiter selbstbewusster und mit mehr Kompetenzen in der Öffentlichkeit auf. Dem stehen aber auch negative Erfahrungen gegenüber. Mögliche Gründe seien, dass einerseits nicht alle Bürger vertrauensvoll mit der Kommunikationsbereitschaft der Mitarbeiter der Verwaltung umgehen können. Andererseits haben einige Bürger möglicher Weise die Offenheit als Unsicherheit fehlinterpretiert. Aufgrund dieser negativen Erfahrungen seien derzeit die Mitarbeiter der Verwaltung, vor allem die des

²⁴⁹ vgl. IBA8 #00:45:21-7#, #00:45:57-1#

²⁵⁰ IBI9 #00:58:23-8#

²⁵¹ vgl. IBI9 #00:40:24-6#, #00:45:44-3#, #00:56:15-8#, #00:58:23-8#

²⁵² vgl. IM11 #00:04:38-6#

²⁵³ vgl. IV7-2 #00:12:16-9#, IV7-1 #01:14:42-6#

²⁵⁴ vgl. IV7-1 #00:15:21-6#, #00:17:36-6#

Baureferates, im Umgang mit den Bürgern zunehmend wieder an „hausinterne Regelungsgründe“²⁵⁵ gebunden und müssen somit ihre Tätigkeiten stärker mit ihren Vorgesetzten abstimmen.²⁵⁶

Bezirksausschuss

Von der Verwaltung wird der Bezirksausschuss als „kleines Parlament und Vertreter des Bezirkes“²⁵⁷ angesehen. Der Bezirksausschuss selbst beschreibt sich gleichermaßen als äußerst bürgernahe Institution. Die Bürger nähmen einen besonders hohen Stellenwert in seiner politischen Arbeit ein, weil die Bürger zu seiner Legitimation beitragen.²⁵⁸ Aufgrund dessen engagiere sich der Bezirksausschuss stärker bei der Bürgerbeteiligung als die Verwaltung und bemühe sich die Bürger wirklich zu erreichen und ernst zu nehmen.²⁵⁹

Hinsichtlich der Motivation des Bezirksausschusses und der Bürger in diesem Konflikt sind die Angaben der Projektbeteiligten sehr unterschiedlich.

Die Verwaltung mutmaßt, dass der Bezirksausschuss das Wettbewerbsergebnis abgelehnt habe, weil seinen Vertretern im Preisgericht nicht gestattet wurde als Preisrichter zu fungieren. Auch finanzielle Gesichtspunkte, sowie Aspekte der Anerkennung und Wertschätzung schließt die Verwaltung als Motive für den Konflikt nicht aus.²⁶⁰ Sowohl die Verwaltung als auch der Landschaftsarchitekt sind dabei der Ansicht, dass einzelne Personen im Bezirksausschuss eine sehr starke Wirkung entfalten können und sich dann möglicherweise als Sprachrohr der Bürger verstehen.²⁶¹

Insgesamt ist sich die Verwaltung nicht sicher, wie weit die betroffenen Bürger der Bezirke selbst hinter diesen Aktivitäten standen. Die Aktivitäten seien laut Verwaltung äußerst professionell abgelaufen und das Engagement, sowie die Informationsflüsse waren sehr gut aufeinander abgestimmt.²⁶²

Demgegenüber dementiert der Bezirksausschuss, dass er nur sein Partikularinteresse zum Ausdruck gebracht habe. Er habe Anrufe aus ganz München erhalten und hätte somit eine fundierte Position vertreten.²⁶³ Auch der

²⁵⁵ IV7-2 #01:11:50-3#

²⁵⁶ vgl. IV7-2 #00:46:50-6#, #00:44:59-3#, #00:44:59-3#, IV7-1 #01:14:42-6#

²⁵⁷ IV7-2 #00:20:59-1#

²⁵⁸ vgl. IBA8 #00:45:57-1#, #01:07:36-5#

²⁵⁹ vgl. IBA8 #01:27:16-2#, #00:59:02-5#, #01:01:35-1#

²⁶⁰ vgl. IV7-1 #00:42:18-5#

²⁶¹ vgl. IL10 #00:53:32-5#, #00:27:47-3#, IV7-2 #00:11:02-9#

²⁶² vgl. IV7-1 #00:43:17-6#

²⁶³ vgl. IBA8 #00:32:06-3#

Mediator ist der Überzeugung, dass der Bezirksausschuss lediglich den Unmut der Bevölkerung gebündelt, kanalisiert und artikuliert habe.²⁶⁴

Nach Meinung des Bezirksausschuss hänge der Einspruch der Bürger unmittelbar mit dem Wettbewerbsergebnis zusammen. Dementsprechend führt der Bezirksausschuss an, dass die Verwaltung über Jahre hinweg die Bürger gedanklich auf eine Planung mit dem Titel „Renaturierung“ vorbereitet habe, das Ergebnis des Preisgerichts jedoch in den Augen der Bürger und des Bezirksausschusses dieser Vorstellung nicht entspreche.²⁶⁵ Auch basiere der Einspruch des Bezirksausschusses auf der Befürchtung, dass das vorgesehene Konzept des Siegerentwurfes sich negativ auf die Bürger des Bezirks auswirken könne, d.h. viele fremde Menschen anziehen würde. Dadurch werde der Isarabschnitt möglicherweise „verkonsumiert“,²⁶⁶ so dass die dort ansässigen Bürger den Bereich nicht mehr uneingeschränkt nutzen könnten und somit auf ein Stück Erholungsraum und Lebensqualität verzichten müssten.²⁶⁷ Darüber hinaus habe er sich bereits über Jahre hinweg mit der Isar beschäftigt und halte immer noch an seinen Vorstellungen fest.²⁶⁸ Wichtig sei ihm dabei vor allem der Gesichtspunkt, welchen gesellschaftlichen Nutzen das Projekt für die Bürger der Innenstadt habe. Letztendlich sei dieser Gesichtspunkt jedoch in dem Wettbewerbsergebnis und dem anschließenden Konflikt von einigen der Projektbeteiligten nicht genügend berücksichtigt worden.²⁶⁹

Nach Ansicht der Bürgerinitiative ist der Bezirksausschuss in dem Projekt vor allem daran interessiert, den Bürgern „eine große Wiese neben dem Fluss“²⁷⁰ zur Verfügung zu stellen, auf der „man [...] spazieren gehen kann“.²⁷¹

Die Zusammenarbeit mit dem Bezirksausschuss sei für die Bürgerinitiative schwierig, da bei den gemeinsamen Treffen häufig unterschiedliche Vertreter des Bezirksausschusses anwesend seien, die die Bürgerinitiative in Bezug auf ihre Fachkenntnisse und Motivationen nur schwer einschätzen könne.²⁷² Die Verwaltung hingegen gibt an, dass in dem Bezirksausschuss Fachleute sitzen und beschreibt diese Zusammenarbeit aufgrund eines ähnlichen Fachverständnisses

²⁶⁴ vgl. IM11 #00:10:41-3#

²⁶⁵ vgl. IBA8 #00:14:19-4#, #00:54:12-0#

²⁶⁶ IBA8 #00:14:19-4#

²⁶⁷ vgl. IBA8 #00:22:16-7#, #00:14:19-4#, #00:14:19-4#, #00:22:16-7#

²⁶⁸ vgl. IBA8 #00:32:06-3#

²⁶⁹ vgl. IBA8 #01:21:46-0#, #01:22:02-1#

²⁷⁰ IBI9 #00:10:38-2#

²⁷¹ IBI9 #00:10:38-2#

²⁷² vgl. IBI9 #00:10:38-2#, #00:44:16-6#

als angenehm. In Hinblick auf die Interessensartikulation steht die Verwaltung dem Bezirksausschuss jedoch teilweise kritisch gegenüber. Der Bezirksausschuss hätte in der Öffentlichkeit, vor allem mit dem Medium der Presse, sehr emotional gearbeitet und bewusst „Politik gemacht“.²⁷³

Nach Aussagen des Bezirksausschusses habe er, indem er die Politik von seinem Anliegen überzeugt seine Interessen gegenüber der Verwaltung am besten durchzusetzen können.²⁷⁴

Bürgerinitiative Isar-Allianz

Sowohl der Landschaftsarchitekt, als auch die Verwaltung haben nicht mit der Heftigkeit der Reaktion des Bezirksausschusses (siehe oben) und der Bürgerinitiative gerechnet.²⁷⁵ Die Verwaltung räumt jedoch ein, dass sich rückblickend eigentlich die Reaktion des Bezirksausschusses und der Bürgerinitiative bereits im Preisgericht angedeutet habe.²⁷⁶

Gleichermaßen wie der Bezirksausschuss hat auch die Bürgerinitiative das Preisgericht und das Wettbewerbsergebnis angefochten. Allerdings ist aus Innensicht der Bürgerinitiative ihr Engagement in diesem Projekt viel weiter als das vom Bezirksausschuss gegangen und liege in der direkten Beschäftigung mit dem Fluss (z.B. Gewässerökologie, Fischerei und Wassersport). Den Entwurf des ersten Preisträgers habe die Bürgerinitiative vor allem abgelehnt, weil in ihm das Leitbild des Projektes nicht ausreichend berücksichtigt worden sei.²⁷⁷ Zwar sei im Leitbild der Hochwasserschutz das oberste Ziel gewesen, jedoch habe im Rahmen dessen die Renaturierung einen wichtigen Stellenwert eingenommen. Die Art der Gestaltung und die verwendeten Materialien in dem Entwurf des ersten Preisträgers hätten aber nichts mit Natur zu tun, sondern entsprächen nur der aktuellen Mode der Landschaftsarchitektur.²⁷⁸

Der Landschaftsarchitekt erklärt diesbezüglich, dass ihm das Leitbild durchaus bewusst gewesen sei und er auch sein Entwurf darauf aufgebaut habe. Allerdings gibt der Landschaftsarchitekt zu bedenken, dass die Prioritäten in dem Leitbild von den Projektbeteiligten, abhängig vom jeweiligen Schwerpunkt, unterschiedlich gesetzt werden. Insbesondere die Bürgerinitiative verbinde mit

²⁷³ IV7-1 #00:42:18-5#

²⁷⁴ vgl. IBA8 #00:58:10-0#, #00:59:02-5#

²⁷⁵ vgl. IL10 #00:16:32-1#

²⁷⁶ vgl. IV7-2 #00:33:44-0#

²⁷⁷ vgl. IBI9 #00:12:08-8#

²⁷⁸ vgl. IBI9 #00:26:57-5#

dem Leitbild der Renaturierung gleichzeitig eine ganz spezifische Gestaltsprache. Diese Gestaltsprache hänge jedoch rein fachlich und sachlich betrachtet nicht unbedingt mit der Vorstellung der Renaturierung zusammen.²⁷⁹ Er ist der Meinung, die Bürgerinitiative habe das Wettbewergergebnis überwiegend deswegen abgelehnt, weil es nicht ihren Vorstellungen entsprochen hat. Die Bürgerinitiative habe durch ihr regelmäßiges Engagement und ihre langjährige Beschäftigung mit der Isar eine ganz bestimmte Vorstellung für diesen Isarabschnitt entwickelt. In dem Wettbewerb sei jedoch ein Entwurf zum Sieger gekürt worden, der in den Augen der Bürgerinitiative von einem ortsfremden Wettbewerbsteam stammte, das sich nur eine relativ kurze Zeit mit diesem Isarabschnitt beschäftigen konnte. Insofern sei für den Landschaftsarchitekt der Einspruch der Bürgerinitiative durchaus nachvollziehbar.²⁸⁰

Übereinstimmend stellen jedoch der Landschaftsarchitekt und die Verwaltung fest, dass die Vorstellungen der Bürgerinitiative teilweise aufgrund der vielschichtigen und komplexen Planungssituation häufig nicht realisierbar seien.²⁸¹ Die Bürgerinitiative fasse zusätzlich die Äußerungen der Verwaltung hinsichtlich der Realisierbarkeit eher als grundsätzliche Zurückweisung der Verwaltung anstatt als fachbezogene Kritik auf.²⁸² Allerdings seien durch die regelmäßigen Gespräche zwischen Verwaltung und Bürgerinitiative die fachlichen Grundkenntnisse der Bürger gestiegen, so dass eine bessere Zusammenarbeit erzielt werden konnte.²⁸³ Die Bürgerinitiative ist der Meinung, dass sie aufgrund der vielen Mitglieder und der langjährigen Erfahrung über ein grundlegendes Know-how verfüge.²⁸⁴ Trotz ihrer Kompetenzen und ihres Engagements fällt es der Bürgerinitiative laut eigener Angaben äußerst schwer, sich fachlich gegenüber den anderen Projektbeteiligten, vor allem gegenüber der Verwaltung, durchzusetzen. Dementsprechend erklärt die Bürgerinitiative, dass sie eine relativ schlechte Position in diesem Projekt habe und ihr Einfluss sehr begrenzt sei. In dieser Position könne die Bürgerinitiative laut eigener Angaben nur beraten, Ideen entwickeln und anschließend hoffen, dass die Vorschläge von der Verwaltung akzeptiert werden. Derzeit sei dies jedoch kaum der Fall, so dass die Bürgerinitiative mit dem Gedanken spiele sich eventuell zurückzuziehen.²⁸⁵

²⁷⁹ vgl. IL10 #00:11:58-5#

²⁸⁰ vgl. IL10 #00:09:15-1#

²⁸¹ vgl. IL10 #00:12:49-4#, IV7-2 #01:12:24-9#

²⁸² vgl. IV7-2 #01:12:24-9#

²⁸³ vgl. IV7-2 #00:37:50-5#

²⁸⁴ vgl. IBI9 #00:02:56-0#, #00:05:39-0#

²⁸⁵ vgl. IBI9 #00:02:56-0#, #00:08:50-0#

Rückblickend, erklärt die Bürgerinitiative, sei sie mit ihrem Engagement, trotz des großen zeitlichen Aufwands, überwiegend zufrieden, da sie einigen Personen „die Augen geöffnet“ habe.²⁸⁶

Landschaftsarchitekt

Die Bürgerinitiative ist der Meinung, dass der Landschaftsarchitekt in dem Projekt sehr dominant auftrete und einen Großteil der Planungen bestimme.²⁸⁷

Demgegenüber erklärt der Landschaftsarchitekt, dass seine Position in dem Projekt eher schwierig sei und er das Gefühl habe nur wenig bewirken zu können,²⁸⁸ da ihm sein Auftraggeber in dem Projekt nur einen sehr geringen Handlungsspielraum zugestehe. So erhalte der Landschaftsarchitekt nur kleine Bearbeitungsabschnitte und müsse viele seiner Handlungen, vor allem in der Öffentlichkeit, genauesten mit dem Auftraggeber abstimmen.²⁸⁹ Er sei zwar von der planerischen Aufgabe des Projekts einerseits sehr begeistert und möchte viel bewirken, andererseits müsse er in der Praxis viele Rückschläge hinnehmen.²⁹⁰

Die gesamte Situation und das fremdbestimmte Vorgehen des Auftraggebers sei für beide Wettbewerbsteams durchaus eine psychische Belastung.²⁹¹ Aufgrund dessen seien einige Mitglieder aus den Wettbewerbsteams bereits ausgestiegen. Auch die restlichen Mitglieder der Wettbewerbsteams spielen immer wieder mit dem Gedanken vom Projekt zurückzutreten, weil sie einfach keine Handlungsmöglichkeiten mehr für sich sehen.²⁹²

Insgesamt ist der Landschaftsarchitekt aufgrund des bisherigen Projektverlaufs und der Differenzen der jeweiligen Projektteilnehmer der Ansicht, dass das Planungsergebnis sehr darunter gelitten habe und dementsprechend nicht optimal ausfalle.²⁹³

²⁸⁶ vgl. IBI9 #00:53:36-3#

²⁸⁷ vgl. IBI9 #00:23:01-6#, #00:36:18-5#, #00:38:54-2#

²⁸⁸ vgl. IL10 #00:21:49-2#

²⁸⁹ vgl. IL10 #00:26:49-7#, #00:42:33-3# , #00:51:36-4#, #00:56:46-9#

²⁹⁰ vgl. IL10 #00:21:49-2#

²⁹¹ vgl. IL10 #00:42:01-6#, #00:42:33-3#

²⁹² vgl. IL10 #00:42:01-6#, #00:43:51-4#, #00:44:08-2#

²⁹³ vgl. IL10 #00:42:33-3#

5.2.2 Analyse der Kommunikationsstruktur

Entsprechend dem vorhergehenden Fallbeispiel „Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells“ sollen auch hier die Kommunikationsbeziehungen, die Kommunikationsmedien und die Qualität der Kommunikation näher beschrieben werden.

5.2.2.1 Kommunikationsbeziehungen und -medien

Aus dem folgenden Diagramm werden die Kommunikationsbeziehungen ersichtlich. Das Diagramm bezieht sich dabei wiederum auf Aussagen, die die Projektbeteiligten bezüglich der Kommunikationsbeziehungen und -medien gemacht haben.

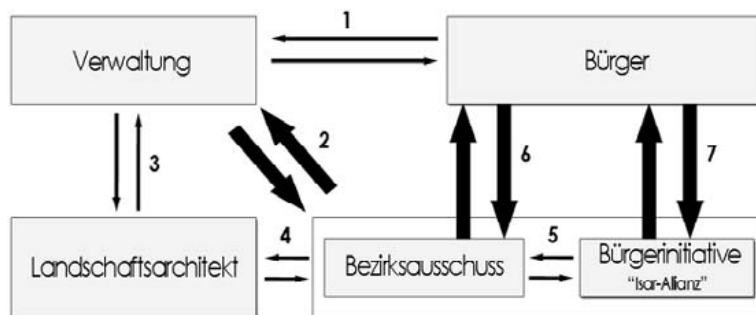


Abbildung 15 – Kommunikationsbeziehungen – Fallbeispiel Isar-Plan III. Planungsabschnitt. Nummern 1-7: siehe Tabelle 5 für eine detaillierte Aufschlüsselung der Kommunikationsmedien (Quelle: eigener Entwurf)

In der nachfolgenden Tabelle werden die Kommunikationsbeziehungen hinsichtlich der angegebenen Kommunikationsmedien und -möglichkeiten aufgeschlüsselt.

Tabelle 5 - Zusammenstellung der Kommunikationsbeziehungen und Kommunikationsmedien - Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt (Quelle: eigener Entwurf)

KOMMUNIKATIONSBEZIEHUNG	KOMMUNIKATIONS MEDIEN
1 Verwaltung vs. Bürger	- Einwohnerversammlung - Einzelne direkte Gespräche
2 Verwaltung vs. Bezirksausschuss und Bürgerinitiative*	- Preisgericht - Einwohnerversammlung (nur Bezirksausschuss und Verwaltung) - Mediation - Expertenrunden - Stellungnahmen
3 Verwaltung vs. Landschaftsarchitekt	- Planungsgespräche - Mediation - Expertenrunden
4 Landschaftsarchitekt vs. Bezirksausschuss und Bürgerinitiative*	- Mediation - Expertenrunden
5 Bezirksausschuss vs. Bürgerinitiative	- Direkte Gespräche
6 Bezirksausschuss vs. Bürger	- Einwohnerversammlung - mehrere Presseveröffentlichungen - Flugblätter - Direkte Gespräche
7 Bürgerinitiative vs. Bürger	- mehrere Presseveröffentlichungen - Rundfunksendung - Fernsehen - Homepage

* Die Kommunikationsmedien und -möglichkeiten des Bezirksausschusses und der Bürgerinitiative sind in den Wahrnehmungen der Projektbeteiligten in Bezug auf die Verwaltung überwiegend gleich und werden daher zusammen dargestellt.

Wie in der Tabelle ersichtlich wird, versuchen sowohl der Bezirksausschuss als auch die Bürgerinitiative mit verschiedenen Kommunikationsmedien die Öffentlichkeit zu informieren. Die Verwaltung hingegen versucht nicht die breite Öffentlichkeit zu erreichen, sondern vielmehr gezielt mit dem Bezirksausschuss und der Bürgerinitiative zu kommunizieren.

Der Landschaftsarchitekt steht in diesem Fallbeispiel nicht nur mit der Verwaltung in Kontakt, sondern nimmt ebenfalls an Kommunikationsveranstaltungen teil, an denen ebenfalls der Bezirksausschuss und die Bürgerinitiative zugegen sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass alle Projektbeteiligten miteinander über mehrere Kommunikationsmedien in Beziehung stehen. Dies wird unter anderem gezielt durch Kommunikationsmedien herbeigeführt, die speziell zur Vermittlung und Klärung eingesetzt werden wie z.B. die Mediation und die Expertenrunde.

5.2.2.2 Qualität der Kommunikation

Analog zum Fallbeispiel „Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells“ befasst sich dieses Kapitel ebenfalls mit der Qualität der Kommunikation. Im Ganzen werden diesbezüglich von den Interviewpartnern drei Kommunikationsbeziehungen ausführlicher beschrieben und bewertet.

Verwaltung vs. Bezirksausschuss und Bürgerinitiative (Abb. 16, Nr. 2)

Die gegenseitige Kommunikation von den Projektbeteiligten wird allseitig als problematisch empfunden. Die Verwaltung ist der Meinung, dass im Vorfeld des Konfliktes mit dem Bezirksausschusses und der Bürgerinitiative unter Umständen ein Informationsdefizit bestanden habe. Möglicherweise habe die Verwaltung nicht klar genug vermittelt, dass der III. Planungsabschnitt besonders komplex und vielschichtig sei und eine andere Situation als die südlich gelegenen Planungsabschnitte mit sich bringe.²⁹⁴ Insgesamt bemühe sich jedoch die Verwaltung, die Bürger so gut es geht zu informieren und einzubeziehen, was jedoch bei einigen Bürgern einerseits aufgrund der fachlichen Unkenntnis und andererseits aufgrund des Misstrauens gegenüber der Verwaltung äußerst schwierig sei.²⁹⁵ Deswegen habe sie das Mediationsverfahren mit dem Ziel eingesetzt, dass der Bezirksausschuss und die Bürgerinitiative das Gefühl bekommen sich artikulieren zu können und damit die Emotionalität des Konfliktes reduziert werde. Das Ziel der Verwaltung innerhalb des Mediationsverfahrens stärker in den Dialog mit dem Bezirksausschuss und der Bürgerinitiative zu treten, wurde nicht erreicht, da dies aufgrund der weiterhin bestehenden Fronten kaum möglich

²⁹⁴ vgl. IV7-2 #01:07:50-1#

²⁹⁵ vgl. IV7-2 #00:37:50-5#, #00:37:50-5#, #00:43:17-6#

gewesen sei.²⁹⁶ Trotzdem habe das Mediationsverfahren insofern seinen Zweck erfüllt, dass danach das Projekt weniger von Emotionen bestimmt wurde und die Verwaltung mit dem Bezirksausschuss und der Bürgerinitiative auf einer sachlichen Ebene wieder besser kommunizieren konnte.²⁹⁷ Der Landschaftsarchitekt ist demgegenüber der Ansicht, dass das Mediationsverfahren nicht viel bewirkt habe. Letztendlich sei es zu keiner weiteren Entscheidung gekommen und die bisherigen Standpunkte der Projektbeteiligten seien nur erneut bekräftigt worden. Der Bezirksausschuss hat sich insgesamt nicht explizit zum Mediationsverfahren geäußert. Demgegenüber ist die Bürgerinitiative gänzlich von dem Erfolg des Mediationsverfahrens überzeugt. Entsprechend beschreibt die Bürgerinitiative, dass das Mediationsverfahren mit einem externen Mediator „der Höhepunkt in der ganzen Geschichte“²⁹⁸ gewesen sei und dass sie dort am meisten von ihren Vorstellungen richtig vermitteln und „durchbringen“²⁹⁹ konnte. Dabei stellt die Bürgerinitiative fest, dass dies für sie äußerst wichtig gewesen sei, weil die Verwaltung sie in dem Mediationsverfahren ernst genommen hat.³⁰⁰ Ansonsten sei die Kommunikation mit der Verwaltung eher schwierig, was einerseits an persönlichen Differenzen, andererseits an der Gesprächsführung der Verwaltung liege.³⁰¹

„Und wenn wir z.B. in so einer Besprechung sind, dann werden Vorschläge von uns gemacht. Dann wird ohne groß nachzudenken sofort widersprochen und das ist keine Art und Weise, wie man sich in einer Diskussion beteiligt. Das kenne ich anders. Obwohl, das muss man lernen – keine Killerphrasen.“³⁰²

Der Bezirksausschuss vertritt die Ansicht, dass die Kommunikation mit der Verwaltung schwer falle.³⁰³ Auch sei er aufgrund vieler negativer Erfahrungen gegenüber Aussagen der Verwaltung sehr skeptisch.³⁰⁴ Anfänglich sei bei allen Projektbeteiligten eine Kommunikation und ein richtiger Interessensaustausch gar nicht möglich gewesen sei, weil die Projektbeteiligten jeweils auf ihren eigenen Standpunkt fixiert waren.³⁰⁵

²⁹⁶ vgl. IV7-1 #01:02:08-7#, #01:00:21-8#

²⁹⁷ vgl. IV7-2 #00:59:19-7#, IV7-1 #01:02:08-7#

²⁹⁸ IBI9 #00:23:01-6#

²⁹⁹ IBI9 #00:23:01-6#

³⁰⁰ vgl. IBI9 #00:23:01-6#, #00:23:53-5#

³⁰¹ vgl. IBI9 #00:25:41-4#, #00:56:15-8#

³⁰² IBI9 #00:56:15-8#

³⁰³ vgl. IBA8 #00:18:09-3#

³⁰⁴ vgl. IBA8 #00:18:09-3#

Landschaftsarchitekt vs. Bezirksausschuss und Bürgerinitiative (Abb.16, Nr. 4)

Der Landschaftsarchitekt ist der Ansicht, dass er mit dem Bezirksausschuss, sowie mit der Bürgerinitiative trotz einiger Versuche keine Kommunikation aufbauen konnte. Er habe nicht den Eindruck gehabt, dass eine Bereitschaft und Offenheit zur Kommunikation bestanden hätten.³⁰⁶

Der Bezirksausschuss erklärt bezüglich des ersten Preisträgers, dass er gar nicht erst versucht habe mit dem Landschaftsarchitekten Kontakt aufzunehmen. Als Begründung erläutert der Bezirksausschuss, dass er gar keinen Zugang zu den Preisträgern gesehen habe.³⁰⁷ Zwar haben sowohl der erste als auch der zweite Preisträger versucht den Bezirksausschuss zu kontaktieren, jedoch habe dieser sich geweigert. Er habe das Gespräch abgelehnt, weil einerseits der Planungsprozess „ja schon viel weiter“³⁰⁸ gewesen sei und er keinen Sinn in diesem Verhalten gesehen habe. Andererseits sei er davon ausgegangen, dass alle Projektbeteiligten doch nur ihre eigenen Interessen verfolgen würden. Ferner berichtet der Landschaftsarchitekt, dass insgesamt die Kommunikation mit dem Bezirksausschuss und der Bürgerinitiative kompliziert gewesen sei, weil er nur begrenzt agieren durfte. Deswegen sei er auch bei der Mediation auf Anweisung seines Auftraggebers nicht wirklich aktiv aufgetreten, erzählt der Landschaftsarchitekt weiter. Er sei vielmehr bis auf wenige Beiträge bei dem Mediationsverfahren „nur mehr oder weniger dabei gestanden“.³⁰⁹ Der Mediator erklärt diesbezüglich, dass der Landschaftsarchitekt im Grunde nicht groß die Gelegenheit zu Äußerungen hatte.³¹⁰

Die Bürgerinitiative erklärt, dass sie dennoch auf die Anwesenheit des Landschaftsarchitekten bei den gemeinsamen Besprechungen z.B. in der Expertenrunde Wert lege, damit ihn die Aussagen der Bürgerinitiative direkt und nicht „gefiltert“³¹¹ über die Verwaltung erreichen.

Bezirksausschuss vs. Bürger (Abb. 16, Nr. 6)

Insgesamt ist der Bezirksausschuss mit der Kommunikation zwischen ihm und den Bürgern zufrieden. Besonders positiv überrascht sei er vor allem von der

³⁰⁵ vgl. IBA8 #01:21:46-0#

³⁰⁶ vgl. IL10 #00:14:43-0#

³⁰⁷ vgl. IBI9 #00:47:06-1#

³⁰⁸ vgl. IBA8 #00:53:09-7#

³⁰⁹ IL10 #00:47:36-1#

³¹⁰ vgl. IM11 #00:17:56-7#

³¹¹ vgl. IBI9 #00:29:00-3#

Einwohnerversammlung gewesen, zu der er die Bevölkerung über Flugblättern und Pressearbeit relativ kurzfristig eingeladen habe. Zwar sei er ohnehin davon ausgegangen, dass einige Bürger die Veranstaltung wahrnehmen würden, jedoch habe es ihn wirklich erstaunt, dass derart viele Bürger kamen und der Saal wegen Überfüllung gesperrt werden musste.³¹²

Die gute Kommunikation führt der Bezirksausschuss laut eigener Angaben einerseits auf seine langjährige politische Tätigkeit in dem Bezirk zurück, bei der er das Vertrauen zu den Bürgern aufgebaut habe. Andererseits erreiche der Bezirksausschuss die Bürger durch den Einsatz soziologischer Kenntnisse.³¹³ Allerdings sei die Kommunikation zu den Bürgern auch im Bezirksausschuss nicht immer ganz einfach, da sich das Beteiligungsverständnis in der Bevölkerung im Moment ändere und bestimmte Bevölkerungsgruppen zunehmend nur ihre individuellen Anliegen und Einzelinteressen verfolgen würden.³¹⁴

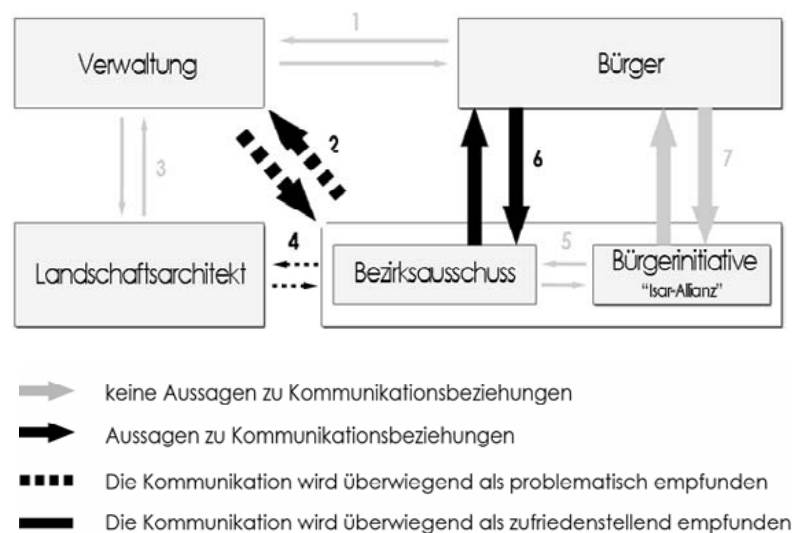


Abbildung 16 - Qualität der Kommunikation – Fallbeispiel Isar-Plan III. Planungsabschnitt (Quelle: eigener Entwurf)

³¹² vgl. IBA8 #00:38:22-7#

³¹³ vgl. IBA8 #01:07:36-5#, #01:08:30-3#

³¹⁴ vgl. IBA8 #01:12:55-3#, #01:13:01-2#, #01:16:58-9#

6 Generalisierung und Interpretation

Welche grundsätzlichen Erkenntnisse können nun aus den beiden Fallbeispielen hinsichtlich des derzeitigen Beteiligungsverständnisses, sowie Problemen bei der Umsetzung von Beteiligungsinstrumenten gezogen werden?

Um diese Frage zu beantworten, werden in diesem Kapitel einerseits übereinstimmende Ergebnisse aus den problemzentrierten Interviews beider Fallbeispiele zusammengefasst. Andererseits werden unterschiedliche Ergebnisse der Fallbeispiele gegenübergestellt und miteinander verglichen. In beiden Fallbeispielen kristallisieren sich besonders drei gemeinsame Merkmale heraus, die die Wahrnehmungs- und Handlungsweisen der meisten Projektbeteiligten, sowie den Projektverlauf beeinflusst haben:

- Misstrauenskultur
- Kommunikationsprobleme
- Zeitpunkt des Bürgereinsatzs

6.1 Misstrauenskultur

Insgesamt kann festgestellt werden, dass bei den Projektbeteiligten in beiden Fallbeispielen das gegenseitige Misstrauen eine große Rolle gespielt hat. Mal wurde das Misstrauen offen ausgesprochen, mal in einem Nebensatz versteckt erwähnt, aber dennoch war es in vielen Aussagen präsent. Die Projektbeteiligten zweifelten häufig nicht nur die gegenseitigen Aussagen, Informationen und Begründungen an, sondern stellten auch die grundlegende Aufrichtigkeit der anderen Projektbeteiligten in Frage. So wurden exemplarisch auf der einen Seite Vorwürfe laut, dass bürgerfremd und „von oben herab“ gehandelt werde. Auf der anderen Seite wurde gekontert, indem jeweils Motive des Individualismus, des Egoismus und des Aktivismus unterstellt wurden. Oftmals scheinen sich dabei Tatsachen, Fehleinschätzungen, Missverständnisse und Befürchtungen zu überlagern. So schwebt zwischen den Projektbeteiligten ein Nebel des

Misstrauens, der jedoch größtenteils bezüglich vieler Einzelaspekte in beiden Fallbeispielen nicht gelichtet werden konnte. Bis zuletzt fehlte zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen häufig eine Basis des Vertrauens, welches eine erfolgreiche Kooperation und eine Kommunikation in den beiden Fallbeispielen erschwerte.

Nicht nur in diesem Fallbeispiel, sondern auch in vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Indizien dafür, dass das gegenseitige Vertrauen zwischen den unterschiedlichen Akteursgruppen, vor allem zwischen Experten und Laien immer mehr abnimmt.³¹⁵ Daher wäre es denkbar, dass dieser Vertrauensverlust und die Skepsis in den beiden Fallbeispielen mit gesellschaftlichen Entwicklungen zusammenhängen.

Wie eingangs erwähnt (siehe Kapitel 2.4), scheinen wir uns in einer Umbruchsituation zu befinden: Einem sozialen Wandel, über dessen Ausmaß und Bedeutung selbst Soziologen noch kontrovers debattieren. Übereinstimmend konstatiert die Fachwelt, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland aktuell enorme sozial-strukturelle Veränderungen abzeichnen.³¹⁶ Neben mehreren Autoren³¹⁷ ist auch Beck³¹⁸ der Meinung, dass sich die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg in eine „andere“ Moderne, eine „reflexive Moderne“³¹⁹ befindet (siehe Kapitel 2.4.2). Dieser Gesellschaftswandel in der Bundesrepublik Deutschland geht mit einer Zunahme von Unsicherheiten – z.B. Risikovermehrung, unterschiedliche Rationalitätsansprüche und Auflösung von traditionellen Sozialformen, Lebensstilen und Anschauungsweisen – einher (vgl. Kapitel 2.4). Oftmals entziehen sich diese Unsicherheiten, Bedrohungen und Veränderung den bisher gebräuchlichen Kalkulationsnormen der Politik, Planung und Wissenschaft.³²⁰ Daher verfolgt ein Großteil der Bürger die Entscheidungen und Urteile der Experten mit zunehmendem Misstrauen.³²¹ Die Laien fangen an, öffentlich die Gültigkeit der Expertenurteile und Entscheidungen zu hinterfragen und anzuzweifeln,³²² was zu einem öffentlichen Konflikt zwischen Experten und Laien führen kann.

³¹⁵ vgl. Bromme & Rambow 1998

³¹⁶ vgl. Schulze 1995, Schäfers 1995, Gebhard et al. 2003, Hradil 2004, Geißler 2006

³¹⁷ vgl. unter anderen: Lash 1993 in Beck 1993, Giddens 1993 in Beck 1993

³¹⁸ vgl. Beck 1986, 253, Beck 1993, 172

³¹⁹ vgl. Beck 1986, 253, Beck 1993, 172

³²⁰ vgl. Beck 1994, 7

³²¹ vgl. Beck 1986, 277

³²² vgl. Bromme & Rambow 1998

Dieser grundsätzliche, bereits vielfach diskutierte Konflikt zwischen Experten und Laien³²³ wird auch in den beiden Fallbeispielen deutlich. Dort zeigt sich wiederholt, dass Stereotypen hinsichtlich der traditionellen Experten- und Laienrolle das Denken und Handeln der verschiedenen Interessensgruppen beeinflusst haben (siehe oben). Diese Stereotypen, die bis zuletzt noch bestehen blieben, trugen sicherlich zum gegenseitigen Misstrauen der Interessensgruppen bei. Bestärkt wurde dieses Misstrauen mitunter ebenfalls durch Defizite und Probleme in der Kommunikation. Eine bessere Kommunikation hätte zwar das Machtgefälle nicht reduzieren können, wohl aber Formen schaffen können, die den Dialog und die gegenseitige Akzeptanz zwischen Experten und Laien ermöglichen.³²⁴

6.2 Kommunikationsprobleme

Das zweite signifikante und übereinstimmende Merkmal beider Fallbeispiele bezieht sich auf die Handlungsweisen der Projektbeteiligten. Eindeutig geht aus den Interviews hervor, dass in beiden Fallbeispielen die Kommunikation zwischen den Interessensgruppen als überwiegend problematisch beurteilt wurde.

Es kann zwar in beiden Fallbeispielen festgestellt werden, dass mehrere Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten angeboten wurden. Genauer gesagt wurden nicht nur die formal festgelegten Beteiligungsangebote, sondern darüber hinaus zusätzliche informelle Beteiligungsinstrumente wie z.B. mehrere Runde Tische, Einwohnerversammlungen, sowie ein Mediationsverfahren organisiert. Die meisten Projektbeteiligten sind auf die jeweiligen Beteiligungsformen und -verfahren, sowie Kommunikationsanstrengungen eingegangen und haben sich damit auseinandergesetzt. Entsprechend haben viele Projektbeteiligte ihre Ressourcen (z.B. Zeit, Arbeitskraft, Finanzen) in die Beteiligung und Kommunikation investiert. Dennoch wurde in den Interviews immer wieder berichtet, dass die Kommunikation häufig problematisch gewesen sei und Defizite aufgewiesen habe. Dies wurde nicht nur bezüglich der Kommunikation zwischen den Interessensgruppen angeführt, sondern auch teilweise hinsichtlich der Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit erwähnt.

³²³ vgl. Selle 1996, 170

³²⁴ vgl. Selle 2000, 133

Der Aufwand und der Ertrag der Beteiligung³²⁵ scheinen in den beiden Fallbeispielen einander nicht entsprochen zu haben, was bei vielen Interviewpartnern zu Unzufriedenheit geführt hat.

Diese beiden Fallbeispiele zeigen (wie auch viele andere Beispiele in den vergangenen Jahren),³²⁶ dass es in der Praxis bei Projekten mit einer Bürgerbeteiligung trotz gutem Willen und Erfahrung, auch heute noch viele Probleme und Missverständnisse hinsichtlich kommunikativer Prozesse gibt. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Jedoch sollen diesbezüglich im weiteren Verlauf zwei Gedanken, die meiner Meinung nach entscheidend zu den Kommunikationsproblemen in den Fallbeispielen beigetragen haben, näher erläutert werden.

Selektive Information und Kommunikation

In den beiden Fallbeispielen kam es zu Kommunikationsproblemen, weil grundlegende Informationen bezüglich der Projekte, der Interessen, der Zielvorstellungen und der Organisationsstruktur usw. nicht an alle Interessensgruppen in gleicher Weise verteilt wurden.

Unter Umständen hängt dies mit einer inhaltlichen und/oder sozialen Selektivität zusammen.³²⁷ Eine inhaltliche Selektivität bedeutet, wenn nur erfolgversprechende Themen oder Probleme bearbeitet und diskutiert werden.³²⁸

Themen und Probleme, von denen ausgegangen wird, dass sie über die Leistungsfähigkeit und Konsensbereitschaft der anderen Interessensgruppen hinausreichen, werden außen vor gelassen.³²⁹ Eine soziale Selektivität bedeutet, dass nur spezielle Interessensgruppen in das Projekt einbezogen werden.³³⁰ Häufig werden diese aufgrund von politischen, ökonomischen oder „institutionell-verfahrensbezogenen“³³¹ Gründen ausgewählt. Dabei besteht die Gefahr, dass diejenigen Interessensgruppen übersehen werden, die ihre Bedeutung für diese Zusammenarbeit nicht deutlich artikulieren (können), sowie diejenigen, die erst im Laufe des Projektes erkannt werden und später hinzukommen.³³²

³²⁵ vgl. Selle 2000, 208

³²⁶ vgl. ebd., 196

³²⁷ vgl. Selle 1994, 99, 97

³²⁸ vgl. ebd., 99

³²⁹ vgl. ebd., 99

³³⁰ vgl. Selle 1994, 97, Selle 2000, 203

³³¹ Selle 1994, 97

³³² vgl. ebd., 97

Wie kann aber eine Selektivität vermieden werden? Selle³³³ ist der Meinung, dass auf Ungleichheiten mit ungleichen Beteiligungsangeboten geantwortet werden muss. Die Kommunikationsangebote müssen also auf die unterschiedlichen Voraussetzungen verschiedener Gruppen differenziert und zielgenau ausgerichtet werden.

Angesichts einer Vielzahl von Akteuren, einer Ausdifferenzierung von Lebensstilen und einer zunehmenden Mobilität,³³⁴ scheint es gerade bei Projekten im öffentlichen Raum zunehmend diffizil die richtigen und (potenziell) wichtigen Interessensgruppen zu identifizieren und zu beteiligen.³³⁵ Im Fallbeispiel Gärtnerplatz wurden überwiegend die unmittelbaren Anwohner und teilweise die Gastronomen in den Planungsprozess eingebunden. Andere Milieus, die sich ebenfalls am Gärtnerplatz aufhalten, wurden aufgrund von begrenzten Ressourcen und technischen Problemen (schlechte Erreichbarkeit oder wechselnde Gruppenmitglieder usw.) nur über die allgemeinen Informationsmedien (z.B. Pressemitteilungen) informiert. Die Schwierigkeit in diesem Fallbeispiel lag also nicht nur in der Identifizierung von den Interessengruppen, sondern vor allem auch in der Frage, wie mobile Interessensgruppen, die (potentiell) ein Anliegen an dem Projekt haben könnten, ebenfalls in den Kommunikationsprozess einbezogen werden können. An dieser Stelle muss bezüglich Projekte im öffentlichen Raum hinterfragt werden, wie stark die Auswahl der Interessensgruppen (pauschal) abhängig von räumlichen Grenzen wie z.B. Straßenzügen und Verwaltungseinheiten wie z.B. Bezirksgrenzen sein darf oder muss?

Für Selle³³⁶ sind in Bezug auf die Frage nach dem Beteiligtenkreis vor allem strategische Überlegungen von Bedeutung, die abhängig vom jeweiligen Projekt getroffen werden müssen:³³⁷

„Zielgruppe und Beteiligtenkreis sind keine feste Größe, sondern [...] eine strategische Variable jeglicher Kommunikation. Der Beantwortung der Frage, wer, wann, auf welche Weise, in welcher Kommunikationssituation einzubeziehen sei, kommt für die Gestaltung kommunikativer Prozesse zentrale Bedeutung zu.“³³⁸

³³³ vgl. Selle, 2005, 479f

³³⁴ vgl. Sachs-Pfeiffer 1988

³³⁵ vgl. Selle 2005, 525

³³⁶ vgl. Selle 2000, 153

³³⁷ vgl. ebd., 153, 2005, 479f

³³⁸ ebd., 153

Die Kommunikationsprobleme können jedoch möglicherweise nicht nur auf Selektivitäten in Kommunikationsprozessen zurückgeführt werden, sondern stehen auch unter Umständen eng mit der unterschiedlichen Wahrnehmungen in Verbindung.

Wahrnehmungsdifferenzen

In einigen Fällen wurden die Informationen an die Interessensgruppen verteilt, die Informationen aber verschieden wahrgenommen oder verstanden.

Einerseits können dabei milieuspezifische Gründe eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Die Gesprächskultur, die Umgebung der Beteiligungsveranstaltung, die „Aufmachung“ der Information und ähnliche Faktoren können die Qualität der Kommunikation in den beiden Fallbeispielen entscheidend beeinflusst haben.³³⁹ Die Kommunikationsformen müssen jeweils auf die jeweiligen Interessensgruppen ausgerichtet sein, um einen Zugang zu den Interessensgruppen zu ermöglichen.³⁴⁰ Mit anderen Worten: „Man muss viele Boote bauen, um alle ins Boot zu bekommen.“³⁴¹ Diese Erkenntnis ist nicht neu,³⁴² allerdings scheint die Umsetzung in der Praxis immer noch mit Problemen verbunden zu sein.

Andererseits kann auch eine Vermischung und Überlagerung unterschiedlicher Diskursebenen³⁴³ zwischen den Interessensgruppen der Grund für ein unterschiedliches Informationsverständnis gewesen sein. Während die Bürger in den beiden Fallbeispielen zum Zeitpunkt des Einspruchs über Ziele und Werte diskutiert haben, hat die Verwaltung gleichzeitig bereits schon über Handlungs- und Organisationsformen des Projektes geredet.

Für die Bürger stand häufig der Diskurs über substanzielle und prozessuale Ziel- und Wertvorstellungen im Vordergrund.³⁴⁴ Substanzielle Ziele beziehen sich hierbei z.B. auf grundlegende Veränderungen im Raum, wie z.B. die grundlegende Frage nach dem Umbau des Gärtnerplatzes oder die grundlegende Entscheidung, welcher Entwurf umgesetzt wird. Prozessuale Ziele befassen sich mit der Qualität des Prozesses, z.B. die Forderung nach höherer Akzeptanz, besserer Kommunikation und mehr Einfluss.

³³⁹ vgl. Selle 2005, 480

³⁴⁰ vgl. Selle 2000, 146, Selle 2005, 480

³⁴¹ Selle 2000, 480

³⁴² vgl. Selle 2005, 480

³⁴³ vgl. Renn 1996 in Selle 2006, 102: Ein Diskurs wird hier als Austausch von Informationen verstanden

³⁴⁴ vgl. Selle 2005, 135

Die Fachleute, vor allem die Verwaltung hatten zu dem Zeitpunkt bereits die grundlegenden Ziele und Entscheidungen festgelegt und führten den Diskurs bereits auf einer Handlungs-, Organisations- und Ergebnisebene. Bei diesen Ebenen geht es unter anderem um die technische und rechtliche Gestaltung und Umsetzung des Projektes, um die Organisations- und Arbeitsformen, sowie deren Zweckmäßigkeit und Effektivität.³⁴⁵ Diese Vermischung und Überlagerung der unterschiedlichen Diskursebenen hat die Kommunikation im weiteren Projektverlauf äußerst erschwert. Die Schwierigkeit entstand vor allem, weil zum Zeitpunkt des Bürgereinspruchs bereits seitens der Verwaltung und Politik der Zieldiskurs geführt worden war und Entscheidungen³⁴⁶ getroffen waren, die nicht oder nur unter Schwierigkeiten zurückgenommen werden können. In den beiden Fallbeispielen zeigt sich jedoch, dass eine Vermischung und Überlagerung von Diskursebenen an unterschiedlichen Stellen im Projektverlauf auftreten können (siehe Kapitel 6.3), was ein grundlegendes Problem in Planungsprozessen darstellt. Um dem entgegenzuwirken, sollten laut Selle³⁴⁷ die Rahmenbedingungen, die Mindestanforderungen und die Substanz (z.B. Gegenstand des Diskurs) der Kommunikations- und Beteiligungsangebote zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen im Vorfeld geklärt und ausgehandelt werden.³⁴⁸

Es gibt in den beiden Fallbeispielen natürlich weitaus mehr Ursachen für die Kommunikationsprobleme. Auch lassen sich die Ursachen in der Realität nur schwer voneinander trennen, da sie oftmals eng miteinander verknüpft sind, sich überlagern und sich gegenseitig bedingen.

Letztendlich können diese ungelösten Kommunikationsprobleme zu einem unterschiedlichen Wissensstand, zu mangelnder Transparenz, zu Missverständnissen, Fehlinterpretationen und vor allem zu einer Verschärfung des Konfliktes zwischen den einzelnen Interessengruppen führen.

³⁴⁵ vgl. Selle 1994, 101

³⁴⁶ z.B. die vertragliche Festlegung im Auslobungstext, dass der erste Preisträger für die weitere Planung beauftragt wurde oder der Stadtratsbeschluss, den Gärtnerplatz umzubauen

³⁴⁷ vgl. Selle 2000, 201, 206

³⁴⁸ vgl. Selle 2000, 205, Selle 1996, 161

6.3 Zeitpunkt des Bürgereinspruchs

Das dritte Merkmal bekommt seine Bedeutung nicht aus der Übereinstimmung gewisser Aspekte. Vielmehr erhält es seine Signifikanz dadurch, dass die beiden Fallbeispiele sich gerade in diesem Punkt unterscheiden. Es handelt sich dabei um den Zeitpunkt des Einspruchs.

In beiden Fallbeispielen wurde gleichermaßen der Konflikt zwischen den Interessensgruppen erst wahrgenommen, als Einsprüche und Aktivitäten einiger Bürger die Öffentlichkeit erreichten. Allerdings war dieser Konflikt in den beiden Fallbeispielen an unterschiedlichen Stellen im Projektverlauf situiert. Im Fallbeispiel „Isar-Plan – III. Planungsabschnitt“ kamen die Einsprüche in der Phase der Vorplanung, unmittelbar im Anschluss an das Urteil des Preisgerichts. Zu diesem Zeitpunkt standen allerdings mit dem vertraglich bindenden Auslobungstext bereits grundlegende Entscheidungen für den weiteren Projektverlauf fest, die den weiteren Verlauf äußerst erschwert haben. Im Fallbeispiel „Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells“ hingegen wurden die grundlegenden Bedenken seitens mehrerer Bürger erst in der Phase der Ausführungsplanung, kurz vor Baubeginn sichtbar.

In beiden Fallbeispielen waren die übrigen Projektbeteiligten mehrheitlich von der Form des Einspruchs, sowie von dem Zeitpunkt des Einspruchs der Bürger überrascht. Die meisten Interviewpartner hatten zu dem Zeitpunkt nicht mit diesem Ausmaß der Bürgeraktivitäten gerechnet.

In den Gesprächen mit den Interviewpartnern wurden bezüglich des Entstehungszeitpunkts von Bürgeraktivitäten einige interessante Gedanken erläutert, die an dieser Stelle kurz aufgegriffen und reflektiert werden sollen.

Das Verhalten, dass sich viele Bürger erst einsetzen, wenn die Planung und die Baumaßnahme konkret „vor der Haustür“ stehen, wird von einem Interviewpartner wie folgt gedeutet. Viele Bürger seien heutzutage sehr intensiv mit sich selbst und ihrer Lebensplanung beschäftigt und nehmen infolgedessen Eingriffe z.B. in Form von Baumaßnahmen erst wahr, wenn ihre Lebenswelt davon konkret betroffen sei.³⁴⁹ Angesichts eines immer komplexer werdenden Alltags mit zunehmenden Zwängen bezüglich der eigenen Ausbildung, der

³⁴⁹ vgl. IBA8 #01:35:22-2#, GV2 #01:25:13-3#

eigenen Karriere, der Familiengründung, sowie gesellschaftlicher Anforderungen ständen die Bürger unter einem enormen Erfolgsdruck. Dadurch würden sich viele Bürger überfordert fühlen und infolgedessen ein Rückzug aus dem Gesellschaftsleben antreten. Insofern sei es nachvollziehbar, dass viele Bürger Veränderungen in ihrer Umgebung erst wahrnehmen und sich engagieren, wenn die Planungen augenfällig werden. Dauerhaftes, ehrenamtliches Engagement können sich heutzutage viele Bürger einfach kaum mehr leisten, reflektiert der Interviewpartner.³⁵⁰ In ähnlicher Weise bestätigt dies auch ein anderer Interviewpartner, fügt allerdings noch hinzu:

„Wir sind durch den Beruf doch sehr stark gebunden. Also es sind sehr viele Ansprüche zu erfüllen. Also die Restzeit, die übrig bleibt, das sind nur konzentrierte Zeiteinheiten, für die, die im Beruf sind. Und dann haben wir natürlich sehr viele aktive Alte, die einfach mehr Zeit haben und deswegen gibt es im Moment, glaub ich, so zwei Richtungen.“³⁵¹

Allerdings haben die beiden untersuchten Fallbeispiele auch gezeigt, dass die Bürgeraktivitäten in Form von Widerständen auch an unterschiedlichen Zeitpunkten im Projektverlauf entstehen können. Diesbezüglich wird in einem weiteren Interview ein so genanntes „Bürgerinitiativenmobil“³⁵² vorgestellt. Der Interviewpartner erklärt, dass es sich dabei um Personen handele, die sich innerhalb Deutschlands bewegen und versuchen an verschiedenen Orten mit den Bürgern politische Probleme aufzuarbeiten. Für die Bürger stelle dies eine Erleichterung dar. Viele Bürger seien zwar mit politischen und planerischen Vorhaben unzufrieden, hätten jedoch nicht immer eine zeitgemäße Möglichkeit oder den Antrieb dies entsprechend zu artikulieren und sich zu beteiligen. Mithilfe dieses „Bürgerinitiativenmobils“ könne ein Engagement und eine Meinungsäußerung der Bürger besser ermöglicht werden, erklärt der Interviewpartner.³⁵³ In Hinblick auf den Entstehungszeitpunkt von Bürgeraktivitäten bedeutet dieser Ansatz des „Bürgerinitiativenmobils“ letztendlich, dass Bürgeraktivitäten unter Umständen abhängig vom Erscheinen einzelner Personen oder Aktionen sein können.

³⁵⁰ vgl. IBA8 #01:34:57-4#, #01:35:22-2#

³⁵¹ GV2 #01:25:13-3#

³⁵² GB15 #01:00:44-7#, #00:56:21-7#

³⁵³ vgl. GB15 #00:56:21-7#, #01:00:44-7#

Dementsprechend können sozusagen unerwartete Bürgeraktivitäten an jeder beliebigen Stelle im Projektverlauf auftreten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Bürgeraktivitäten und das Bürgerengagement eng mit der jeweiligen Lebenslage, Lebensart und Lebensweise korrelieren. Zunehmend können äußere Faktoren, wie die Freizeit und der Beruf, aber auch externe Personen das Engagement der Bürger bestimmen. Darüber hinaus besitzt jeder Bürger andere Werte, an denen er sich orientiert, nimmt andere Ausschnitte der Welt wahr und entwickelt andere Organisationsstrukturen.³⁵⁴ Individuelle Berührungsängste, Mitteilungsprobleme und Blockaden können die Folge davon sein.³⁵⁵ Dies alles spielt bei der Frage eine Rolle, wann sich der einzelne in welchem Maß im Planungsprozess engagiert und einbringt. Laut Selle³⁵⁶ kommt der Impuls für das Engagement der Bürger aus dem unmittelbaren Bezug zu ihrer eigenen Lebenswelt. Auch die beiden Fallbeispiele sind letztendlich ein Indiz dafür, dass sich Bürgeraktivitäten und Bürgerengagement nicht unbedingt auf einen von den Fachleuten bestimmten Zeitpunkt im Planungsverlauf festlegen lassen, sondern in einigen Fällen auch quer zum vorgesehenen Projektverlauf liegen. Daher müssen möglicherweise noch viel stärker die Aspekte untersucht werden, die den Zeitpunkt und das Ausmaß von Bürgeraktivitäten (in Form von Einsprüchen und Protesten) bestimmen und in der Projektplanung berücksichtigt werden.

6.4 Fazit

Insgesamt zeigen diese Fallbeispiele deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen Politikern, Planern und Bürgern äußerst ambivalent und komplex ist und in vielen Bereichen Verbesserungsmöglichkeiten bezüglich der Qualität der Beteiligungsinstrumente und der Beteiligungskultur zulässt. Dazu zählen z.B. die Erarbeitung eines vertrauensvollen Umgangs, die Beachtung unterschiedlicher Milieus und deren Kommunikationsformen, sowie die Begleitung von Projekten mit einer erhöhten Flexibilität und Prozesshaftigkeit. Diese Vorschläge sind nicht neu. In der Literatur gibt es zahlreiche Methoden und Ratschläge zu einer Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen

³⁵⁴ vgl. Selle 2000, 123

³⁵⁵ vgl. ebd., 123

³⁵⁶ vgl. Selle 2005, 482

unterschiedlichen Interessensgruppen.³⁵⁷ Trotzdem gibt es in der Planungspraxis noch viele Hürden, wie sich in diesen Fallbeispielen gezeigt hat. In Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung kann davon ausgegangen werden, dass ähnliche Auseinandersetzungen zwischen Politikern, Planern und Bürgern stattfinden werden. Daher ist es unbedingt notwendig, dieses Thema nicht nur in der Planungstheorie und Planungspraxis zu diskutieren, sondern bereits im Studium angehender Planer zu thematisieren, zu überprüfen und neu zu entwerfen. Erst dadurch kann die eigene Einstellung und die eigene Motivation bezüglich Vermittlungstätigkeiten erkannt und entwickelt werden.

„Der Klärungsbedarf bei der Gestaltung von Kommunikationsprozessen ist groß. Zu ambivalent ist das Instrumentarium, zu widersprüchlich sind die Anforderungen, zu zahlreich die alten und immer wieder neu entstehenden Vorurteile, als dass nicht immer wieder neu gefragt werden müsste: Was kann, was soll Beteiligung bewirken? Dabei ist die Auseinandersetzung mit negativen Alltagserfahrungen, mit Vorurteilen und Ansprüchen hilfreich, um die eigene Position zu überprüfen und weiterzuentwickeln.“³⁵⁸

³⁵⁷ Vgl. Selle 2000, 205-217; Selle 2005, 479-484

³⁵⁸ Selle 2000, 184

7 Schlussbemerkung

An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen noch einige Worte über die Rolle der Landschaftsarchitekten in den beiden Fallbeispielen zu verlieren. Es wäre allerdings nicht angemessen, von diesen beiden Fallbeispielen auf das allgemeine Rollenverständnis von Landschaftsarchitekten zu schließen. Das würde dem allgemeinen Rollenverständnis sicherlich nicht gerecht werden. Daher soll dies nur als ein Hinweis und Anstoß gesehen werden, vor allem als Landschaftsarchitekt, über sein Rolle in Kommunikationsprozessen kritisch nachzudenken.

In den beiden Fallbeispielen fiel auf, dass die Landschaftsarchitekten keine oder nur eine sehr kleine Rolle im Kommunikationsprozess gespielt haben. Entweder waren sie bei den Kommunikations- und Beteiligungsveranstaltungen nicht anwesend, oder sie fühlten sich in starker Verpflichtung zu ihrem Auftraggeber, so dass sie nicht frei und offen mit den anderen Interessensgruppen kommunizieren konnten. Zum einen lag dies sicherlich an den eigenen Entscheidungen der Landschaftsarchitekten, andererseits wollte jedoch der Auftraggeber, aufgrund des Konfliktes zwischen den Interessensebenen, die Vermittlungstätigkeiten überwiegend selber übernehmen und steuern, was die Handlungsweisen der Landschaftsarchitekten in Bezug auf ihre Kommunikation stark beeinflusst hat. Aus externer Sicht reduzierten sich dementsprechend die Aufgabenbereiche der Landschaftsarchitekten auf die klassischen Tätigkeiten des Entwerfers und des technischer Fachmanns.³⁵⁹ Andere Aufgaben, die heutzutage durchaus zum Planungsalltag gehören wie z.B. aktive Vermittlungstätigkeiten in Planungsprozessen oder die Gestaltung von Kommunikationsprozessen³⁶⁰ wollten bzw. konnten die Landschaftsarchitekten in den beiden Fallbeispielen nicht übernehmen.

³⁵⁹ vgl. Albers 1997, 333

³⁶⁰ vgl. Selle 2000, 15, 134; Dietiker 1996 in Selle 1996, 193

In Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung (vgl. Kapitel 2.4) werden in Zukunft sicherlich ähnliche Konflikte zwischen Politikern, Planern und Bürgern bei Planungsprozessen stattfinden. Bei diesen Planungsprozessen wird neben der Entwicklung der Inhalte die „Verständigungsarbeit“, die Kommunikation und Kooperation zwischen den einzelnen Interessensebenen als das zentrale Element gesehen.³⁶¹ Kann da der Landschaftsarchitekt einfach außen vor bleiben? Wie weit kann und darf der Auftraggeber die kommunikativen Handlungsweisen der Landschaftsarchitekten bestimmen? Machen nicht gerade die Vermittlungsaufgaben ein Großteil der Planertätigkeiten aus?³⁶²

Damit soll nicht gefordert werden, dass alle Landschaftsarchitekten Moderatoren werden sollen,³⁶³ dennoch scheint es wichtig und sinnvoll, dass die Landschaftsarchitekten den Kommunikationsprozess, auch bei konfliktreichen Projekten bzw. vor allem bei konfliktreichen Projekten, aktiv mitgestalten und sich einbringen können.³⁶⁴ Erst wenn sie ebenfalls aktiv am Diskurs mit den Interessengruppen beteiligt sind, können sie ihre Arbeit angemessen vermitteln, vertreten und diskutieren, ihre Wahrnehmung und Ansichten überprüfen³⁶⁵ und diese konstruktiv weiterentwickeln. Diesbezüglich scheint es mir wichtig, die Rolle der Landschaftsarchitekten in Hinblick auf die kommunikativen Aufgaben und Verpflichtungen, die dem Selbstverständnis zugrunde liegen zu reflektieren. Ein Anstoß könnte dabei die Auffassung von Keller³⁶⁶ sein, der die Aufgaben der Planer und Planerinnen wie folgt formuliert:

„Es ist nicht unsere Arbeit als Planerinnen und Planer, die sachlich oder politisch „richtige“ Lösung zu erfinden, sondern wir müssen uns für eine politische Kultur der argumentativen Verständigung über echte Alternativen einsetzen. Planerinnen und Planer müssen [...] statt auf den Monolog der Experten vermehrt auf den Dialog mit den Bürgern bauen, und das heißt, Planung nicht nur als Verstandesarbeit, sondern mehr noch als Verständigungsarbeit praktizieren.“³⁶⁷

³⁶¹ vgl. Selle 2000, 13

³⁶² vgl. Bischoff et al. 1996, 4

³⁶³ vgl. Dietiker 1996 in Selle 1996, 193

³⁶⁴ vgl. Selle 1994, 279, Selle 2000, 15

³⁶⁵ vgl. Selle 2005, 482

³⁶⁶ vgl. Keller 1992 in Selle 1996, 141

³⁶⁷ ebd., 141

8 Glossar

Baureferat München

Das Baureferat München, das zur Stadtverwaltung München gehört, teilt sich in fünf Hauptabteilungen auf:



Abbildung 17 - Hauptabteilungen des Baureferates

(Quelle: Schneider, U.; Hutter v. Knorring, S. (2005): Kommunale Grünplanung in München. In: Stadt+Grün, Ausgabe 5/2005, URL: <http://www.stadtundgruen.de> (Abgerufen: 12.10.2007))

Das Baureferat fungiert einerseits als Projektmanager und fachlicher Vertreter des Bauherrn bzw. der Landeshauptstadt München. Andererseits kümmert es sich um den Unterhalt und den Betrieb z.B. der öffentlichen Grünflächen, der Verkehrsbauwerke und Wasserflächen, der stadteigenen Gebäude, ihrer technischen Anlagen und ihres Energiemanagements. Insgesamt sind im Baureferat München fast 4000 Mitarbeiter aus unterschiedlichen Professionen beschäftigt. Darunter befinden sich unter anderem Landschaftsarchitekten, Architekten, Ingenieure, Verwaltungs- und Rechtsexperten und Handwerksmeister.

Baureferat München (2007): Wir über uns.

URL: <http://www.muenchen.de/Rathaus/bau/wir/37848/index.html> (Abgerufen: 22.09.2007)

Bezirksausschuss

Die Münchner Bezirksausschüsse (BA) sind nach der Bayerischen Gemeindeordnung Gremien, die eine Mittlerfunktion zwischen den Bürgern des Stadtbezirks, der Verwaltung und dem Stadtrat haben. Seit 1996 werden die ehrenamtlich arbeitenden Bezirksausschüsse direkt von den Bürgern für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt. Die Zahl der Bezirksausschuss-Mitglieder ist abhängig von der Einwohnerzahl des Stadtbezirkes. Im Laufe der Jahre haben die Bezirksausschüsse eine kommunalpolitische Kompetenz erworben, so dass sie seit 1996 bei Angelegenheiten des Stadtbezirkes eigene Entscheidungsrechte und seit 2001 ein Budget erhalten haben.

Landeshauptstadt München (2007): Die Münchner Bezirksausschüsse. URL: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/12_politik_ba/babro_gesamt_8.pdf (Abgerufen: 04.08.2007)

Bürgerversammlung

Der Münchner Oberbürgermeister veranstaltet in jedem Stadtbezirk mindestens einmal im Jahr eine Bürgerversammlung. Dort sollen die Bürgerschaft und die Verwaltung in Kommunikation miteinander treten. Die Bürger haben dort unter anderem die Möglichkeit sich zu beteiligen, Anträge zu stellen, Informationen zu erhalten oder Anliegen vorzubringen.

Landeshauptstadt München (2007): Die Münchner Bezirksausschüsse.

URL: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/12_politik_ba/babro_gesamt_8.pdf (Abgerufen: 04.08.2007)

Einwohnerversammlung

Einwohnerversammlungen werden von den Bezirksausschüssen in ihrem Stadtbezirk einberufen. Die Einwohnerversammlungen können zu einem speziellen Thema oder für eine bestimmte Personengruppe abgehalten werden und sollen den Dialog mit den Bürgern fördern. Ein Abstimmungs- und Ausspracherecht haben ausschließlich die eingeladenen Bürger.

Landeshauptstadt München (2007): Die Münchner Bezirksausschüsse.

URL: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/12_politik_ba/babro_gesamt_8.pdf
(Abgerufen: 04.08.2007)

Referat für Stadtplanung und Bauordnung München

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung München gliedert sich in vier Hauptabteilungen auf:



Abbildung 18 - Hauptabteilungen im Referat für Stadtplanung und Bauordnung

(Quelle: Schneider, U.; Hutter v. Knorring, S. (2005): Kommunale Grünplanung in München. In: Stadt+Grün, Ausgabe 5/2005, URL: <http://www.stadtundgruen.de> (Abgerufen: 12.10.2007))

Die Aufgaben des Referates für Stadtplanung und Bauordnung umfassen die Entwicklung von München und der Region. Darunter fällt ebenso die Sicherung der Qualität Münchens als lebenswerter Wohn-, Arbeits- und Freizeitort, als Wirtschaftszentrum, als Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsstandort, sowie als Kulturzentrum.

Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2007): Wir über uns.

URL: <http://www.muenchen.de/Rathaus/plan/wir/37857/index.html#Stadtentwicklungsplanung>
(Abgerufen: 22.09.2007)

Runder Tisch

Ein Runder Tisch ist ein informelles Beteiligungsinstrument, um einen frühzeitigen Interessensausgleich und einen allseitig anerkannten Kompromiss zu finden. Neben den jeweiligen Vertretern der Interessensgruppen, können fallweise auch Fachleute anwesend sein. Die Vertreter der Interessensgruppen nehmen auf freiwilliger Basis teil und sind in dem Verfahren gleichberechtigt.

Dangschat J. (2004): Skriptum Beteiligungsverfahren in Raumplanung und Architektur – TU Wien, Wien

Stadtverwaltung München

Die Stadtverwaltung München unterteilt sich in elf Fachreferate und ein Direktorium. Ihre Hauptaufgabe ist die zeitnahe und aufgabenbezogene Betreuung, Steuerung und Administration von öffentlichen Angelegenheiten der Stadt.

Direktorium München (2007): Stadtverwaltung.

URL: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/30_referate/Geschaeftsverteilungsplan_0803.pdf (Abgerufen: 23.09.2007)

9 Literaturverzeichnis

Albers, G. (1997): Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa - Begegnungen, Einflüsse und Verflechtungen. Bauwelt Fundamente 117; Vieweg Verlag. Braunschweig/Wiesbaden

BauGB (2004): Baugesetzbuch. 37. Auflage; Deutscher Taschenbuch Verlag; München

Baureferat München (2002): Beschluss des Bauausschusses des Stadtrates vom 16.07.2002 (VB) – öffentliche Sitzung. URL: <http://www.ris-muenchen.de> - Vorlagen Nr. 02-08 V 00375 (Abgerufen: 29.08.2007)

Baureferat München (2003): Beschluss des Bauausschusses des Stadtrates vom 14.10.2003 (SB) - öffentliche Sitzung. URL: <http://www.ris-muenchen.de> – Vorlagen Nr. 02-08 V 03135 (Abgerufen: 29.08.2007)

Baureferat München (2003a): Anlage 8 zum Beschluss Isar-Plan des Bauausschusses vom 08.03.2005 und 16.03.2005: Protokoll der Sitzung des Preisgerichtes am 03.04.2003. URL: <http://www.ris-muenchen.de> - Vorlagen Nr. 02-08 V 05664 (Abgerufen: 29.08.2007)

Baureferat München (2004): Anlage 9 zum Beschluss Isar-Plan des Bauausschusses vom 08.03.2005 und 16.03.2005: Dokumentation zum Beteiligungsverfahren am 02./03. Juli 2004. URL: <http://www.ris-muenchen.de> - Vorlagen Nr. 02-08 V 05664 (Abgerufen: 29.08.2007)

Baureferat München (2005): Vorblatt zum Beschluss des Bauausschusses vom 15.02.2005 (VB) – öffentliche Sitzung. URL: http://www.gruene-muenchen-auhaidhausen.de/userspace/BY/ov_au-haidhausen/Isarplan_Beschl__15-02-2005.pdf (Abgerufen: 24.06.2007)

Baureferat München (2005a): Beschluss des Bauausschusses vom 27.09.2005 (SB) – öffentliche Sitzung. URL: <http://www.ris-muenchen.de> - Vorlagen Nr. 02-08 V 06604 (Abgerufen: 29.08.2007)

Baureferat München (2006): Neugestaltung des Gärtnerplatzes. URL: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/35_bau/30_projekte/25_gaertnerplatz/gaertnerplatz_doku.pdf (Abgerufen: 04.09.2007)

Baureferat München (2006a): Beschluss des Bauausschusses vom 17.01.2006 (SB) - öffentliche Sitzung. URL: <http://www.ris-muenchen.de> - Vorlagen Nr. 02-08 V 07500 (Abgerufen: 29.08.2007)

Baureferat München (2006b): Beschluss des Bauausschusses vom 18.07.2006 (SB) öffentliche Sitzung. URL: <http://www.ris-muenchen.de> - Vorlagen Nr. 02-08 V 08489 (Abgerufen: 29.08.2007)

Baureferat München (2007): Wir über uns. URL: <http://www.muenchen.de/Rathaus/bau/wir/37848/index.html> (Abgerufen: 22.09.2007)

Baureferat München (2007a): Historische Entwicklung des Gärtnerplatzes. URL: <http://www.muenchen.de/Rathaus/bau/projekte/gaertnerplatz/historie/173690/index.html> (Abgerufen: 04.09.2007)

Baureferat München (2007b): Neugestaltung des Gärtnerplatzes. URL: <http://www.muenchen.de/Rathaus/bau/projekte/gaertnerplatz/146658/index.html> (Abgerufen: 05.09.2007)

Baureferat München (2007c): Bürgerbeteiligung bei der Hauptabteilung Gartenbau. URL: <http://www.muenchen.de/Rathaus/bau/wir/garten/buerger/39638/index.html> (Abgerufen: 12.10.2007)

Baureferat München Gartenbau Medien- und Bürgerservice (2007): Persönliche Mitteilung – Bürgerbeteiligung zu Projekten des Baureferates Gartenbaus im Zeitraum von 2002-2007. München

Bayerische Architektenkammer (2005): Pressemitteilung vom 24.11.2005 für die Veranstaltung im Architekturclub. URL: http://www.byak.de/aktuelles/aktuelles_PM2005/aktuelles_pm_20051205_aclub.html (Abgerufen: 02.06.2007)

BDLA (2007): Landschaftsarchitekten – Planen für Mensch und Natur. URL: http://www.bdla.de/pdf/bdla_berufsbild_12_01_06.pdf (Abgerufen: 02.06.2007)

Beck, S. (2003): Vom Wildfluss zum Öko-Projekt – Ein Blick auf die Geschichte der Isar. In: Die Grüne Mamba – Zeitung der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Grünen – rosa liste. Ausgabe Nr. 88; November 2003; URL: http://www.gruene-muenchen-stadtrat.de/seiten/pdfs/mambas/mamba_88.pdf (Abgerufen: 23.09.2007)

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main

Beck, U. (1993): Die Erfindung des Politischen. Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main

Beck, U. (1994): Die offene Stadt. In: Süddeutsche Zeitung, Artikel vom 02.07.1994

Bezirksausschuss 2 (2003): Protokoll „Runder Tisch Gärtnerplatz“ am 8.10.2003

Bezirksausschuss 2 (2004): Protokoll „Runder Tisch Gärtnerplatz“ am 30.03.2004

Bezirksausschuss 2 (2004a): Protokoll „Runder Tisch Gärtnerplatz“ am 20.01.2004

Bischoff, A.; Selle, K.; Sinning, H. (1996): Informieren, Beteiligen, Kooperieren; Kommunikation in Planungsprozessen – eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur; Dortmund

Bromme, R. & Rambow, R. (1998). Die Verständigung zwischen Experten und Laien: Das Beispiel Architektur. In: Schulz; W. K. (Hrsg.): Expertenwissen: Soziologische, psychologische und pädagogische Perspektiven. Leske & Budrich; Opladen

Brubacher, B. (2006): Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt: Bürgerversammlung in aufgeheizter Atmosphäre. Der Gärtnerplatz entzweit die Generationen. In: Süddeutsche Zeitung; Artikel vom 15.5.2006

Brunotte, E.; Gebhardt, H.; Meurer, M.; Meusbürger, P. u. Nipper, J. (2002) (hrsg.): Lexikon der Geographie. Spektrum Akademischer Verlag; Heidelberg-Berlin

Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ (2007): Chronik. URL: <http://www.gaertnerplatz-so-lassen.de/index.php?navi=chronik> (Abgerufen: 05.09.2007)

Bürgerinitiative „Gärtnerplatz so lassen“ (2007a): Unsere Ziele. URL: <http://www.gaertnerplatz-so-lassen.de/index.php?navi=worumesgeht> (Abgerufen: 05.09.2007)

- Dietiker, J. (1996):** Auf dem Weg ins dritte Jahrtausend – gewandelte Rollen für Planerinnen und Planer. In: Selle, K. (1996): Planung und Kommunikation – Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft, Grundlagen, Methoden und Praxiserfahrungen. Bauverlag; Wiesbaden und Berlin
- Direktorium München (2007):** Die Münchner Bezirksausschüsse. URL: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/12_politik_ba/babro_gesamt_8.pdf (Abgerufen: 04.08.2007)
- Direktorium München (2007a):** Leitbild der Stadtverwaltung. URL: http://www.muenchen.de/Rathaus/politik/37569/leitbild_staedt.html
- Direktorium München (2007b):** Stadtverwaltung.
URL: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/30_referate/Geschaeftsverteilungsplan_0803.pdf (Abgerufen: 23.09.2007)
- Flick, U. (2005):** Qualitative Sozialforschung - Eine Einführung. Rowohlt Taschenbuch Verlag; 3. Auflage; Hamburg
- Fuchs-Heinritz, W.; Lautmann, R.; Rammstedt, O.; Wienold, H. (1995) (Hrsg.):** Lexikon zur Soziologie. Westdeutscher Verlag; Opladen
- Garz, D.; Kraimer, K. (1991) (Hrsg.):** Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Westdeutscher Verlag GmbH; Opladen
- Gebhardt, H.; Reuber, P.; Wolkersdorfer, G. (2003):** Kulturgeographie - Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Spektrum Akademischer Verlag GmbH; Heidelberg Neckar
- Geißler, R. (2006):** Die Sozialstruktur Deutschlands - Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. VS Verl. für Sozialwiss.; Wiesbaden
- Giddens, A (1996):** Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. In: Beck, U.; Giddens, A.; Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse. Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main
- Hauptabteilung II BA-Geschäftsstelle Mitte (2004):** Protokoll der Einwohnerversammlung des 2. Stadtbezirkes am 25.11.2004
- Hradil, S. (2004):** Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. VS Verl. für Sozialwiss. (Lehrbuch); Wiesbaden
- Jirku, A. (2005):** gemeint – Renaissance der Bürgerbeteiligung. In: Landschaftsarchitekten. Ausgabe 4/2005; URL:http://www.bdla.de/pdf/bdla_buergerbeteiligung_200504.pdf (Abgerufen: 02.06.2007)
- Keller; D. A. (1992):** Planung als Verstandes- und Verständigungsarbeit. In: Selle, K. (1996): Planung und Kommunikation – Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft, Grundlagen, Methoden und Praxiserfahrungen. Bauverlag; Wiesbaden und Berlin
- Lash, S. (1996):** Reflexivität und ihre Doppelungen: Struktur, Ästhetik und Gemeinschaft. In: Beck, U.; Giddens, A.; Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse. Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main
- Ley, A.; Weitz, L. (2003):** Praxis Bürgerbeteiligung – Ein Methodenhandbuch. (Hrsg.) Agenda-Transfer und Stiftung Mitarbeit; Bonn
- Mayer, M. (1991):** ‚Postfordismus‘ und ‚lokaler Staat‘. In: Heinelt, H., Wollmann, H.: Brennpunkt Stadt – Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Stadtforschung aktuell. Band 31, Birkhäuser Verlag; Basel

- Münchner Kammerspiele (2006):** Der Staat BUNNYHILL - Idee. URL: http://www.muenchner-ammerspiele.de/index2.php?&URL=ex_projekte.php?ProjID=1§ (Abgerufen: 05.09.2007)
- Nohl, W. (1990):** Gedankenskizze einer Naturästhetik der Stadt, S. 57-67. In: Landschaft und Stadt. Ausgabe 22/1990; Eugen Ulmer Verlag; Stuttgart; URL: <http://www.landschaftswerkstatt.de/docs/nat-aesth-stadt90.pdf> (Abgerufen: 03.09.2007)
- Nohlen, D. (1998) (hrsg.):** Lexikon der Politik – Politische Begriffe. Band 7; Verlag C. H. Beck; München
- Nohlen, D., Schultze; R. (1985):** Pipers Wörterbuch zur Politik – Politikwissenschaft, Theorien – Methoden – Begriffe. Piper Verlag GmbH; München
- Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2005):** Isar-Plan. In: Grünplanung in München. URL: http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/75_plan/05_bebplanung/04_gruenplanung/pdf/gruenplanung_muenchen.pdf (Abgerufen: 23.09.2007)
- Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2005a):** Münchens Zukunft gestalten. PERSPEKTIVE MÜNCHEN – Strategien, Leitlinien, Projekte. München
- Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2007):** Wir über uns. URL: <http://www.muenchen.de/Rathaus/plan/wir/37857/index.html#Stadtentwicklungsplanung> (Abgerufen: 22.09.2007)
- Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2007a):** München wie geplant – 1158 bis 2008. URL: http://www.muenchen.de/Rathaus/aktuelles/muenchen_wie_geplant/91930/abteilung6.html#Szene_1 (Abgerufen: 17.06.2007)
- Renn, O. (1996):** Kooperativer Diskurs. In: Selle, K. (1996): Planung und Kommunikation – Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft, Grundlagen, Methoden und Praxiserfahrungen. Bauverlag; Wiesbaden und Berlin
- Reuber, P.; Pfaffenbach, C. (2005):** Methoden der empirischen Humangeographie – Beobachtung und Befragung. Westermann Verlag; Braunschweig
- Sachs-Pfeiffer, T. (1988):** Lebensstil, Mobilität und die Gestaltung von Stadträumen. In: Stadt und Lebensstil. Hauff, V. (Hrsg.); Weinheim, Basel
- Schneider, U.; Hutter v. Knorring, S. (2005):** Kommunale Grünplanung in München. In: Stadt+Grün, Ausgabe 5/2005, URL: <http://www.stadtundgruen.de> (Abgerufen: 12.10.2007)
- Schrenk, J. (2007):** Und jetzt, Herr Beck? In: Geiselberger, H.: Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main und Jakob Schrenk (2007): Die Riesen zittern. In: Die Süddeutsche Zeitung. URL: <http://www.jetzt.de> (Abgerufen: 04.06.2007)
- Schulze, G. (1995):** Die Erlebnisgesellschaft – Kultursoziologie der Gegenwart. 5. Auflage; Campus Verlag; Frankfurt am Main
- Schäfers, B. (1995):** Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland - Ein Studienbuch zur Sozialstruktur und Sozialgeschichte. 6. Auflage; Enke Verlag; Stuttgart
- Selle, K. (1994):** Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln – Ein Werkbuch. Institut für Raumplanung (IRPUD) Universität Dortmund (Hrsg.); Blaue Reihe 69; Dortmund

Selle, K. (1996): Planung und Kommunikation – Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft, Grundlagen, Methoden und Praxiserfahrungen. Bauverlag; Wiesbaden und Berlin

Selle, K. (1999): Acht Thesen für die Freiraumplanung – Freiräume für die Stadt. In: Garten + Landschaft. Ausgabe 1/1994; Callwey Verlag; München

Selle, K. (2000): Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur; Dortmund

Selle, K. (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur; Dortmund

Selle, K.; Sutter-Schurr, H. (2003): Mehr Demokratie wagen, S.17-20. In: Garten + Landschaft. Ausgabe 8/2003; Callwey Verlag; München

Soziale Stadt (2007): Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“; URL:<http://www.sozialestadt.de/programm> (Abgerufen: 29.08.2007)

Stock, M. (2006): Kooperation als Instrument in der Stadtentwicklung. In: Garten + Landschaft. Ausgabe 5/2006; Callwey Verlag; München

Umbach, D. C.; Zeidler, W.; Hirschelmann, F. (1986): Meyers kleines Lexikon – Politik. Meyers Lexikonverlag; Mannheim

Wasserwirtschaftsamt München (1999): Der Isar-Plan - „Neues Leben für die Isar“, Infoblatt Nr.3/99. URL: http://www.wasserwirtschaftsamt-muenchen.de/downloads/info_3_isarplan.pdf (Abgerufen: 24.06.2007)

Wasserwirtschaftsamt München (2002): Bekanntmachung eines Wettbewerbs nach GRW 1995 „Isar-Plan“ – Planungsabschnitt III. URL: http://www.wasserwirtschaftsamt-muenchen.de/downloads/bewerbung_bekanntmachung.pdf (Abgerufen: 21.04.2007)

Wasserwirtschaftsamt München und Landeshauptstadt München (2003) (Hrsg.): Neues Leben für die Isar - Ergebnisse des internationalen Wettbewerbs zwischen Braunauer Eisenbahnbrücke und Deutschem Museum in München.

10 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1 – Formal definierte und informelle Beteiligungsinstrumente	12
Abbildung 2 – Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Deutschland.....	20
Abbildung 3 – Lageplan Gärtnerplatz	43
Abbildung 4 – Gärtnerplatz ursprüngliche	45
Abbildung 5 – Gärtnerplatz 2004	45
Abbildung 6 – Neugestaltung Gärtnerplatz	52
Abbildung 7 – Gärtnerplatz bei Nacht.....	52
Abbildung 8 – Übersichtsplan Fallbeispiel Isar-Plan	54
Abbildung 9 – Übersicht Projektverlauf – Fallbeispiel Gärtnerplatz	64
Abbildung 10 – Übersicht Projektverlauf – Fallbeispiel Isar-Plan.....	64
Abbildung 11 – Mitwirkung der Interessensgruppen in den Planungsphasen – Fallbeispiel Gärtnerplatz.....	66
Abbildung 12 – Kommunikationsbeziehungen – Fallbeispiel Gärtnerplatz.....	73
Abbildung 13 – Qualität der Kommunikation – Fallbeispiel Gärtnerplatz.....	79
Abbildung 14 – Mitwirkung der Interessensgruppen in den Planungsphasen – Fallbeispiel Isar- Plan.....	80
Abbildung 15 – Kommunikationsbeziehungen – Fallbeispiel Isar-Plan	88
Abbildung 16 – Qualität der Kommunikation – Fallbeispiel Isar-Plan	93
Abbildung 17 – Hauptabteilungen des Baureferates	107
Abbildung 18 – Hauptabteilungen im Referat für Stadtplanung und Bauordnung.....	108
Abbildung 19 – Fallbeispiel Gärtnerplatz – Gestaltungsvorschlag Variante E	125
Abbildung 20 - Fallbeispiel Isar-Plan – Entwurf des 1. Preisträgers.....	126
Abbildung 21 - Fallbeispiel Isar-Plan – Entwurf des 2. Preisträgers.....	127
Abbildung 22 - Fallbeispiel Isar-Plan – Entwurf Realisierungsvorschlag.....	128
Tabelle 1 – Auflistung der Interviewpartner	39
Tabelle 2 – Fallbeispiel Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells.....	41
Tabelle 3 – Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt.....	41
Tabelle 4 – Zusammenstellung der Kommunikationsbeziehungen und Kommunikationsmedien - Fallbeispiel Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells	74
Tabelle 5 – Zusammenstellung der Kommunikationsbeziehungen und Kommunikationsmedien - Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt	89

11 Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form weder einer anderen Prüfungskommission vorgelegt noch veröffentlicht.

Ort, Datum

Susann Valerie Ahn

12 Anhang

Anhang A) Gesprächsleitfaden (Exemplar Stadt/Planer)

I) Einleitungsphase

Untersuchungsziel: Untersuchung des Beteiligungsverständnisses
Untersuchung der Wahrnehmungs- und Handlungsweisen
Erklärungsphase: Dauer des Gesprächs: 1-1,5 h

II) Interviewphase

1. Teil: Fallbeispiel

Die Stadt München befürwortet und unterstützt die Bürgerbeteiligung auf unterschiedlichen Planungsebenen.

- Warum befürwortet und unterstützt die Stadt München die Strategie Bürger aktiv am Planungsprozess zu beteiligen?
- Welche Chancen und Risiken ergeben sich aus der aktiven Beteiligung der Bürger?

Fallbeispiele aus der kommunalen Freiraumplanung:

Die nächsten Fragen beziehen sich auf das *Fallbeispiel XX*, bei dem eine aktive Bürgerbeteiligung stattgefunden hat.

- Projekt Isar-Plan – III. Planungsabschnitt
- Projekt Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells

- Bitte erklären Sie anhand des *Fallbeispiels XX*, wie sie die Beteiligung geplant haben.
- Evtl. nachfragen: Wie haben Sie in dem *Fallbeispiel XX* das Engagement und Interesse der Bürger aktiviert?
- Evtl. nachfragen: Warum haben Sie an dem *Zeitpunkt XY* die Bürger diese Beteiligungsinstrumente eingesetzt?
- In wieweit hat die *Gegenöffentlichkeit XYZ* den Planungsprozess beeinflusst?

- Evtl. nachfragen: Wie haben Sie in der Situation reagiert?
- Aus welchem Grund ist der Widerstand Ihrer Meinung nach entstanden?
- Wie stellt die Stadt die Information der nicht in dem Verfahren Beteiligten sicher? Wird aktiv mit Hilfe der Massenmedien gearbeitet?
- Nur Gärtnerplatz: Wie hat die Stadt München auf den Konflikt der unterschiedlichen Interessensgruppen reagiert?
- Welche Rolle hat die Moderation in dem Planungsprozess eingenommen?
- Würden Sie, wenn Sie rückblickend das Ergebnis, den Zeitpunkt und die unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligungen betrachten, die Bürgerbeteiligung jetzt anders planen?

2. Teil: Veränderung des Beteiligungs- und Planungsverständnisses

- Haben Sie in Ihrem Berufsleben eine Veränderung im Beteiligungsverständnis der Bürger und der Planer gemerkt?
- Evtl. nachfragen: Zeitpunkt und Grund der Veränderung?
- Wie beurteilen Sie die Rolle der Bürgerinitiativen in klassischen formellen Beteiligungsverfahren und in offenen und informellen Beteiligungsverfahren?
- Wägen Sie eine Prognose, welche Rolle ein Planer in Hinblick auf die zukünftige Planung mit Bürgern einnehmen muss und kann?

3. Teil: Rückblick

Ende der 60er Jahre gab es schon einmal eine Bewegung in der Münchener Stadtplanung, die auf „die Demokratisierung der Planung und die stärkere Beteiligung der Bürger am Planungsprozess“ gesetzt hat

- Was ist Ihrer Meinung bei den heutigen Beteiligungsansätzen, teilweise wird von Beteiligungseuphorie gesprochen, anders als früher?

III) Hintergrund und Abschluss

Daten zum Interviewpartner: Berufliche Stellung/Werdegang

Anhang B) Fallbeispiel Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells Variante A, B und C

„Variante A sieht eine weitgehend dem historischen Ausgangszustand folgende Gestaltung vor. Der Platz repräsentiert sich als reine Schmuckanlage mit Teppichbeeten und einem Kranz aus zwölf kleinkronigen Bäumen. Ein 70 cm hohes Schmuckgitter rahmt das Rondell zur Straße hin und verhindert das Betreten der Fläche. Die beiden Denkmäler – es handelt sich nur um Reste der ursprünglichen, im Krieg weitgehend zerstörten Statuen – werden in die Achse der Klenzestraße versetzt. Zwischen Schmuckplatz und Straße verläuft wie bisher eine zwei Meter breite Gehbahn.“³⁶⁸

„Variante B ist ebenfalls an die historische Form angelehnt. Ein Pflasterbelag und Bänke ermöglichen aber den Aufenthalt, die Betrachtung des Brunnens und der zentralen Teppichbeete. Das Schmuckgitter dient als gestalterisches Element und verhindert das Betreten der Anlage abseits der gepflasterten Wege. Die umlaufende Gehbahn entfällt, dadurch vergrößert sich die Grünfläche, ein breiter grüner Rahmen zwischen Bänken und Fahrbahn wird möglich.“³⁶⁹

„Variante C ähnelt Variante B, jedoch bleibt die Gehbahn am äußeren Rand der Grünfläche erhalten. An Stelle des Ziergitters soll hier eine niedrige Hecke die Abgrenzung des Grüns zur Gehbahn gewährleisten.“³⁷⁰

Anhang C) Fallbeispiel Gärtnerplatz – Neugestaltung des inneren Rondells Variante D und E

„Bei Variante D wurde die Breite des befestigten Weges innerhalb des Rondells gegenüber Variante C reduziert. Sie kombiniert einen zugänglichen äußeren Bereich mit Hecke, Bäumen und Bänken und einen durch ein Ziergitter umschlossenen, unzugänglichen inneren Teil mit Blumenbeeten und Brunnen.“³⁷¹

„Variante E weist ebenfalls die reduzierte Wegebreite der Variante D auf. Durch ca. 1,40 m breite Wege zwischen den Teppichbeeten bleibt die Zugänglichkeit des Brunnens gewährleistet. Die Schmuckbeete werden zum Weg hin durch eine niedrige, ca. 30 cm hohe Beetabgrenzung aus Metall, wie sie auch in anderen Münchner Schmuckanlagen (z.B. Weißenburger Platz) üblich ist, eingefasst. Zwölf kleinkronige Bäume und eine niedrige Schnitthecke rahmen das Rondell zur Straße hin und verhindern die Bildung von Trampelpfaden. Die zwei Meter breite Gehbahn zwischen Schmuckplatz und Fahrbahn bleibt aus Verkehrssicherheits- und Einsparungsgründen erhalten. Die beiden Denkmäler werden in die Achse der Klenzestraße versetzt, störende Einbauten wie Lichtmasten und Elektrokästen soweit möglich verlegt bzw. entfernt.“³⁷²

³⁶⁸ Baureferat 2005a

³⁶⁹ ebd.

³⁷⁰ ebd.

³⁷¹ ebd.

³⁷² ebd.

Anhang D) Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt: Besetzung des Preisgerichts

„Fachpreisrichter

Horst Haffner, Architekt, LHM, Baureferent
Ltd. BD Karl Hafner, Wasserwirtschaftsamt München
Prof. Dr.-Ing. Antero Markelin, Architekt, TU Stuttgart
Prof. Dr.-Ing. Theodor Strobl, TU München
Prof. Christoph Valentien, Landschaftsarchitekt, München
Prof. Hinnerk Wehberg, Landschaftsarchitekt, Hamburg

Sachpreisrichter

Dr. Reinhold Babor, Stadtrat CSU-Fraktion, München
MR Berthold Greim, StLMU, München
AD Dr. Peter Hütten, Regierung von Oberbayern, München
Sabine Krieger, Stadträtin Bündnis 90/ Die Grünen, München
Sven Thanheiser, Stadtrat SPD-Fraktion, München

Ständig anwesende stellv. Fachpreisrichter

RD Walter Binder, Bayer. Landesamt f. Wasserwirtschaft, München
Joachim Lorenz, LHM, Referent für Gesundheit und Umwelt, München
BOR Tilmann Zinsser, Wasserwirtschaftsamt München

Ständig anwesende stellvertretende Sachpreisrichter

Ltd. BD Jürgen Bauer, Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft, München
Ursula Sabathil, Stadträtin CSU-Fraktion, München
Beatrix Zurek, Stadträtin SPD-Fraktion, München

Sachverständige Berater

Dr. Oliver Born, Landesfischereiverband Bayern, München
Gart.Dir. Michael Brunner, LHM Baureferat Gartenbau
Adelheid Dietz-Will, Bezirksausschuss 5, München
Rüdiger Haase, Landespflege, Freising
Ulrich Illing, LHM Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Franz Mayer, Isar-Allianz, München
Alexander Miklosy, Bezirksausschuss 2, München
Johann Patsch, LHM Referat für Gesundheit und Umwelt
Prof. Dr.-Ing. Klaus Preuss, FH München
Andreas Schulz, Bezirksausschuss 6, München
Thomas Schwindel, Bezirksausschuss 18, München
Dr. Heinz Selig, LHM Untere Denkmalschutzbehörde
Ralf Wulf, LHM Baureferat Tiefbau

Wettbewerbsbetreuung / Vorprüfung

Gerd-Michael Krüger, Büro Dr. Blasy + Dr. Overland, Eching am Ammersee
Walter Landherr, Architekt, München
Tina Puffert, Büro Landherr, München
Bernhard Vogt, Büro Dr. Blasy + Dr. Overland, Eching am Ammersee
Barbara Weihs, Landschaftsarchitektin, München³⁷³

³⁷³ Baureferat München 2003a

Anhang E) Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt: Beschreibung der Wettbewerbsarbeiten

Erster Preis:

„Der erste Preisträger sieht im Abschnitt zwischen der Braunauer Eisenbahnbrücke und der Wittelsbacher Brücke eine großzügige Aufweitung des Flussbettes vor. Durch das Entwicklungsufer entlang der Isarostseite gibt er der Isar auf Höhe der Wiedereinleitung des Werkkanals einen Teil ihrer Flussschwindigkeit zurück. Zwischen der Wittelsbacher Brücke und der Reichenbachbrücke teilt der erste Preisträger den Flusslauf in Haupt-Isar und einen Nebenarm auf. Der neue flach angelegte Nebenarm führt parallel zur Haupt-Isar unter der Reichenbachbrücke in die Kleine Isar. Der Nebenarm ist mit schrägliegenden und teilweise umspülten Platten vom Hauptarm getrennt. Über diesen Nebenarm stellt der erste Preisträger die biologische Durchgängigkeit von der Kleinen Isar zur Großen Isar her. An der Wittelsbacher Schwelle besteht die optionale Möglichkeit eine Tube6 (verstellbares Schlauchwehr) zu errichten. Zwischen der Reichenbachbrücke und der Corneliusbrücke sieht der erste Preisträger den Erhalt des Corneliusstreichwehres sowie eine Verlängerung durch einen Wasserfall vor.“³⁷⁴

Zweiter Preis:

„Zwischen der Braunauer Eisenbahnbrücke und der Wittelsbacher Brücke sieht der zweite Preisträger eine Aufweitung des Mittelwasserbettes vor und schafft so den Übergang zu den bisher umgestalteten Isarabschnitten. Zwischen der Wittelsbacher Brücke und der Reichenbachbrücke wird das Flussbett großzügig aufgeweitet. Für die am heutigen Isarufer stehende Weidengruppe wird eine befestigte Insel geschaffen, die durch einen neuen Nebenarm umspült wird. Zwischen der Reichenbachbrücke und der Corneliusbrücke entwickelt der zweite Preisträger eine neue Übergangslösung. Das bestehende Streichwehr soll abgebrochen und durch ein neues Bauwerk ersetzt werden. Durch einen integrierten Fischpass wird die biologische Durchgängigkeit zwischen Kleiner Isar und Großer Isar hergestellt. Ergänzend schlägt der zweite Preisträger vor, das in den Frühlingsanlagen verlaufende Freibadbächl zu verlegen und künftig oberirdisch, südlich der Reichenbachbrücke in die Isar zu leiten.“³⁷⁵

Anhang F) Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt: Begründung zum Wettbewerbsergebnis

Erster Preis:

„Im Hinblick auf die Flussmorphologie besteht die Lösung durch eine klare Gliederung in einen Bereich, in dem die Isar „leben“ kann (zwischen Braunauer- und Wittelsbacher-Brücke und in dem weiteren Bereich, in dem der Lauf der Isar der heutigen Situation weitgehend entspricht. Die rechtsseitige Ufersicherung zwischen Braunauer- und Wittelsbacher Brücke wurde „versteckt“; sie muss aus Sicherheitsgründen vorhanden sein. Der Geschiebetransport ist gewährleistet, damit ist auch in der Zukunft nicht mit größeren Anlandungen zu rechnen. Durch die gerade Linienführung ist die Stabilität des neuen Ufers auf der rechten Seite auch mit vergleichbar geringen Sicherungsmaßnahmen zu erreichen. Damit ist die Zugänglichkeit des Erlebnisbereiches der Isar für die Bevölkerung erleichtert. Hinsichtlich der Fließgeschwindigkeit des Wassers in dem Erlebnisbereich ergeben die verschiedenen Zuflussbereiche aus der Isar interessante Aspekte des Erlebens am Wasser. Einen gewissen Schwachpunkt stellt der Übergang zur „Kleinen Isar“ dar. Hier bestehen gewisse Zweifel, ob der Wasserspiegelunterschied von

³⁷⁴ Baureferat München 2005

³⁷⁵ ebd.

etwas über einem Meter ohne zusätzliche Stützbauwerke und Rampen überwunden werden kann. Es wurden ein- und zweidimensionale Wasserspiegelberechnungen durchgeführt die zeigen, dass die vorhandenen Freiborddefizite durch die geplante Vergrößerung des Abflussquerschnittes kompensiert werden. Bei Hochwasser wird die kleine Isar mit 650 m³/s beaufschlagt; dies sind ca. 100 m³/s mehr als zulässig. Hervorzuheben ist der gelungene Übergang vom Landschaftsraum zum Stadtraum: Unter Beibehaltung der bisherigen Gliederung, nämlich Große Isar einerseits und für die Bevölkerung nutzbare Zone andererseits – werden das Freizeitangebot erhöht und der Flusslauf reizvoll differenziert. Südlich der Wittelsbacher Brücke - wo Kiesinseln entstehen und wieder verschwinden können - ist die Gestaltungskraft des Flusses zu erleben. Nördlich davon bis zur Reichenbachbrücke bietet der neue Nebenarm der Isar vielfältige Erholungs- und Bademöglichkeiten, die sich auch für Familien besonders gut eignen. Zwar werden die Flächen der Hochwasserwiesen auf knapp die Hälfte reduziert. Dies ist aber kein Nachteil, weil stattdessen attraktive und nutzbare Wasserflächen angeboten werden. Auch die als Kanutenplattform und Sonnenbänke angebotenen Befestigungen zwischen großer und neuer kleiner Isar versprechen eine hohe Akzeptanz. Die hier vorhandenen Wasserübergänge und unterschiedlichen Strömungsgeschwindigkeiten werden an heißen Sommertagen dicht umlagert sein. Gerade weil diese Zone eine hohe Attraktivität besitzt, werden auch die sog. Stadtbalkone unter den Brücken für Festivitäten gerne genutzt werden. Positiv zu werten sind auch die Verknüpfungen mit der Umgebung, die Fußgänger- und Radfahrerbrücke, die technisch und wirtschaftlich unproblematische Verlängerung des Streichwehrs südlich der Corneliusbrücke und die angedeuteten Flussbalkone auf der westlichen Kaimauer, die ansonsten weitestgehend unangetastet bleibt. Kritisch zu sehen ist der Umstand, dass die Mindestüberdeckungen für Fernwärme- und Starkstromleitung im Kreuzungsbereich des Nebengewässers nicht eingehalten sind und die Herstellungskosten der Gesamtmaßnahme über dem Durchschnitt liegen. Problematisch könnte die Unterhaltung des Erlebnisbereiches zwischen den Betonplatten und dem rechten Ufer werden. Sand und Schwebstoffe werden sich beim Hochwasser wohl jedes Jahr dort bevorzugt absetzen und somit entfernt werden müssen, wenn man die Idee des Entwurfes auf Dauer erhalten will. Inwieweit das erhöhte Gefälle in dem Nebengewässer Abhilfe schaffen kann, müsste im Detail untersucht werden.³⁷⁶

Zweiter Preis:

„Die hydraulische Funktionsfähigkeit ist gewährleistet. Die Nachweise sind sehr qualifiziert, vollständig und ausführlich dargestellt. Der Übergang von der großen zur kleinen Isar ist sowohl gestalterisch als auch wasserbaulich sehr positiv zu beurteilen. Die Hochwassersicherheit ist aufgezeigt. Der Anschluss an die Bastion ist zu bedenken. Die Geschiebedurchgängigkeit zur Kleinen Isar ist gewährleistet. Verbleibende Hochwasserwiesen (80 %) schaffen die Möglichkeit für verschiedene Spiel- und Freizeitnutzungsformen. Die vorgeschlagene Brücke sieht eine Abgangsmöglichkeit zur Insel vor, die unter dem Gesichtspunkt der Freizeitnutzung auf der Insel positiv zu bewerten ist. Allerdings ist die Brücke nur in ihrer Lage als Idee dargestellt und lässt vermuten, dass am Westufer Baumbestand abgeholzt wird. Auf der westlichen Seite bleibt das Ufer weitgehend ungestört, ausgenommen Aussichtsplattformen. Die Zugänglichkeit zum östlichen Ufer ist durch Kiesabflachungen gegeben. Der Fluss ist erlebbar. Man könnte die Zeichnung so interpretieren, dass im Lineéschen Sinne der freie Blick aufs Wasser wieder hergestellt wird und der Unterwuchs nicht mehr erwünscht ist (westliche Seite). Die Durchgängigkeit in der Isar ist durch die vorgesehenen Rampen entlang der Isar und zwischen großer und kleiner Isar gegeben. Grundsätzlich ist die Durchgängigkeit der Flora erfüllt, aber eine differenzierte Darstellung ist dem Entwurf nicht zu entnehmen. Die Erlebbarkeit auf dem östlichen Ufer und beim Übergang zwischen großer und kleiner Isar ist gegeben. Die im Süden verwendeten Gestaltungselemente sind bis zum Deutschen Museum fortgesetzt. Auf die besondere

³⁷⁶ Baureferat München 2005

urbane Situation vor dem Deutschen Museum wird beschränkt eingegangen. Der Übergang von der großen zur kleinen Isar ist sowohl gestalterisch als auch wasserbaulich sehr positiv zu beurteilen. Die Gestaltung auf der Europa Promenade beim Patentamt darf nur unter Berücksichtigung des Erhalts des alten Baumbestandes verwirklicht werden. Die Fuß- und Radwegeverbindungen sind weitgehend vorhanden. Allerdings sind die beiden Abgänge von und zur Braunauer Eisenbahnbrücke (neue Fuß- und Radwegeverbindung) nicht vorhanden. Die Wirtschaftlichkeit und Realisierbarkeit scheinen gut gegeben zu sein. Der Entwurf lässt viel Interpretationsspielraum zu.“³⁷⁷

Anhang G) Fallbeispiel Isar-Plan – III. Planungsabschnitt: Beschreibung des Realisierungsvorschlags

Realisierungsvorschlag für den Abschnitt zwischen der Braunauer Eisenbahnbrücke und der Wittelsbacher Brücke

„Bis zur Wittelsbacher Brücke sieht der Realisierungsvorschlag eine großzügige Aufweitung des Flussbettes mit Anlage von flachen nutzbaren Ufern entlang der Isar-Ostseite vor. Das Westufer bleibt unberührt, da ein Eingriff in die bestehende Ufersicherung eine Gehölzfreistellung bedingen würde. Der westseitige wertvolle Baumbestand soll erhalten werden. Er ist als schutzwürdiger Biotop Nr. 183.03 und 183.04 erfasst. Im Übergangsbereich zum nächsten Teilabschnitt wird das Flussbett aufgeweitet, so dass unter der Wittelsbacher Brücke eine Flutmulde mit Nebengerinne entsteht. Diese Aufweitung ist erforderlich, um einen schadlosen Hochwasserabfluss sicher zu stellen. Durch die beschriebene Aufweitung des Flussbettes wird erreicht, dass beidseitig die vorhandenen Deichhöhen ausreichen und somit keine zusätzlichen Freibordsicherungen vorgenommen werden müssen. Zusammen mit der vorgezogenen Maßnahme zur Ertüchtigung des Hochwasserdeiches entlang der Isarostseite (Bauabschnitt 6) kann die Hochwassersicherheit in diesem Abschnitt entsprechend dem aktuellen Stand der Technik hergestellt werden. Die neuen Ufer sollen analog der bisherigen Abschnitte flach gebösch und – wo erforderlich – mit Sitzsteinen gestaltet werden. Die Wasserwechselzone wird als Kiesufer ausgebildet, die höher liegenden Ufer werden begrünt. Damit die künftige Ufergestaltung Bestand hat, wird die gesamte Uferlinie mit einer versteckten Ufersicherung aus Wasserbausteinen befestigt. Die alte Ufersicherung in diesem Abschnitt wird mit Ausnahme der unmittelbaren Brückenbereiche vollständig entfernt. Die Sohlschwelle unterhalb der Braunauer Eisenbahnbrücke wird in eine biologisch durchgängige aufgelöste Sohlrampe umgebaut. Die Anregungen des Bezirksausschusses 2 und der Beteiligengruppen Naturschutz und Kanuten, die Einleitung des Werkkanals in die Isar planerisch zu berücksichtigen, wird aufgegriffen. Es ist vorgesehen, das der Einmündung gegenüberliegende Ufer entsprechend aufzuweiten. Auf der Isarwestseite wird eine Kiesinsel zur Strömunglenkung angelegt. Die Anregung der Beteiligengruppen Wasserwacht, Fischerei, Naturschutz und Kanuten, an der Isarwestseite Bühnen bzw. Totholz vorzusehen, wird aufgegriffen. Entsprechend den Ergebnissen der hydraulischen Berechnung werden im Zuge der Ausführungsplanung geeignete Stellen ausgewählt. In der Anlage ist der Lageplan dieses Abschnittes beigelegt. Sowohl der Realisierungsvorschlag als auch die ersten beiden Preisträger sehen grundsätzlich eine naturnahe Gestaltung vor. Deshalb könnten für diesen Abschnitt beide Preisträger beauftragt werden. Aufgrund der Bindungen an das Wettbewerbsergebnis ist der erste Preisträger zu beauftragen.“³⁷⁸

³⁷⁷ Baureferat München 2005

³⁷⁸ Baureferat 2003a

Realisierungsvorschlag für den Abschnitt zwischen der Wittelsbacher Brücke und der Fernwärmeleitung

„Zwischen der Wittelsbacher Brücke und der Fernwärmeleitung bei Flusskilometer 148+750 sieht der Realisierungsvorschlag ebenfalls eine Aufweitung des Flussbettes vor. Im Mittelteil wird die erhaltenswerte Weidengruppe auf einer befestigten Insel platziert und somit im Bestand gesichert. Diese Insel wurde im Beteiligungsverfahren wiederholt gewünscht. Die vorgesehene Insel wird so gestaltet, dass einer Verlandung des Nebengerinnes entgegengewirkt wird. Zwischen der Wittelsbacher Brücke und der Weideninsel wird der neue Seitenarm zunächst in die Isar zurückgeführt. Der Uferverlauf wird hier so gewählt, dass bereits bei kleineren Hochwässern die Weideninsel gerade angeströmt wird. Durch diese Maßnahme kann einer Verlandung des neuen Nebenarms um die Insel entgegnet werden. Im Übergangsbereich zum nächsten Teilabschnitt liegt die Engstelle an der Kreuzung mit der Fernwärmeleitung. Je nach Ergebnis der hydraulischen Berechnung muss der Fernwärmeleitungsschacht im Hochwasserbett massiv gesichert werden. An dieser Stelle empfiehlt sich eine Natursteinpflasterung analog der bereits ausgeführten Engstelle südlich der Braunauer Eisenbahnbrücke. Die beschriebene Aufweitung des Flussbettes zusammen mit dem Seitenarm unter der Wittelsbacher Brücke und dem Nebengerinne an der Weideninsel wird so ausgeführt, dass keine zusätzlichen Freibordsicherungen vorgenommen werden müssen. Die Hochwassersicherheit in diesem Abschnitt soll ohne zusätzliche Maßnahmen, wie beispielsweise Mauern entlang der Isarwestseite (Radweg) hergestellt werden. Das Westufer bleibt unberührt, da ein Eingriff in die bestehende Ufersicherung auch hier eine Gehölzfreistellung bedingen würde. Der wertvolle Baumbestand soll erhalten werden (schutzwürdiges Biotop). Auch in diesem Abschnitt werden flache nutzbare Ufer angelegt. Die Wasserwechselzone wird als Kiesufer ausgebildet, die höher liegenden Ufer werden begrünt. Damit die künftige Ufergestaltung Bestand hat, wird die gesamte Uferlinie mit einer versteckten Ufersicherung aus Wasserbausteinen befestigt. Die alte Ufersicherung in diesem Abschnitt wird mit Ausnahme der unmittelbaren Brückenbereiche vollständig entfernt. Die Sohlschwelle unterhalb der Wittelsbacher Brücke bleibt erhalten. Damit kann einem Wunsch der Beteiligengruppe der Kanuten sowie den Vertretern der Surfer entsprochen werden. Die biologische Durchgängigkeit wird über den neuen Seitenarm mit aufgelöster Sohlrampe hergestellt. Auf Wunsch der Beteiligengruppen Wasserwacht, Fischerei, Naturschutz und Kanuten wird die Anregung aufgegriffen, an der Isarwestseite Bühnen bzw. Totholz vorzusehen. Entsprechend den Ergebnissen der hydraulischen Berechnung werden im Zuge der Ausführungsplanung und in Abstimmung mit diesen Gruppen geeignete Stellen ausgewählt. In der Anlage ist der Lageplan dieses Abschnittes beigefügt. Der Realisierungsvorschlag für diesen Abschnitt liegt dem zweiten Preisträger inhaltlich nahe. Der erste Preis kommt mit dem Nebengerinne nicht in Frage, deshalb ist der zweite Preisträger zu beauftragen.“³⁷⁹

Realisierungsvorschlag für den Abschnitt zwischen der Fernwärmeleitung und der Corneliusbrücke

„Ufer und Mittelwasserbett Im Abschnitt zwischen der Fernwärmeleitung bei Flusskilometer 148+750 bis zum Corneliusstreichwehr sieht der Realisierungsvorschlag eine Aufweitung des Flussbettes mit Anlage von flachen nutzbaren Ufern bis zur Reichenbachbrücke vor. Die bisher vorhandenen Treppenanlagen in die Kleine Isar auf Höhe der Corneliusbrücke (Isar-Ostseite) bleiben bestehen. Neue Zugänge in die Kleine Isar werden nicht geschaffen. Das Westufer bleibt unberührt, da ein Eingriff in die bestehende Ufersicherung eine Gehölzfreistellung bedingen würde. Der westseitige wertvolle Baumbestand soll erhalten werden. In die nördlich der Reichenbachbrücke beginnenden Kaimauern wird nicht eingegriffen. Die Aufweitung des Flussbettes zusammen mit dem Übergang zur Kleinen Isar soll so ausgeführt werden, dass keine zusätzlichen Maßnahmen zur Freibordsicherung vorgenommen werden müssen. Die Ufer werden analog der anderen beiden Abschnitte flach gebösch. Die Wasserwechselzone

³⁷⁹ Baureferat 2003a

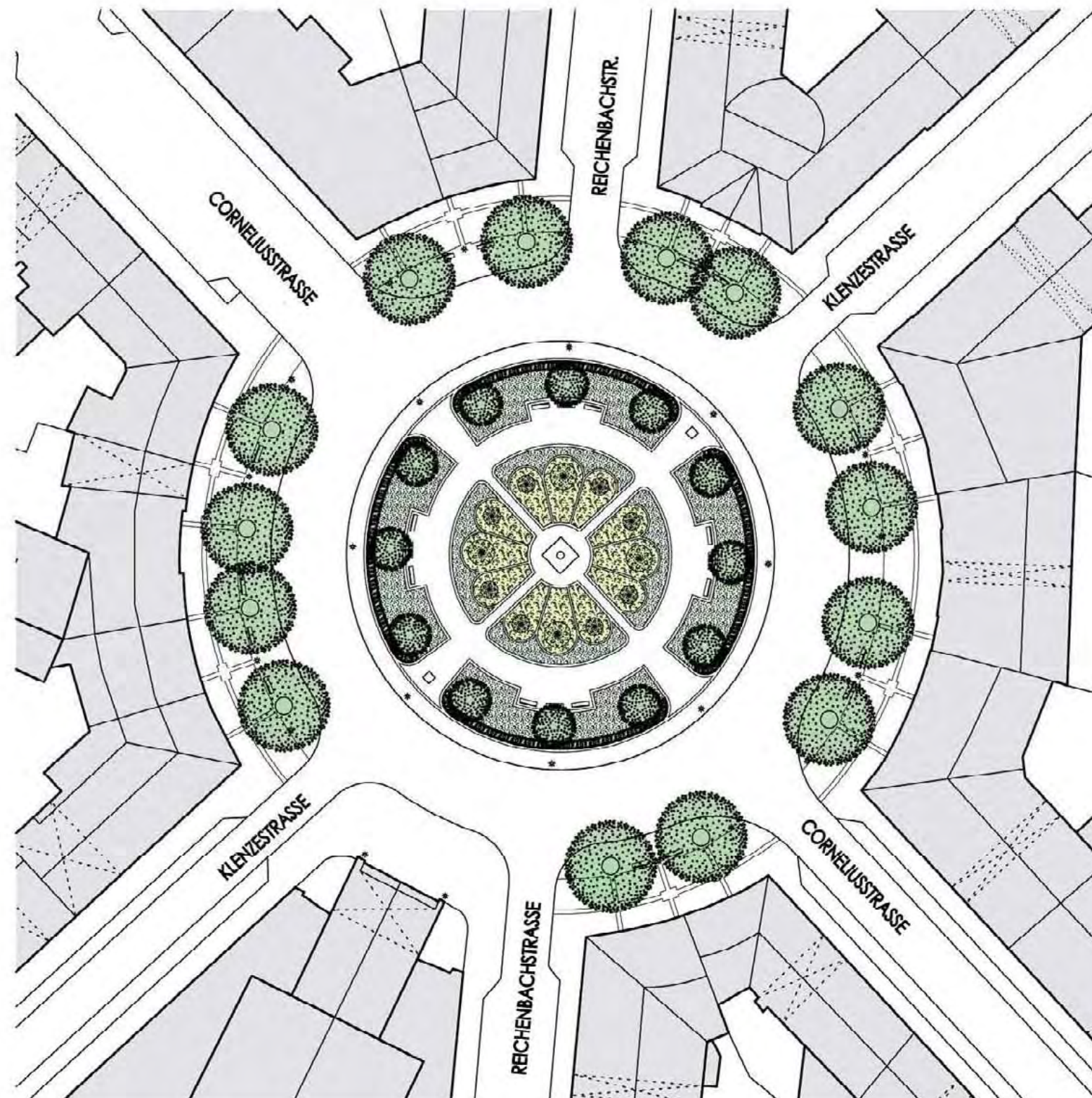
wird als Kiesufer ausgebildet, die höher liegenden Ufer werden begrünt. Um den Bestand der künftigen Uferlinie zu sichern, wird die gesamte Uferlinie mit einer versteckten Ufersicherung aus Wasserbausteinen befestigt. Die alte Ufersicherung wird in diesem Abschnitt mit Ausnahme der unmittelbaren Brückenbereiche vollständig entfernt. Die Sohlschwelle unterhalb der Reichenbachbrücke wird nicht umgebaut. Die biologische Durchgängigkeit wird über den neuen Übergang in die Kleine Isar gewährleistet. Auf Grund der Bauwerke im weiteren Verlauf der Großen Isar wie beispielsweise das Wehr VI, das Praterwehr und die Kaskaden würde die Große Isar auch bei einem Umbau der „Reichenbachschwelle“ keine biologische Durchgängigkeit erreichen.

Übergang zur Kleinen Isar: Die Aufgabe der Planung ist es, den Übergang zur Kleinen Isar offen zu gestalten und die biologische Durchgängigkeit herzustellen, jedoch nicht die bestehenden Qualitäten und Lebensraumelemente zu beeinträchtigen. Ein wasserbauliches Bauwerk ist an der Stelle des heutigen Corneliusstreichwehres auf jeden Fall erforderlich. An dieser Stelle erfolgt die Teilung des anfallenden Wasserstromes. Von der Großen Isar wird im weiteren Verlauf der Fabrikbach und damit die Bäche im Englischen Garten gespeist. Auch muss eine Mindestwassermenge von jeweils 5 m³/s über das Wehr VI, das Praterwehr und die Kaskaden ablaufen. Auf der anderen Seite muss durch das Bauwerk sichergestellt sein, dass die Kleine Isar jederzeit mit mindestens 5 m³/s beaufschlagt wird. Für die Neugestaltung des Übergangsbauwerkes werden zwei Ausführungsvarianten diskutiert: [...]

Variante 2: Realisierungsvorschlag: Oberstromig der Reichenbachbrücke beginnt ein neuer naturnah ausgebauter Seitenarm. Dieser Seitenarm versorgt künftig die Kleine Isar mit der laut Wasserrechtsbescheid erforderlichen Mindestwassermenge. Der Höhenunterschied von der Großen Isar zur Kleinen Isar wird über eine Raue Rampe zum neuen Seitenarm so abgebaut, dass die biologische Durchgängigkeit künftig über diesen Seitenarm gegeben ist. Der Düker, über den die Kleine Isar seit 1935 unterirdisch versorgt wird, wird abgebrochen, das Corneliusstreichwehr aus dem Jahr 1904 kann erhalten werden. Professor Dr.-Ing. Schweitzer bestätigt in seinem durch das Baureferat Tiefbau beauftragten Gutachten vom 12.10.2004 den erhaltenswerten Bauzustand des Streichwehres: „Der Bauwerksbeton ist in gutem Zustand mit einer hohen inneren Festigkeit. Der praktisch zeitlos beständige Granit sichert die Überlaufkante zum Unterwasser. Der in den Bohrungen gemessene Wasserspiegel, der der Druckhöhe des Unterwassers entspricht, zeigt, dass die oberwasserseitige Abdichtung durch Spundwände wirksam ist. Damit gibt es nach unserer Auffassung keine Zweifel an der Erhaltungswürdigkeit des Bauwerks. Ein Grund für einen Abriss ist aufgrund der Untersuchungsergebnisse nicht gegeben. Als Nachweis für die Erhaltungswürdigkeit kann man auch die Tatsache werten, dass selbst das extreme Pfingsthochwasser 1999 keine gravierenden Schäden am Wehr verursacht hat.“ Der neue Seitenarm kann im Schutze der heutigen Uferverbauung und des Corneliusstreichwehres errichtet werden. Dadurch verringern sich vor allem die Kosten für die Baugrubensicherung und Wasserhaltung ganz erheblich. Der Erhalt des Streichwehres bietet folgende Vorteile:

- Einsparung der Kosten für den Abbruch des Corneliusstreichwehres
- die Qualität der Bausubstanz macht einen Abriss in absehbarer Zeit nicht erforderlich
- Einsparung hoher Kosten für den Bau des neuen Bauwerks mit massiver Gründungssicherung und komplexer Bauabwicklung
- Vermeidung breiter Rampenbereiche, die bei Niedrigwasser teilweise trocken fallen werden, verbunden mit einem eingeschränkten Fischaufstieg und Beeinträchtigungen des Gewässer-/Stadtbildes durch Freilegung der notwendigen massiven Verbauungen.
- Schonung der ökologisch wertvollen Strukturen in der Kleinen Isar
- Berücksichtigung der Denkmalsituation³⁸⁰

³⁸⁰ Baureferat 2003a



DER GÄRTNERPLATZ Gestaltungsvorschlag Variante E

Umgestaltung des Gärtnersplatzes
als Schmuckplatz,
mit vier Querungen unter
Berücksichtigung der
vorhandenen Lauflinien

Zugang zum Brunnen

Sitzplätze unter den Bäumen

Einfassung der Grünfläche
mit einer ca. 70 cm hohen Hecke

Erhalt des umlaufenden Gehweges

Mai 2005

Im Auftrag
LHM Baureferat Gartenbau

Christine Stüber

Abbildung 19 - Fallbeispiel Gärtnersplatz - Neugestaltung des inneren Rondells: Gestaltungsvorschlag Variante E (Quelle: Stüber 2005)

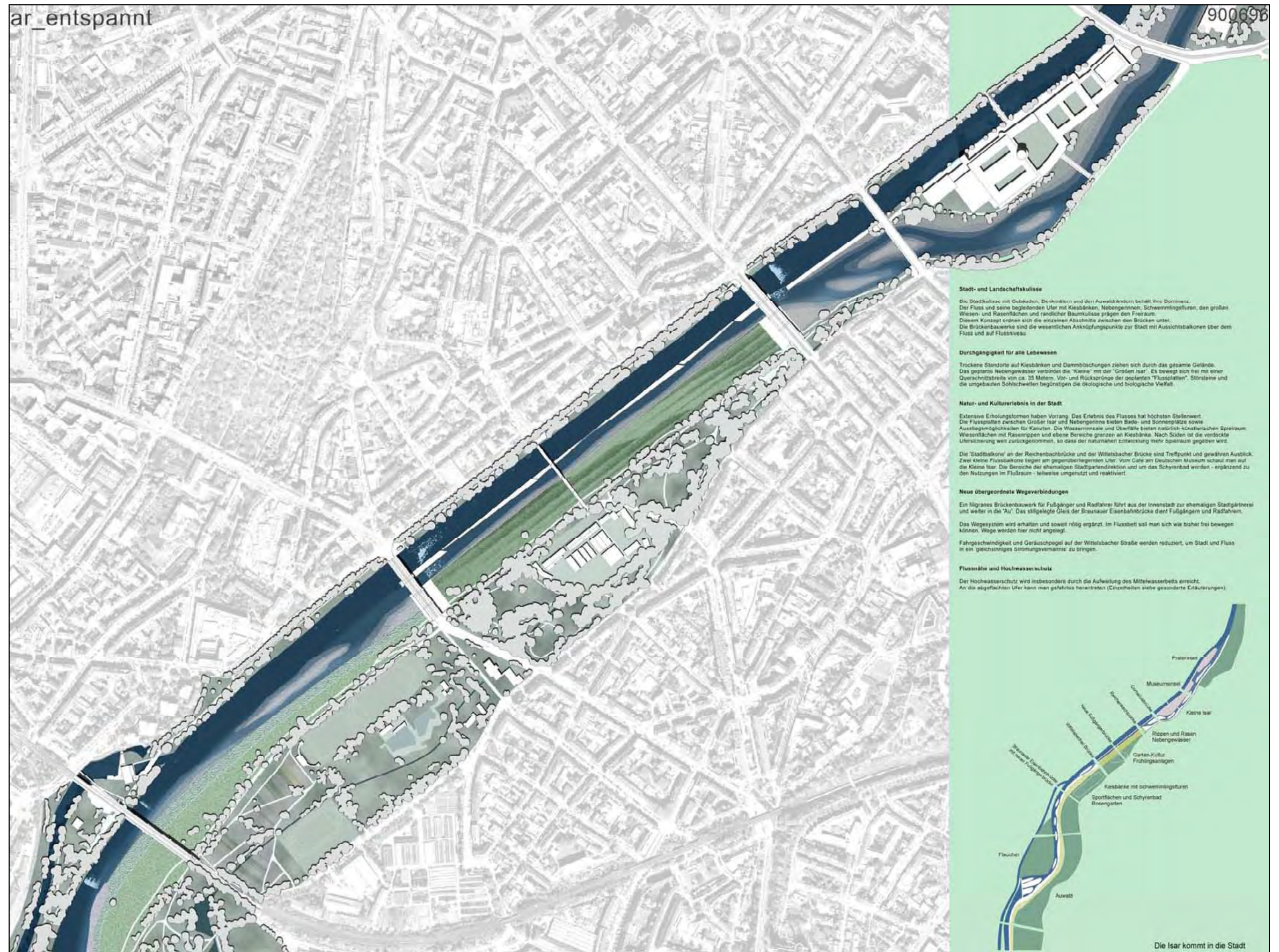


Abbildung 20 - Fallbeispiel Isar-Plan - III. Planungsabschnitt: Entwurf des 1. Preisträgers (Quelle: Wasserwirtschaftsamt München)



Abbildung 21 - Fallbeispiel Isar-Plan - III. Planungsabschnitt: Entwurf des 2. Preisträgers (Quelle: Wasserwirtschaftsamt München)

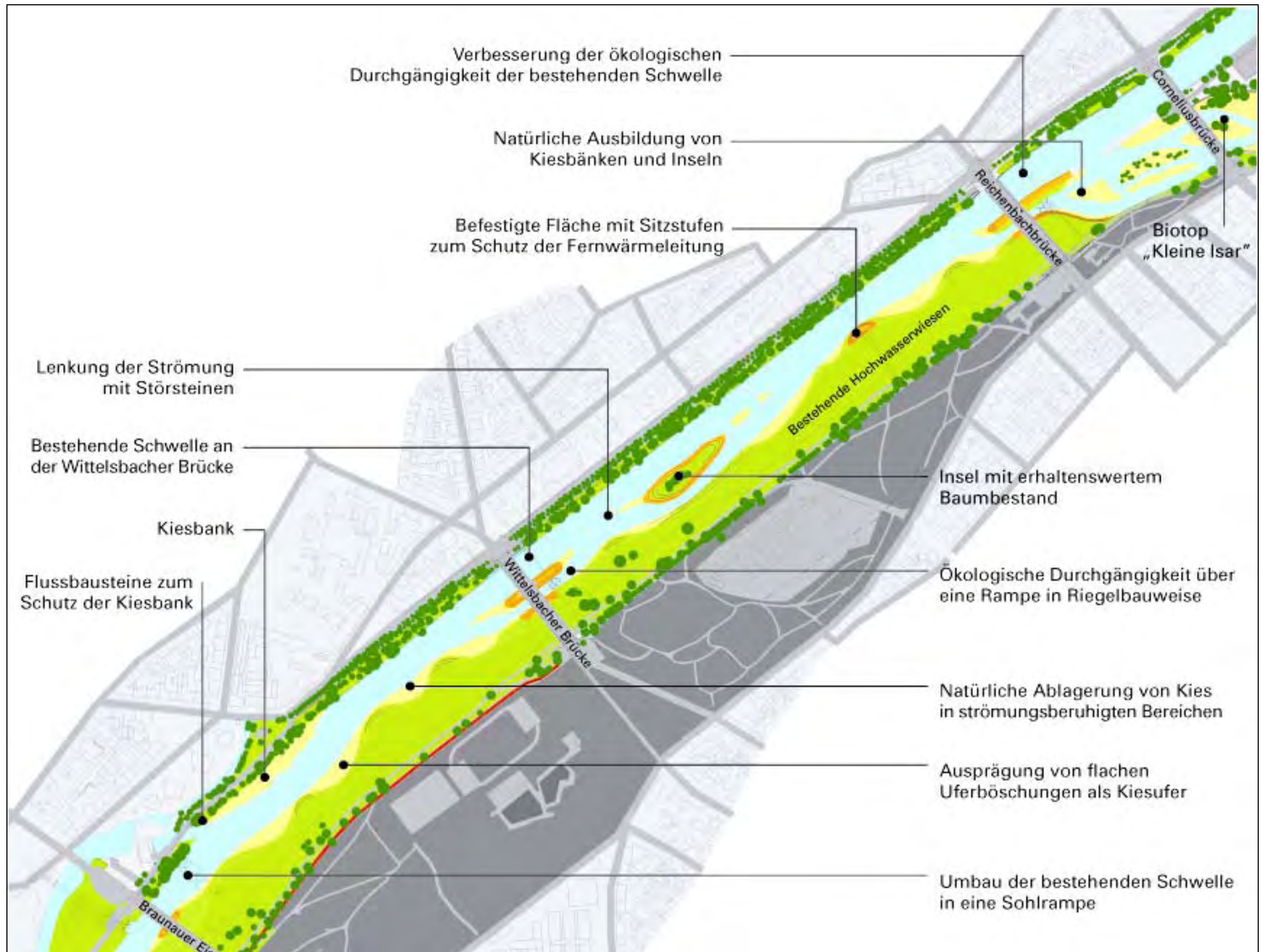


Abbildung 22 - Fallbeispiel Isar-Plan - III. Planungsabschnitt: Entwurf Realisierungsvorschlag (Quelle: Wasserwirtschaftsamt München)

PERSPEKTIVE, PLAN UND PRAXIS

FREIRAUM MÜNCHEN PERSPEKTIVE, PLAN UND PRAXIS

BETEILIGUNGSKULTUR UND BETEILIGUNGSVERSTÄNDNIS IN MÜNCHEN
SUSANN AHN



DIPLOMARBEIT 2007
TUM FACHGEBIET FÜR LANDSCHAFTSARCHITEKTUR REGIONALER FREIRÄUME
TUM LEHRSTUHL FÜR LANDSCHAFTSARCHITEKTUR UND ÖFFENTLICHER RAUM